

P R O T O K O L L

über die 37. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. Dezember 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Oskar Holub
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl
Franz Rohrauer
Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremel
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR. Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl
OSR. Dr. Kurt Wabitsch
Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
Direktor OAR Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl
VOK. Augustin Zinedner

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|---|--|
| Ha-6644/89
GHJ1-92/89 | Bildungs- und Kulturarbeitskreis Münichholz; Subvention. Ankauf von Hard- und Softwarekomponenten zur Erweiterung der EDV-Ausstattung des Magistrates. |
| Ha-6865/89 | Verein Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten; Subvention zur Führung des Ferienheimes in Bad Aussee. |
| Ha-7025/89
Ha-6877/89 | Eltern-Kind-Zentrum Steyr, außerordentliche Subvention. Betreuung des Vogelhauses im Schloßpark; Refundierung der Futterkosten an Herrn Hubert Nosko im Jahr 1989. |
| Ges-6990/89 | Jugoslawisches Gastarbeiterzentrum Steyr, Anteilskosten für 1989. |
| FW-6996/89 | Hydrantenaustausch in der Derflingerstraße, Penselstraße, Ahrerstraße, Punzerstraße 66, Punzerstraße 12 und Neuaufstellung in der Kunschakstraße. |
| GHJ2-6955/89
GHJ2-7415/89
VerkR-4056/89 | Heizungsrohrbruch Städt. Wi-Hof, Schlüsselhofgasse 65. Sportanlage Rennbahn; Eislaufgebäude - WC-Instandsetzung. Mittelfreigabe zur Durchführung diverser Verkehrserhebungen im Zuge der Erstellung des Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr. |
| Bau2-6119/88 | Straßenverbreiterungen in der Steyrecker- und Kegelprielstraße und buchet; Grundeinlöse und Entschädigung. |
| Bau3-6340/88 | Asphaltierungsprogramm 1989; Ausbau der Sandbauernstraße; Zusatzaufträge und restliche Fremdgrundeinlöse; Mittelfreigabe |
| GHJ1-7539/89 | Ankauf einer Schneefräse für die Schule Promenade. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-1074/89 Künftige Verwertung der Reithoffergründe; Antrag der ÖVP-Fraktion.
- 2) Präs-227/89 Einrichtung eines Gestaltungsbeirates; Geschäftsordnung.
- 3) Bau2-6446/86 "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik", Gewährung einer 3. Teilsubvention im Ausmaß von S 2,1 Millionen für den mbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben sowie Gewährung einer Subvention von 1 Million Schilling als Weiterleitung einer Landesförderung.
- 4) Ha-7688/89 Rückzahlung der für das Jahr 1989 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 6) Vet-3861/87 Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie Leinen- und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 5) Bau3-7320/89 Industrieaufschließung Hinterberg; Vergabe der Projektierungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 7) Bau2-7459/86 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 53 - Wipplinger.
- 8) Bau2-813/89 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 60 - Friedhofsvergrößerung Christkindl.
- 9) Bau2-6578/87 Bausperre Nr. 8 - Stelzhamerstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 10) ÖAG-1976/87 Städtische Bestattung - Bestattungstarife, Neuregelung.
 Stadtwerke

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 11) Ha-5172/89 Gemeinnütziger Verein zur Förderung des behinderten Kindes; Errichtung des Behindertenkindergartens Gleink; Subvention.
- 12) Pers-368/53 Nebengebührenregulierung für das Pflegepersonal des Zentralaltersheimes.
Präs-822/89
- 13) Ha-4200/87 Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages; Änderung.
- 14) Ha-4000/89 Voranschlag 1990.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die voraussichtlich letzte Sitzung des Gemeinderates im heurigen Jahr. Ich darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten entsprechend einberufen wurde, und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich darf ersuchen Frau Gemeinderat Wieser und Herrn Gemeinderat Manetsgruber um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung.

Ich darf mitteilen, daß sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben Herr Gemeinderat Anton Vorhauer aus gesundheitlichen Gründen ebenso wie Herr Gemeinderat Hermann Bachner aus beruflichen Gründen, Herr Gemeinderat Alfred Wallner und Ing. Mayrhofer. Weiters entschuldigt ist Frau Gemeinderat Erna Probst. Ich darf weiters mitteilen, daß mir gestern ein Schreiben von Frau Gemeinderat Schreiberhuber zugegangen ist, welches ich zur Kenntnis bringen möchte.

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit Schreiben der Kreiswahlbehörde 4 vom 6. 12. 1989 wurde mir mitgeteilt, daß Herr Vinzenz Dresl mit Wirkung vom 13. 12. 1989 sein Mandat als Abgeordneter zum Oö. Landtag zurücklegt. Gemäß § 93 Abs. 3 der Landtagswahlordnung wurde ich auf das freigewordene Mandat berufen. Seitens der oö. Landtagskanzlei wurde mir mit Schreiben vom 4. 12. 1989 mitgeteilt, daß die Angelobung in der Sitzung des Oö. Landtages am 13. 12. 1989 vorgenommen wird. Aufgrund dieser Berufung in den Oö. Landtag lege ich nunmehr gemäß § 13 Abs. 1 des Statutes des Statutes für die Stadt Steyr mein Mandat als Gemeinderat der Stadt mit 13. 12. 1989 zurück."

Ich akzeptiere diese Zurücklegung, gratuliere der Frau Abgeordneten zu ihrer neuen Tätigkeit, wünsche ihr viel Erfolg in ihrem neuen Wirkungskreis im Sinne unserer Stadt. Ich hoffe, daß sie dort die Möglichkeit hat, die Stadt entsprechend zu vertreten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Kollegin Schreiberhuber für ihren Einsatz, für ihre Initiativen herzlich danke sagen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen mir nicht vor, der Punkt ist damit erledigt.

Unter dem Punkt Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich folgende Berichte vortragen.

Zunächst der Bericht der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserem Bezirk. Aufgrund der letzten Mitteilung des Arbeitsamtes Steyr sind derzeit 2.165 Personen als arbeitslos vorgemerkt, das sind 118 Personen (6,8 Prozent) mehr als im Vormonat und 168 Personen (7,2 Prozent) weniger als im Vorjahr. von den Vorgemerkten sind 1.024 Männer und 1.141 Frauen. Der Hauptanteil der Vorgemerkten entfällt auf die Sparten Metall- und Elektrobranche mit 424 Personen, Fremdenverkehr 327 Personen, Büroberufe 252 Personen und Handel 181 Personen. Den Arbeitslosen stehen insgesamt 606 gemeldete offene Stellen gegenüber, das sind um 164 (21,3 Prozent) weniger als im Vormonat und um 272 (81,4 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die meisten offenen Stellen werden auf dem Sektor Metall- und Elektrobranche (134), Handel (78) und Fremdenverkehr (72) angeboten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte Ihnen auch eine erfreuliche Mitteilung übermitteln, und zwar ist die Beschilderung an der Westautobahn für unsere Stadt verbessert worden. Aufgrund vieler Interventionen, die in den letzten Jahren immer wieder durchgeführt wurden, haben sich alle Fraktionen entsprechend bemüht, eine Verbesserung zu erreichen. Kürzlich ging ein Brief von Herrn Landesrat Dr. Pühringer ein. Aufgrund dieses Briefes kann ich mitteilen, daß die wiederholten Bestrebungen der Stadt Steyr, für sie bei den Autobahnausfahrten eine entsprechende Beschilderung vorzunehmen, nunmehr endlich Erfolg haben werden. Laut Mitteilung von Landesrat Dr. Pühringer werden Verbesserungen in der Wegweisung im blau/weißen System der Autobahnbeschilderung erfolgen in Fahrtrichtung Wien und Salzburg, Anschlußstelle Enns, sowie eine Beschilderung im braun/weißen System: Ankündigung von kulturell bedeutenden Sehenswürdigkeiten bei der Anschlußstelle Enns, Fahrtrichtung Wien und Salzburg.

Ich glaube, daß es erfreulich ist, daß diese Verbesserung erreicht wurde. Meine Damen und Herren, in der letzten Zeit erfolgten im Zusammenhang mit der Schleifung von Gebäuden auf dem vormaligen Reithoffergelände unrichtige und tendenziöse Berichterstattungen in der Presse, denen ich auch an dieser Stelle entschieden entgegentreten muß. Der heute noch näher zu erörternde Antrag der ÖVP-Fraktion wird Gelegenheit dazu bieten, die Sachlage näher aufzuklären.

Ich möchte Ihnen noch mitteilen, daß im Zusammenhang mit dem Ankauf der Industrie gründe in der Katastralgemeinde Hinterberg von den Steyr-Werken folgendes Zwischenergebnis vorliegt. Ich kann berichten, daß es voraussichtlich in Kürze zu den entsprechenden Vertragsabschlüssen kommen wird. Nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand ist anzunehmen, daß die Firma Z-Leasing als Käuferin auftreten wird. Durch einen parallel zum Kaufvertrag abzuschließenden Kooperationsvertrag zwischen diesem Unternehmen und der Stadt soll die künftige Verwendung des Geländes für Gewerbe- und Industriezwecke gesichert werden.

Soweit meine Mitteilungen und ich bitte um Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen, meine Damen und Herren, darf ich berichten, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Meine Damen und Herren, vor Eingang in die Tagesordnung bitte ich um Kenntnisnahme, daß ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung insofern eine Umstellung der Tagesordnung vornehme, daß der Tagesordnungspunkt 6) nach dem Tagesordnungspunkt 4) behandelt wird, wobei die Berichterstattung Herrn Stadtrat Rudolf Pimsl zuständigkeitshalber zugeordnet ist. Ich bitte um Kenntnisnahme auch dieses Punktes. Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche nunmehr Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einige Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Zunächste möchte ich Sie mit dem Antrag der Fraktion der Österr. Volkspartei im Gemeinderat der Stadt Steyr befassen. Es handelt sich um einen Antrag gemäß § 11 des Stadtstatutes. Ich möchte den Antrag zur Gänze zur Verlesung bringen.

1) Präs-1074/89

Künftige Verwertung der Reithoffergründe; Antrag der ÖVP-Fraktion.

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Hinblick auf die Wichtigkeit des Reithoffereales schon infolge seiner einzigartigen Lage in der Stadt Steyr ist eine besonders nachhaltige und zweckentsprechende Verwertung dieser Gründe im Sinne einer geordneten Stadtentwicklung unbedingt geboten. Die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr stellt daher folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Steyr hat sich die Dispositionsmöglichkeiten über das gesamte Areal der Reithoffergründe in der Weise zu sichern, daß sie dieses entweder selbst käuflich erwirbt oder sich aber in zweckentsprechender Form an einer Verwertungs- oder Finanzierungsgesellschaft beteiligt. Der Magistrat der Stadt Steyr hat die zur Realisierung dieses Grundsatzbeschlusses notwendigen Maßnahmen umgehend zu ergreifen. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Fraktion um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieses Antrages."

Die entsprechenden Unterschriften im Namen der ÖVP-Fraktion liegen vor.

Bevor ich meine Stellungnahme zu diesem Antrag abgebe und hier einen Vorschlag unterbreite, möchte ich doch auf einige Punkte in diesem Zusammenhang hinweisen. Es gab aufgrund der Ereignisse im Reithoffer-Werk in der Presse eine meiner Meinung nach unsachliche Polemik. Ich betrachte diese unfairen Äußerungen nicht als

solche, die sich persönlich gegen mich richten, sondern vielmehr als solche, die nicht zur Kenntnisnahme von Leistungen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes durch die Stadt sich äußern. Ich möchte daher, weil es offensichtlich an Erinnerungsvermögen mangelt in einigen Bereichen, auf einige Punkte hinweisen.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam hier in den letzten 5 Jahren Beschlüsse gefaßt, die in vielen Bereichen dem Denkmalschutz dienen, die gemeinsam zu tragen sind, die gemeinsam beschlossen und behandelt wurden. Ich möchte nur auf einiges hinweisen aus dem Kulturbereich. Und zwar deswegen, weil wir mehr oder weniger -ich betrachte das wirklich nicht auf mich allein bezogen, obwohl ich Kulturreferent bin, sondern auf den gesamten Gemeinderat, auf jeden Einzelnen von uns, weil ich glaube, daß wir gerade diese Problematik oder dieser Problematik besondere Bedeutung beigemessen haben. Es ist, wie gesagt, nur ein Teil des Kulturbereiches, ein verhältnismäßig kleiner Teil. Ich darf darauf hinweisen, daß wir für unsere Fassaden seit 1985, für die Fassadenaktion, insgesamt 6,8 Millionen Schilling aufgewendet haben. Ich werde die einzelnen Jahreszuweisungen hier nicht anführen, weil ich glaube, daß es interessant ist, was in diesen 5 Jahren geschehen ist. Wir haben für die Dächer eine eigene Aktion und haben mehr als 3 Millionen im gleichen Zeitraum aufgewendet. Wir haben für die Errichtung des Schloßmuseums 3,1 Millionen Schilling in dieser Zeit aufgewendet. Wir haben für unsere kirchlichen Ensembles 5,1 Millionen Schilling aufgewendet und wir haben für die Errichtung unseres Museums Arbeitswelt, eine Einrichtung, die einmalig in Österreich ist, viele sagen europaweit. Es wird hier zwar bestritten, es wird gesagt, wir haben für die Arbeiterkultur nichts übrig. Es wurde bei manchen Veranstaltungen sogar kritisiert und polemisiert über die Art der Veranstaltungen, weil wir hier etwas gemacht haben. Wir haben für unser Museum Arbeitswelt in diesem Zeitraum 10,8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Hier wird angeführt, daß wir Kulturbanausen sind, daß wir kein Gefühl für Kultur haben, daß wir für das nichts übrig haben. Insgesamt in den letzten 5 Jahren allein für diese Dinge haben wir 31,4 Millionen Schilling ausgegeben. Sagen Sie mir eine Stadt in unserer Größenordnung, die diese Leistung in diesen Bereichen erbracht hat. Das möchte ich sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren aber noch etwas dazu. Wir haben im Reithoffer Betriebe gehabt und es wurde uns von einigen Initiativen geraten, man sollte doch dieses Areal erhalten, das kostet nicht viel. In vielen anderen Städten wird so etwas gemacht. 3 namhafte Betriebe, die dort angesiedelt waren, sind ausgezogen, und zwar deswegen ausgezogen, -sie haben ja auch Rechner und Rechenstifte, - weil sich eine Sanierung nicht gerechnet hat, weil es billiger und besser war - das bedaure ich sehr - wenn sie nach Schiedlberg, nach Letten und woandershin gegangen sind. Ich bedaure die Absiedlung dieser Betriebe auf das tiefste. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben alles getan, um hier den notwendigen Rat, die notwendige Entscheidung zu erhalten. Wir waren laufend mit dem Denkmalamt in Verbindung, die einzig entscheidende Stelle für mich, und wir leben noch in einem Rechtsstaat, das ist halt so, daß es zuständige Stellen gibt und wir leben nicht in einer Anarchie, wo man tun und lassen kann was man will. Eine gewisse Ordnung muß halt vorhanden sein. Das Denkmalamt ist für mich die einzig zuständige Stelle, die entscheidet, ob etwas denkmalwürdig ist oder nicht. Dieses Denkmalamt wurde befaßt. Zufällig habe ich vor wenigen Augenblicken die Stellungnahme des Denkmalamtes erhalten und möchte Ihnen diese nicht vorenthalten.

"Bundesdenkmalamt Wien. An den Magistrat der Stadt Steyr.

Am 25. Oktober 1989 erfolgte über Ersuchen des Bundesdenkmalamtes zusammen mit Vertretern der Steyr-Werke eine Begehung des Areals der sogenannten Reithoffergründe. Diese Begehung, der sich auch Vertreter der Stadt Steyr anschlossen, diente einer nochmaligen eingehenden Besichtigung und denkmalpflegerischen Bewertung

dieses ehemaligen Industriegeländes, da in letzter Zeit an das Bundesdenkmalamt verschiedene Initiativen zur Erhaltung der Bausubstanz herangetragen worden sind. Das Areal war durch den Leiter der Abteilung für Technische Denkmale schon vor einigen Jahren besichtigt worden, wobei bereits damals der Eindruck entstanden ist, daß nur das in der Süd-West-Ecke gelegene mehrstöckige sogenannte Reifenmagazin, ein charakteristischer Industriebau mit für die Zeit um 1910 typischen Fassadengestaltungselementen, erhaltungswürdig sei. Das Areal ist längsrechteckig am Steilufer der Enns gelegen und gliedert sich von Süden nach Norden in drei Abschnitte unterschiedlicher Bebauung und Bedeutung. Im Südabschnitt steht das schon genannte Reifenmagazin, die übrige Fläche ist frei bzw. nur mit kleineren, völlig unbedeutenden Objekten bebaut.

Das mittlere Drittel steht derzeit zur Diskussion, weil die Steyr-Werke die hier untergebrachten Untermieter absiedeln und anschließend sämtliche Objekte abrechen und das Grundstück als Bauplatz verkaufen wollen. Ganz im Westen dieses Areals befindet sich noch ein stark gegliederter mehrgeschossiger industrieller Zweckbau, der an eine Fahrschule, die bisher an einem anderen Platz des Geländes untergebracht war, verkauft wurde. Im Zentrum des mittleren Bereiches befindet sich die ehemalige Energiezentrale mit einem sie überragenden Wasserturm in Betonkonstruktion mit der typischen Pilzgestalt, der aufgrund seiner Höhe und Baumasse wahrzeichenhaft für die gesamten Reithoffer-Gründe wirkt. Die rechteckige Halle, die den Wasserturm umgibt, besitzt teilweise Eisenfachwerkbinder, die maschinelle Einrichtung ist weitgehend abgetragen, der westliche Teil besitzt eine ansprechende Raumwirkung. Nördlich schließen an diese Hallen ebenerdige Fabriksgebäude mit Sheddächern an, die sich teilweise in einem äußerst schlechten Bauzustand befinden, und abschließend ein zweigeschossiges einfaches Gebäude. Südlich der Energiezentrale, durch eine Werksstraße getrennt, befindet sich ein weitläufiges Gebäude, ebenfalls mit Sheddächern auf Gußeisensäulen. Dieses befindet sich nicht nur baulich in einem sehr schlechten Zustand (undichte Dächer), sondern ist auch durch verschiedene, die Bausubstanz beeinträchtigende Nutzungen und Adaptierungen schwer entstellt.

Westlich der Energiezentrale, durch eine sehr schmale Werksstraße getrennt, befindet sich ein dreiteiliger Baukomplex, datiert 1909, mit Fachwerkbindern im Mittelbereich, die aufgrund der hier untergebrachten Verzinkerei und der heftigen Dampfenwicklung starke Korrosionsschäden aufweisen und beidseitig zwei zweigeschossige Baukörper mit frühen Stahlbetonbalken-Stützen-Konstruktionen. Westlich gegen das Ennsufer zu befinden sich weitere Fabriksgebäude, zweigeschossig, älteren Datums. Das nördliche Drittel des Reithoffer-Areals ist durch eine Werksstraße klar vom übrigen Bereich getrennt. In der Südwestecke gleich neben der Fabrikseinfahrt befinden sich zweigeschossige Wohngebäude und ein Fabrikationsgebäude, etwa 1910. Westlich schließt daran ein drei- bis viergeschossiges, schmales, langgestrecktes Lagergebäude, das bis zum Ennsufer reicht, mit auffällig kleinen, regelmäßig angeordneten Fenstern. Im älteren Teil bestehen die Decken aus Eisentraversen mit Ziegelkappen, der jüngere Teil weist Stahlbetonbalkendecken massivster Konstruktion auf. Die Räume sind äußerst niedrig, in dieser Form ausschließlich für Lagerzwecke geeignet, jedoch nach heutigen Vorstellungen nur sehr aufwendig zu bedienen. Die übrige sehr gemischte Bebauung dieses Bereiches ist völlig bedeutungslos. Das ehemals der Firma Reithoffer, später den Steyr-Werken gehörige Gelände ist heute in Teilen an verschiedene Firmen weitervermietet. Die Bebauung läßt ein wohl ursprünglich (Ende des 19. Jahrhunderts) vorhandenes Organisationskonzept erkennen, doch dürfte dieses von Anfang an wegen sich ändernder Bedarfserfordernisse - vor allem nach dem Besitzwechsel zu den Steyr-Werken - nicht konsequent verwirklicht, sondern mehrfach abgeändert worden sein. Daher hat wohl eine Einheitlichkeit des Areals der Reithoffer-Werke nie bestanden. Die Bebauung weist unterschiedlichste Gebäudehöhen und -typen, verschiedenste Gestaltungs- und

Architekturelemente, insgesamt also einen sehr differenzierten Baubestand verschiedensten Alters auf. Die Untervermietung der einzelnen Gebäudekomplexe führte zu Umbauten und infolge starker Vernachlässigung teilweise zu bedeutenden Bauschäden.

Die Gebäude weisen im einzelnen mit Ausnahme des sogenannten Reifenlagers keine überragende Bauqualität oder erwähnenswerte Originalität bzw. Innovation auf. Die Anlage in ihrer Gesamtheit weist kein durchgreifendes organisatorisches oder gestalterisches Konzept auf, als daß hier von einem Ensemble besonderer Bedeutung gesprochen werden könnte. Auch eine historische Komponente ist infolge mehrfachen Besitz- und Funktionswechsels nicht klar ausgeprägt. Die bereits erfolgten starken baulichen Veränderungen und die beträchtlichen Bauschäden würden, wie die Erfahrungen andernorts zeigen, letztlich wenig repräsentative originale Bausubstanz übrig lassen.

Unter Beachtung der angeführten Gründe ist das Bundesdenkmalamt daher zur Ansicht gekommen, daß der ehemaligen Fabrikanlage "Reithoffer-Gründe" (mit Ausnahme des sogenannten Reifenmagazins) nicht jene besondere kulturelle Bedeutung zukommt, die die Feststellung eines öffentlichen Interesses an der Erhaltung im Sinne des Denkmalschutzgesetzes zuließe. Das Bundesdenkmalamt beabsichtigt daher nicht, die gesamte Anlage unter Denkmalschutz zu stellen, weil für eine derartige Maßnahme mangels entsprechender Denkmalqualität die gesetzlichen Voraussetzungen bzw. Kompetenzen fehlen. Wien, 7. Dezember 1989, Der Präsident Sailer."

Das ist die einzige kompetente Stelle für mich. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, wir sind im Kontakt gewesen mit dem Denkmalamt und nicht wenn irgend jemand daherkommt und sagt, das ist so wunderschön. Uns haben hier Fachleute von erster Stelle bestätigt, wie die Situation wirklich ist. Es ist eine ausführliche und genaue Stellungnahme. Mehr möchte ich jetzt dazu nicht sagen. Ich bitte nur um entsprechende Berichterstattung in den Medien. Es ist eine ausgesprochene Gemeinheit gewesen, was in der letzten Zeit hier passiert ist, daß die Stadt Steyr sozusagen - man kann ja den Schaden gar nicht abwägen, den so etwas mit sich bringt - für den Denkmalschutz nichts tut. Das stimmt einfach nicht, das ist - um nicht zu sagen eine Lüge - eben die Unwahrheit.

Meine Damen und Herren und nun zum Antrag der ÖVP-Fraktion. Dazu möchte ich folgendes sagen. Die Stadtverwaltung war sich ihrer Verantwortung über die künftige Entwicklung der Stadt in allen Bereichen stets bewußt. Deswegen hat sie auch schon vor mehreren Jahren ihr besonderes Augenmerk auf die Verwertung der früheren Reithoffer-Gründe gelegt. Die Stadt war deshalb bemüht, Dispositionsmöglichkeiten über das gesamte Areal zu erhalten und hat nachweisbar langwierige Ankaufsverhandlungen mit den Steyr-Werken und dem damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. Hannes Androsch geführt. Viele von uns waren in diese Gespräche involviert. Zunächst schien auch ein günstiger Kaufabschluß in Aussicht. Leider hat aber die Steyr-Daimler-Puch AG als Verkäuferin in der Folge ihre Preisvorstellungen so verändert, daß ein Ankauf für die Stadt nicht mehr in Frage kam, weil zu den geforderten Grundpreisen eine künftige Nutzung des Geländes weder gewerblich noch für den Wohnbau möglich ist. Der Magistrat hat schließlich bei allen Bauangelegenheiten, bei denen der Denkmalschutz berührt sein könnte, Kontakt mit dem Landeskonservator hergestellt. Dies ist auch im Falle des Reithoffer-Areals geschehen und es hatte die Denkmalbehörde ausreichend Zeit, entsprechende Veranlassungen zu treffen. Unbeschadet der formellen Behandlung der Angelegenheit hat die Stadt auch die in der letzten Zeit zutage getretenen öffentlichen Meinungen berücksichtigt und ist neuerlich mit einem Kaufangebot an die Steyr-Daimler-Puch herangetreten, das leider bis heute nicht beantwortet ist. Es muß aber festgestellt werden, daß es nicht primär Aufgabe der Stadt sein kann, alle Gründe aufzukaufen, um damit sicherzustellen, daß die Grundverwertung raumordnungspolitisch und städtebaulich in einwandfreier Weise erfolgt. Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß die Stadt-

verwaltung alle ihr zustehenden Möglichkeiten bezüglich einer künftigen Verwendung des Reithoffer-Areals - es haben sogar schon Besprechungen stattgefunden, das ist ja bekannt, mit Steyrer Wohnbauträgern - wahrgenommen hat, ohne daß es eines Hinweises der Fraktion der Österr. Volkspartei bedurft hätte. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, daß wir als Stadt uns über die weitere Entwicklung dieses Bereiches natürlich ausführlich Gedanken zu machen haben und daß wir alles zu tun haben - es wird dort ein neuer Stadtteil entstehen - damit das so wird, wie wir uns das vorstellen. Ich glaube aber, daß wir hier bisher schon alles getan haben, was möglich war und daß es nicht eines Antrages oder eines Beschlusses im Gemeinderat bedarf, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir so weiterhandeln werden. Ich schlage Ihnen daher vor, den Antrag der Österr. Volkspartei aus diesem Grund abzulehnen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke unserem Bürgermeister für seinen ausführlichen Bericht. Er steht zur Diskussion. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte vorerst auf die einleitenden Worte des Herrn Bürgermeisters eingehen und muß feststellen, ich persönlich und ich glaube, viele von Ihnen und auch von unserer Fraktion, haben mit Betroffenheit diesen Artikel in einer Tageszeitung am Samstag, der sicherlich sehr polemisch war und auch in das Persönliche abgeglitten ist. Ich distanziere mich davon auch namens der ÖVP-Fraktion und ich hoffe, daß in Zukunft derartige gehässige Stellungnahmen und Rücktrittsforderungen, auch wenn wir hier bei Reithoffer ganz verschiedener Meinung sind, nicht mehr vorkommen werden und sollten.

Doch nun zu unserem Antrag. Wie Sie wissen, fordert die ÖVP-Fraktion seit Jahren den Erwerb eines der letzten und wertvollsten Grundstücke, die Steyr noch besitzt, nämlich der Reithoffer-Gründe. Wenn der Herr Bürgermeister gesagt hat, es gab seit langen Verhandlungen mit den Steyr-Werken, so ist das richtig und das will auch gar nicht bestritten sein. Man hat in den Jahren 1985/86 verhandelt, man hat den geschätzten Grundpreis, der mit rund S 800,-/m² beziffert war, zuerst auf 600 und dann auf 500,-/m² heruntergehandelt, doch dann hat, laut Aussage der Firmenvertreter anlässlich der Begehung und auch anlässlich eines Gespräches hier im Hause, an dem verschiedene Herren beteiligt waren, ein halbes Jahr sich seitens der Stadt sehr wenig gerührt. Zumindest wurde glaubhaft versichert, wurde nicht mit dem nötigen und massiven Nachdruck verhandelt, sonst wäre dieses Grundstück damals sehr günstig zu haben gewesen. Ich weiß auch, daß die damalige Budgetsituation sehr angespannt war und ich weiß, daß für so große Summen in einem Jahr nicht die nötigen Mittel vorhanden sind. Trotzdem glaube ich, mußte es unser Bestreben sein, auch heute noch, dieses Grundstück entweder zu erwerben, wodurch immer - der Herr Bürgermeister hat das schon anklingen lassen - entweder durch Wohnbauträger, Wohnbaugesellschaften, durch Beteiligung der GWG, der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft oder Styria, die sich ja auch einmal bereiterklärt hat, diese wertvollen Gründe zu erwerben. Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, dieses Spekulant zu überlassen. Soweit ich weiß und Sie wissen das genau so, gibt es ja sehr viele Interessenten. Seriöse, weniger seriöse, die nur spekulieren wollen. Wenn die Mittel nicht da sind, und aus dem Budget bin ich überzeugt, können wir sie nicht nehmen, dann muß es Ziel und Aufgabe der Stadtgemeinde und der Stadtverwaltung sein, sich an einer Finanzierungs- oder Errichtungsgesellschaft zu beteiligen, um hier eine massive Gestaltungsmöglichkeit zu haben.

Ich bedaure aber in diesem Zusammenhang auch sehr, daß unser im letzten Gemeinderat eingebrachter Dringlichkeitsantrag von der Mehrheitsfraktion abgelehnt wur-

de. Denn wie die Praxis und die Erfahrung gezeigt haben, haben sich die Ereignisse über Nacht überstürzt und nach Ablauf der von den Steyr-Werken zugestanden Frist über einen Bescheid des Denkmalamtes ist sofort der erste Bagger hineingefahren und hat mit dem Abbruch begonnen. Ich glaube, hier ist und war die Entscheidung der Mehrheitsfraktion, unseren Dringlichkeitsantrag niederzustimmen, falsch gewesen. Man kann doch überdenken, wie man will, auch über die Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes. Ich kenne noch einen anderen Brief, der vom Landeskonservator stammt, in dem er sich zwar auch sehr gewunden ausdrückt, aber immerhin die Kompetenz dem Ortsbildschutz und der eigenen Entscheidung des Magistrates überläßt, hier Maßnahmen zu ergreifen, um einen Abbruch oder eine Zerstörung zu verhindern.

Was ich noch verurteile ist, daß dieses Areal und die Gebäude darauf jahrelang leer gestanden sind, bis auf die paar Mieter, die die Steyr-Werke dort untergebracht hatten, und jahrelang dem Verfall preisgegeben waren. Jetzt plötzlich kam es auf ein paar Tage, auf Wochen an, um alles niederzureißen und vielleicht durch Spekulation einen höheren Grundpreis zu erzielen. Hätte man, wie von uns im Dringlichkeitsantrag gefordert, eine Bausperre verhängt, so hätte man dies zumindest vorerst einmal verhindern können.

Es wäre auch notwendig gewesen, das Reithofferareal vollständig aufzunehmen. Es gibt zwar eine Fotodokumentation, aber es gibt keine Pläne, es gibt keine Aufnahmen vom gesamten Bauvorhaben. Das wäre relativ leicht zu machen gewesen, mit wenig Kosten. Es wäre auch eine gute Grundlage gewesen für ein späteres Nutzungskonzept. Ich finde es als nicht verantwortlich, die Gebäude dort abzurechen zu einem Zeitpunkt, in dem es eigentlich kein Bebauungskonzept gibt. Das Areal eignet sich hervorragend für die diversen Möglichkeiten. Es wurden ja schon von privater Seite verschiedene Studien und Überlegungen angestellt, aber es wäre durchaus denkbar gewesen, die zum Teil noch gute alte Bausubstanz in eine zukünftige Verbauung einzubinden, die auch von der Kostenseite her sicher günstiger gewesen wäre.

Ich darf noch erwähnen, daß wir dort in einer der großen Hallen, die auch angeführt wurde und auch vom Denkmalamt als nicht erhaltungswürdig dargestellt wurde, die Möglichkeit gehabt hätten, eine große Halle für verschiedenste Veranstaltungen aus- und umzubauen. Sie wissen, wir bräuchten dringend ein Ausstellungszentrum, wir bräuchten eine Veranstaltungshalle für z. B. Großkonzerte. Man könnte sehr gut in gemischter Verbauung dort fast einen eigenen Stadtteil entstehen lassen. 5 Minuten vom Zentrum entfernt mit wunderschönen Ladenstraßen rund um diese Mittelhalle. Die Randgebiete eignen sich hervorragend für Wohnverbauung und auch die Idee eines Hotels im hinteren Bereich wurde ventiliert. Schade, daß Sie unseren Intentionen nicht folgen können. Wir glauben, daß die Reithoffergründe wert gewesen wären und noch immer wert sind, sie vor dem gänzlichen Abbruch zu schützen und vor allem daß sie von der Stadt und daß die Möglichkeiten der Stadt gewahrt werden, über die Reithoffergründe, bestmöglich über ihre zukünftige Nutzung zu befinden und zu entscheiden. Daher nochmals die Begründung unseres Antrages, sich dieses Dispositionsrecht zu sichern und alles zu unternehmen, in welcher Form auch immer, um sich den Erwerb dieses Grundstückes zu sichern.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Kollege Treml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich glaube, daß in der Frage Reithoffer-Areal der Gemeinderat sehr spät reagiert, obwohl wir in dieser Richtung Absichtserklärungen abgegeben haben.

Der Gemeinderat hat ja vor 5 Jahren einstimmig ein Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr beschlossen, darin wird wörtlich festgehalten, die sinnvolle Ausnützung bestehender Betriebsobjekte und Grundstücke für Produktionserweiterung ist nach wie vor zu verfolgen. Das war vor 5 Jahren. Weiters heißt es in diesem Entwicklungskonzept der Stadt Steyr. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Möglichkeit gewerbe- und industrimäßiger Nutzung des Reithofferareals zu prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die vorhandene Infrastruktur möglichst ausgenutzt wird, um neue Investitionen auf diesem Gebiet zu vermeiden.

Nun, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde über Nacht in einer Art Nacht- und Nebelaktion ein Teil des Reithofferareals im Auftrag der Steyr-Daimler-Puch AG demoliert. Ich glaube, daß hinter dieser Aktion schon ein abgekartetes Spiel steckt, zumindest schaut es nach dieser Aktion danach aus. Eingeleitet wurde diese bereits mit dem Abbruchbescheid vor 2 Monaten, über den offenbar kein Gemeindepolitiker, wie auch Bürgermeister Schwarz, eine Ahnung hatte. Auch wir selbst vom Gemeinderat wußten davon nichts. Die Schuld lag, wie man sagte, bei der Baurechtsabteilung, also bei den Beamten. Mit der Stattgebung des Abbruches eines Teiles der ehemaligen Reithoffer-Werke war das industriegeschichtliche Fabriksenemble von der Zerstörung bedroht und damit, so glaube ich auch, für dieses Fabriksareal, wie man gesehen hat durch die Aktionen, das Todesurteil gesprochen. Noch dazu, wie Bürgermeister Schwarz nun berichtete, daß das Denkmalamt keine Unterschutzstellung hier ausspricht. Aber noch im November, es war glaube ich am 30. November, hatten wir eine Fraktionsobmännerbesprechung, bei der wir als Fraktionsobmänner - Kollege Holub und Kollege Holub Oskar von der GAL sowie ich - Befürchtungen aussprachen, daß die Steyr-Daimler-Puch AG nach der derzeitigen Rechtslage mit dem Abbruch beginnen könne. Wir forderten damals gemeinsam unseren Bürgermeister auf, Maßnahmen dagegen zu treffen. Der Bürgermeister Schwarz versprach uns daraufhin, diesbezüglich mit den Verantwortlichen der Steyr-Daimler-Puch AG Kontakt aufzunehmen und rechtzeitig die Interessen der Stadt zu deponieren. Das Ergebnis ist ja allgemein bekannt. Im Reithoffer-Areal schaut es nun so aus wie nach einem Bombenangriff. Nach dem Flächenwidmungsplan besteht auf diesem Areal die Möglichkeit einer gemischten Verbauung, beginnend mit einer Wohnverbauung vor allem im nördlichen Teil, verbunden mit der Nutzung durch Gewerbe-, Büro- und Geschäftslokale. Ich möchte im Namen meiner Fraktion schärfstens gegen die willkürlich überfallsartige Zerstörung der ehemaligen Reithofferwerke protestieren und fordere unverzüglich auch Maßnahmen hier vom Gemeinderat, von der Stadtgemeinde, daß der weitere Abbruch verhindert wird. Durch den Ankauf des Reithoffer-Areals durch die Stadt Steyr soll die Spekulationsabsicht, und die steckt eindeutig dahinter, der Steyr-Daimler-Puch AG verhindert werden und dadurch die kommunale Nutzung, wie Wohnverbauung, Errichtung von Gewerbebetrieben, gesichert werden. Das ist meine Auffassung dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte ebenfalls den Antrag der österr. Volkspartei zum Anlaß nehmen, um einige grundsätzliche Bemerkungen zu den Geschehnissen rund um das sogenannte Reithoffer-Areal zum Ausdruck zu bringen. Bereits vor Jahren habe ich anlässlich von Betriebsbesuchen bei einigen Firmen in diesem Gebiet auf die, gelinde ausgedrückt, unzumutbaren Arbeitszustände und Arbeitsverhältnisse in einigen Betrieben hingewiesen, und ebenfalls auch auf die daraus resultierenden Abwanderungstendenzen der Firmen. Im wesentlichen lagen ja die Beweggründe darin, daß die Firmen eher kurzfristige Verträge mit dem Eigentümer, den Steyr-Werken hatten, und eine relativ

hohe Miete für die Benützung dieser Gebäude zu entrichten hatten. Daher aus verständlichen Gründen diese sich außerstande sahen, Sanierungsmaßnahmen in Millionenhöhe aus Firmenkapital durchzuführen und sich nach anderen Standorten für ihre Betriebe umzusehen begannen. Um diesen Abwanderungstendenzen entgegenzutreten, haben wir damals namens der Freiheitlichen Fraktion vorgeschlagen, nachdem das ja finanzielle Einbußen für die Stadt bedeutet, wenn Betriebe mit ihren Mitarbeitern abwandern, daß die Stadt als Vermittler zwischen Eigentümer und Mieter auftreten sollte bzw. auch Mittel aus der Gewerbeförderung zur Verfügung stellen sollte, um diese Gebäude entsprechend wieder herzurichten. Oder überhaupt den Kauf dieses Areals der ehemaligen Reithofferwerke in Erwägung ziehen müßte. Leider ist aus all diesen Vorschlägen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und aus all diesen Bemühungen nichts geworden. Mehrere Betriebe sind in andere Gemeinden abgewandert und die Negativauswirkungen waren und sind nach wie vor spürbar. Nicht nur für unsere Stadt, sondern für die gesamte Region. Jeder Arbeitsplatz, der in unserer Stadt verloren geht, bedeutet ja Mindereinnahmen für unsere Stadt und die gesamte Wirtschaft. Das Reithoffer-Areal harrete also weiterhin seinem ungewissen Schicksal entgegen. Da gab es Ideen und Ankündigungen in Richtung reines Wohngebiet, in Richtung gemischtes Wohn- und Gewerbebetriebsgebiet oder die vorhandenen Hallen und Gebäude für Messen und Ausstellungen zu adaptieren. Immer aber unter der Voraussetzung, daß die Stadt diese Gründe und Baulichkeiten erwirbt. Man wußte aber dann im weiteren Verlauf nicht so recht, was nun wirklich aus diesem Stadtteil werden sollte. Erst als vor kurzem bekannt wurde, daß ein Abbruchbescheid vom Bauamt ausgestellt wurde, von dem unser Bürgermeister Schwarz nichts wußte, gab es auch wieder Diskussionen mit sehr hohem Wellengang hier bei einer Gemeinderatsitzung am 28. September dieses Jahres. Alle Idee, die ich vorhin bereits aufgezählt habe, wurden wieder präsentiert und auch ich habe zum Ausdruck gebracht, daß man, ohne gleich ein Museum daraus zu machen, denn auf diesem Gebiet, glaube ich, sind wir ja bereits ausreichend versorgt - es viele Möglichkeiten gäbe, wie die Nutzung der Hallen zu Messen oder Ausstellungszwecke oder eben für Gewerbebetriebe, die keine Belastung für die Umwelt und die Bewohner dieses Stadtteiles nach sich ziehen. Ebenfalls habe ich mich schärfstens dagegen verwehrt, daß man, ohne sich Gedanken über eine bessere Verwertbarkeit der vorhandenen Bausubstanz, zu machen, einfach mit der Schubraupe in dieses Gebiet hineinfährt. Das ist aber leider bereits geschehen. An sich waren sich damals alle Parteien wie auch unser Bürgermeister einig, daß man alles daransetzen sollte, zu retten, was zu retten war.

Daher meine Enttäuschung und die Enttäuschung vieler anderer, als ich, so wie alle anderen auch feststellen mußte, daß man in einer Überraschungsaktion, wie auch mein Vorredner bereits gesagt hat, in einer Nacht- und Nebelaktion sondergleichen vor wenigen Tagen wertvolle Bausubstanz bereits zerstört hat. Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, hat mehr als einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Das Bundesdenkmalamt hat zweifellos eine sehr fragwürdige Rolle gespielt in dieser Angelegenheit, zumindest was den Zeitablauf dieser Dinge betrifft. Ich darf, obwohl es beinahe zu spät ist, den Herrn Bürgermeister bitten, die Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Deutlich, meine Damen und Herren, wurde aber umsomehr, daß es tatsächlich besser gewesen wäre, wenn die Stadt Steyr dieses Gebiet vor Jahren bereits angekauft hätte, weil sie sowieso kaum mehr über Gründe verfügt für Wohnbauten oder auch für Betriebsansiedlungen. Für vermessen halte ich aber, auch das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß, so wie die GAL das tut, man den Rücktritt des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit verlangt oder behauptet wird, daß die Stadt überhaupt nichts für Denkmalschutz übrig hätte. Ich sage dies, obwohl ich in einer anderen Angelegenheit vor Jahren, nämlich beim Wehrgraben, schlechte Erfahrungen gemacht habe, allerdings unter einem anderen Bürgermeister.

Dem Antrag der ÖVP-Fraktion werde ich die Zustimmung geben, weil auch ich die Auffassung verrete, daß all das, was in Zukunft in diesem Areal und in diesem Stadtteil geschieht, infolge seiner besonderen Lage von besonderer Bedeutung für die weitere Stadtentwicklung einerseits und für die Bewohner dieses Stadtteiles andererseits sein wird. Diese Gestaltungsmöglichkeit, ja ich meine sogar diese Verpflichtung, kann und darf sich die Stadt nicht aus der Hand nehmen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster ist Kollege Oskar Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Zuerst möchte ich zu diesen Medienangriffen Stellung nehmen. Es ist klar, daß in den Medien schärfer geschossen wird als im Gemeinderat das teilweise etwas verschlaffen wird. Für uns war es so, neben der persönlichen Wertschätzung dem Bürgermeister gegenüber gibt es einfach auch eine politische Einschätzung. Die schärfste mögliche Form des Protestes oder des Zeichens unserer Führung war eben die Forderung des Rücktritts des Bürgermeisters.
Es gibt in diesem Bereich, glaube ich, 3 Dinge zu sehen. Das eine ist die Rolle der Steyr-Werke, dann die Rolle der Stadt und die Rolle des Bundesdenkmalamtes. Nach meiner Einschätzung gibt es unterschiedliche Ansichten von seiten des Bundesdenkmalamtes, und zwar seitens Oberösterreich und seitens Wien, das kommt auch in diesem Bericht zum Ausdruck. Da werden z. B. Dinge wie die Raumhöhen erwähnt, wo es offensichtlich um Nutzung geht, weil nämlich das Bundesdenkmalamt damit überhaupt nichts zu tun hat. Es ist nicht die Aufgabe des Bundesdenkmalamtes, über eine etwaige Nutzung nachzudenken. Seitens Oberösterreich wurde eindeutig festgestellt von Herren des Bundesdenkmalamtes, daß dieses Objekt und dieses Areal schützens- und erhaltungswürdig ist, daß es aber nicht unter Schutz gestellt wird. Das ist der feine Unterschied und eine typisch österreichische Beamtenlösung. Bei den Steyr-Werken ist es so in der letzten Zeit, sie entlassen Arbeiter, sie verkaufen ihre Betriebe und das Letzte, was die Steyr-Werke machen, ist das, was noch an positiver Architektur übrig ist, daß das auch noch zerstört ist. Das ist die unheilige Allianz zwischen Steyr-Werken und Stadt, die einfach dazu führt, daß die Bagger in einer Tag- und Nebelaktion am Nachmittag hineinfahren. Wahrscheinlich ist der Wasserturm gesprengt worden, denn so schnell wäre das gar nicht gegangen. Wir stehen jetzt da, die Architekten dastehen, die fertige Konzepte entwickelt haben, die Interessenten gehabt haben für eine Verbauung, unter der Voraussetzung, daß diese Objekte bestehen bleiben. Das ist jetzt verhindert worden und wir fordern seitens der GAL auf jeden Fall, es bestehen noch Objekte - die Raupen fahren momentan weiter - und wir fordern einen Abbruchstop. Weiters fordern wir einen Architektenwettbewerb im Rahmen dessen, was noch übrig geblieben ist und weiters stimmen wir dem Antrag der ÖVP sicher zu.
Entschuldigen Sie meine Nervosität, es war das erste Mal, daß ich am Rednerpult gestanden bin und ich reagiere so schlecht in Gruppensituationen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Punkt? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Als ich von der sogenannten geheimen Kommandosache, wie es in einer Tageszeitung gestanden ist, von der Zerstörung der historischen Reithoffergründe gehört habe, war auch ich erschüttert. Als die Arbeiterfirma Musica fast zwei Tage gestanden ist, weil die Bagger die Stromversorgung lahmlegten. Mit der Demolierung

am vergangenen Dienstag ist nun leider ein endgültiger Schlußstrich unter die Debatte um das historische Industrieareal gezogen worden. Es ist meiner Meinung nach richtig, daß das Bundesdenkmalamt mit dem negativen Gutachten, wie wir von Bürgermeister Schwarz heute gehört haben, freie Hand für einen Großteil der Objekte gelassen hat. Aber die Schlußfolgerung, da stimme ich Kollegen Oskarl Holub zu, daß die Fabriksobjekte unbedingt abgebrochen hätten werden müssen, ist in meinen Augen nicht ganz richtig, sie ist in meinen Augen falsch. Die Interessensgemeinschaft Stadtprojekte mit Architekt Dipl. Ing. Proyer hat ja z. B. einige interessante Vorschläge erarbeitet. Es ist ja auch von dieser Gruppe ein Umnutzungskonzept erarbeitet worden, aber leider ist das nun alles zu spät. Um finanzielle Spekulationen des Besitzers zu vermeiden, hätte halt der in der letzten Sitzung von unserer Fraktion eingebrachte Dringlichkeitsantrag über das Gebiet im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung eine Bausperre zu verhängen, die Zustimmung der sozialistischen Fraktion - ich glaube, Kollege Treml hat auch nicht zugestimmt - finden müssen. Was wir jetzt noch können, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ist, wie es Kollege Schloßgangl bereits betont hat, sich die Dispositionsmöglichkeiten über das gesamte Areal der Reithoffergründe zu sichern durch Kauf oder in entsprechender anderer Form. Ich ersuche daher nochmals die sozialistische Mehrheitsfraktion, unseren Antrag doch zu unterstützen, daß wir zumindest jetzt zugreifen, um, wie ich es anläßlich der letzten Gemeinderatsitzung betont habe anläßlich des Nachtragsvoranschlags, die Jahrhundertchance nicht zu verpassen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Spöck. gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich bitten, daß Kollege Holub den Vorsitz übernimmt, da auch ich ein paar Worte dazu sagen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um die Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Nachdem ich selbst in den letzten Jahren beteiligt war und versucht habe, dieses Grundstück für industrielle Zwecke zu nützen, nachdem ja dieses Areal seit der Jahrhundertwende industriell genützt wird. Ich habe die ersten Verhandlungen gemeinsam mit dem damaligen Chef der CA Herrn Dr. Hannes Androsch geführt. Die Verhandlungen waren eben nicht leicht zu führen. Aber uns jetzt den Vorwurf zu machen, wir hätten geschlafen, ist auf alle Fälle falsch. Wir haben uns jahrelang bemüht, dieses Grundstück zu erwerben. Bei den letzten Verhandlungen war Kollege Pimsl bei Androsch, kurz bevor der von der CA weggekommen ist, und da haben wir die Zustimmung bekommen, die Steyr-Werke wären bereit, dieses Grundstück um S 500 abzugeben, allerdings für eine gewerblich-industrielle Nutzung. Dann war der Wechsel in der CA, ein neuer Chef ist gekommen, Herr Schmidt-Chiari, und wie dann die Verhandlungen geführt wurden und die Wohnungsgesellschaften in Steyr - wir haben bei uns eine Veranstaltung gehabt hier im Gemeinderat - sich bereiterklärt hätten, sie würden das für Wohnverbauung gemeinsam nutzen. Es war ja eine Bürgerinitiative gegen eine weitere Nutzung für industrielle Zwecke da, eine lange Unterschriftenliste, es dürfen keine Industriebetriebe mehr dorthin kommen, das darf nur mehr für Wohnzwecke genutzt werden und dann haben die Steyr-Werke gesagt, für Wohnzwecke geben wir dieses Grundstück nicht her um dieses Geld. Das Ganze hat sich somit wieder zerschlagen. Die Steyr-Werke haben dann gesagt, sie werden das Grundstück selbst verwerten.
Jetzt möchte ich auch noch etwas sagen. Niemand macht sich Sorgen, was das Ganze

kostet usw. Das sind immerhin fast 50.000 Quadratmeter, die Steyr-Werke verlangen S 1.200 bis S 1.300 pro Quadratmeter. Ich überlasse es Ihnen, sich auszurechnen, was das der Gemeinde kosten würde ein solcher Erwerb in der jetzigen Situation. Wir müßten die 50 oder 60 Millionen bei einem Kreditinstitut aufnehmen. Ich überlasse es Ihnen nachzurechnen, was das am Ende kostet, was der Schuldendienst allein für dieses Grundstück ausmachen würde. Ganz egal, wer der Eigentümer dort ist der künftige, eines steht fest, jedwede Bautätigkeit, ganz egal was dort zu bauen beabsichtigt wird, muß über das städtische Bauamt gehen. Es gibt keine Baugenehmigung ohne Einverständnis der Gemeinde. Das heißt, die Gemeinde hat auf alle Fälle Mitspracherecht bei der Verwertung dieses Grundstückes. Es kann nicht so sein, daß irgendwer irgend etwas baut, sondern die Gemeinde muß befragt werden, die Gemeinde muß ihre Zustimmung geben, es kommt immer wieder in den Gemeinderat herein.
Das wollte ich kurz dazusagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für die Wortmeldung , gebe den Vorsitz zurück und melde mich selbst zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Holub zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist vieles hier an Für- und Widerargument geliefert worden. Ich glaube, gerade das Entscheidende kam jetzt von Kollegen Wippersberger. Zweifellos spielt die Kostenfrage eine große Rolle, außerdem steht es zweifelsfrei fest, daß die Verwertung des Areals nur mit Hilfe von Baubewilligungen oder nur auf dem Rechtsinstrument von Baubewilligungen stattfinden kann. Das ist unbestritten, ich unterstreiche das, wir leben in einem Rechtsstaat. Jetzt kommt aber das Aber. Aber durch die private Möglichkeit zur Gestaltung ist im Rahmen des Baurechtes und der Bauordnung ein eingepaßtes Bauansuchen zu befürworten, ganz egal ob es in die städtische Konzeption der Raumnutzung paßt oder nicht. Genau diese städtische Konzeption der Raumnutzung wollten wir in der letzten Sitzung mit dem Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Verordnung einer Bausperrre für das Planungsgebiet betonen und genau diese städtische Raumordnung, Raumplanung und Nutzungsgestaltung wollen wir mit dem Dispositionsantrag, den wir hier machen - nichts anderes tun wir ja - doch ermöglichen. Der Erwerb ist eine der Möglichkeiten, so ist auch der Antrag formuliert. Die Beteiligung an einer Erwerbs- oder Betriebs- oder Verwertungsgesellschaft, wie immer das genannt werden möge, der Antrag läßt die Möglichkeiten frei, ist in der Betragshöhe nicht beziffert, aber in seinem ideellen Wert durchaus nicht gering zu schätzen. Es tut mir in der Seele weh, wenn die sozialistische Fraktion in diesem Gemeinderat diesen inneren Wert des Antrages der Österr. Volkspartei nicht erkennt, und mit der Maschine der Mehrheit über einen an sich vernünftigen Antrag drüberfährt, der letztendlich im Interesse der Stadt und im Interesse aller Steyrerinnen und Steyrer abgefaßt ist. Ich glaube, es geht hier wirklich nur darum, dem Wastl zu zeigen, wer den Most holt. Ich glaube, daß das schlicht und einfach dem Bürger ein wenig zu wenig sein wird, wenn er gustieren muß, wer hier verantwortlich mit der Stadt umgeht. Ich glaube, daß 50.000 Quadratmeter Fläche in unserer Stadt einfach nicht die Fläche für parteipolitische Machtspielerei sein dürften, und daß eine zentral gelegene Fläche 5 Gehminuten vom Stadtplatz entfernt auch schon gar nicht Machtinstrument oder Machtspielball sein darf. Bitte beherzigen Sie doch die Möglichkeiten, die wir aufzeigen. Sie haben selbst - das muß anerkannt werden - den Weg gefunden bei den sogenannten Sauhofgründen, wie man sehr wohl

mit Finanzierungspartnern die gestaltende Hand doch noch haben kann, ohne selbst sehr viel Geld außer den Aufschließungskosten aufzuwenden. Der Mehrheit im Gemeinderat wird das ja noch gar nicht im Detail bekannt sein. Der Bürgermeister hat bei seinem Bericht den Weg aufgezeigt, wie da mit Hilfe eines Leasinginstitutes der Ankauf dieser in der KG Hinterberg gelegenen Grundfläche von beträchtlichem Grundausmaß und von beträchtlichen Grundkosten doch durchgeführt werden kann, unter oder jedenfalls mit Gestaltungsmöglichkeit der Stadt. Ohne daß das der Stadt, abgesehen von den Aufschließungskosten, einen Groschen kostet. Nichts anderes wollen wir mit unserem Antrag ermöglichen. Und zwar nicht gestern und nicht vorgestern, sondern bitte heute.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde von der sozialistischen Partei, es brennt der Hut. Wollen wir denn wirklich dann staunend zuwarten, bis ein Grundstücksspekulant Strukturen in der Stadtnähe aufbaut, die nicht in unserem Interesse sind, die aber nach den Maßgaben der Flächenwidmung, der Bauordnung und der Bauverordnung zuzulassen sind? Das Bauverfahren im Detail ist dann nach der gesetzlichen Grundlage abzuwickeln. Bedenken Sie das bitte, wenn Sie zur Abstimmung schreiten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Werte Kollegen von der Mehrheitsfraktion, oder auch an den Herrn Bürgermeister gerichtet, ich würde bitten, daß der Klubzwang, der so inoffiziell herrscht, aufgehoben wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Einen Klubzwang gibt es bei uns nicht. Zur letzten Frage darf ich sagen, daß es bei uns auch innerhalb der Fraktion keinen Klubzwang gibt, so etwas ist noch nie praktiziert worden. Ich möchte zu den Äußerungen, die jetzt erfolgt sind, folgendes sagen. Es gibt grundsätzlich keine unterschiedliche Auffassung über die Aufgabenstellung, die die Stadt in diesem Bereich hat. Nur bitte sehr sachlich keine Unterschiede, ich kann das nur unterstreichen. Es gibt aber eine differenzierte Auffassung darin, weil dieser Antrag der Österr. Volkspartei etwas vom Gemeinderat verlangt oder ihn beauftragt, was ohnehin schon seit Jahren vollzogen wird bitte sehr. Das ist der Widerspruch, der drinnen ist und wir wollen ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Man nenne einen Schritt zur Bildung einer Erwerbsgesellschaft, dann stimmt das, was Du sagst, Herr Bürgermeister. Ich fürchte, das gelingt aber nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir glauben, es ist, weil dieser Auftrag schon erfüllt ist, gar nicht notwendig, es ist einfach nicht erforderlich, daß wir von einer Partei im Hause aufgefordert werden, das zu tun, was eine Selbstverständlichkeit für uns alle ist. Eines möchte ich noch sagen, Kollege Treml hat auf das Entwicklungskonzept hingewiesen. Im Gegensatz zum Entwicklungskonzept, in dem die Formulierung in erster Linie auf Gewerbe- und Industrieverwertung ist, hat sich in der öffentlichen Meinung, in den Diskussionen in der öffentlichen Meinung diese Meinung geändert dahingehend, daß vielfach es doch auch sinnvoll ist, eine Wohnverbauung dort vorzunehmen und als gemischtes Baugebiet das zu verwerten. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich glaube- der nächste Antrag beschäftigt sich ja damit, -wir haben einen Gestaltungsbeirat installiert und ich kann mir vorstellen, daß dieser Gestaltungsbeirat in der Aufgabenstellung mit diesem Problem sich im besonderen

befassen wird müssen. Ich stehe auch gar nicht abgeneigt dem Vorschlag des Kollegen Holub Oskar gegenüber, wenn er sagt, überlegen wir uns im Zuge eines Architektenwettbewerbes. Das ist eine Frage, die durchaus diskutabel ist und deren Möglichkeit ich mich durchaus anschließen könnte.

Zu den Äußerungen, die gekommen sind, darf ich etwas sagen. Wenn hier gesagt wird, daß innerhalb der Denkmalbehörde unterschiedliche Auffassungen sind, dann muß ich eines sagen. Für mich ist die schriftliche Stellungnahme entscheidend. Wie es zu dieser schriftlichen Stellungnahme innerhalb des Denkmalamtes gekommen ist, ist nicht Aufgabe von uns, das zu prüfen. Verbindlich für mich ist diese schriftliche Stellungnahme. Das ist der entscheidende Punkt, der uns derzeit vorliegt. Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal sagen, daß ich glaube - das möchte ich betonen - daß wir uns mit diesem Problem der Verbauung des Reithoffer-Areals in einer sinnvollen Form künftighin mehrmals werden beschäftigen müssen. Es wird künftighin auch in anderen Bereichen die Entwicklung der Stadt weiter zu gehen haben. Meine Damen und Herren, wir sind nicht dazu gewählt, jeder von uns, ganz egal von welcher Partei, eine solche Entwicklung zu verhindern, sondern wir haben diese Entwicklung unter Bedachtnahme aller Umstände, die hier zu berücksichtigen sind, zu unterstützen und zu fördern. Wir haben das in der Vergangenheit gemacht und werden das auch in Zukunft tun. Ich bitte Sie, meiner Empfehlung zuzustimmen, dem Antrag aus diesen Gründen die Zustimmung nicht zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag der ÖVP-Fraktion ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt (20 Gegenstimmen SPÖ).

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, mit der Berichterstattung fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich darauf hinweisen, daß ich Ihnen vorschlagen möchte, die aufgrund des Amtsberichtes beigeschlossene Geschäftsordnung für den Gestaltungsberat zu beschließen. Dazu darf ich sagen, daß die Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg uns in der Note vom 15. November 1989 folgende Architekten als Mitglieder des Gestaltungsbeirates vorgeschlagen hat:

Herrn Dipl. Ing. Gert Cziharz, Architekt aus Salzburg; Herrn Dipl. Ing. Dr. Othmar Sackmayer, Architekt aus Linz, Baurat h. c. Dipl. Ing. Rüdiger Stelzer, Architekt aus Linz. - Als Ersatzmitglieder: Herrn Dipl. Ing. Fritz Brandstätter, Architekt aus Salzburg; Mag. arch. Ing. Walter Hutter, Architekt aus Linz; Dipl. Ing. Thomas Moser, Architekt und Dipl. Ing. Peter Riepl, Architekt, beide aus Linz. Ich darf darauf hinweisen, daß die Geschäftsordnung, die Formulierung der Geschäftsordnung, mit der Architektenkammer besprochen wurde, abgehandelt wurde und daß hier eine Übereinstimmung besteht.

2) Präs-227/89

Einrichtung eines Gestaltungsbeirates; Geschäftsordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. Dezember 1989 wird die beigeschlossene Geschäftsordnung für den beim Magistrat Steyr eingerichteten Gestaltungsbeirat beschlossen (BEILAGE).

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für seinen Bericht. Wortmeldungen dazu? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon anläßlich einer vergangenen Budgetdebatte erwähnt, daß ich vor 3 Jahren anläßlich des Städtebundtages für Bauangelegenheiten einen Altstadtbeirat gefordert habe. Nunmehr hat sich auch

die Mehrheitsfraktion dazu entschlossen, einen Gestaltungsbeirat zu installieren. Ich hatte die Ehre, für meine Fraktion beim Vorgespräch anwesend sein zu dürfen, möchte aber prinzipiell erklären, daß wir die Installierung eines Gestaltungsbeirates für gut befinden und gutheißen, allerdings auch gewisse Bedenken gegen die Form, wie er heute hier im Antrag vorliegt, zum Ausdruck bringen.

Ich habe damals in dem Vorgespräch gefordert, es sollte diesem Gestaltungsbeirat unbedingt ein erfahrener Städteplaner von internationalem Ansehen und Rang angehören. Nicht aus weiß Gott in der Welt, sondern zumindest aus Wien oder Graz, der in aktiver Verbindung zu einer Universität steht. Leider wurde diesem Ansinnen nicht Rechnung getragen und wir werden uns daher bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Ich denke nur an die Vertreter der Ingenieur- und Architektenkammer für Oberösterreich und Salzburg, die hier namhaft gemacht wurden, die müssen befinden über ein Bauvorhaben, das in nächster Zeit hier realisiert wird, nämlich das alte Kreisgericht, das vom derzeitigen Präsidenten der Architekten- und Ingenieurkammer geplant und beaufsichtigt wird. Ich will nichts unterstellen, aber es wäre doch sinnvoller, wenn zumindest auswärtige und vollkommen unbefangene Architekten hier über die Gestaltung befinden würden. Denn es ist nicht auszuschließen, daß unter Umständen doch eine gewisse Verbindung, zumindest eine gewisse kollegiale Verbindung besteht.

Unser Vorschlag wäre daher gewesen, einen international anerkannten Planer und Architekten einzubinden. Nachdem das nicht geschieht, werden wir prinzipiell dem Gestaltungsbeirat unsere Zustimmung geben, aber im konkreten Fall werden wir uns hier der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bereits im Juni dieses Jahres wurde die Errichtung eines Gestaltungsbeirates einstimmig von allen Fraktionen hier im Gemeinderat beschlossen. Anlässlich der letzten Fraktionsobmännerbesprechung am 30. November vertrat ich die Auffassung, daß die heute zu beschließende Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat "durch die Zulassung der Öffentlichkeit" beinhalten müsse. Nach der nun Ihnen zur Beschlußfassung vorliegenden Geschäftsordnung wurde die von mir verlangte Beiziehung der Fraktionsobmänner festgelegt, jedoch bleibt die Öffentlichkeit eindeutig ausgeschlossen. Im Amtsbericht wird dies damit begründet, daß auch in der Landeshauptstadt Linz zum Beispiel die Sitzungen des Gestaltungsbeirates während der Beratungsphase nicht öffentlich sind. Nach meinen Informationen ist dies unrichtig. Der Rathauspressdienst der Stadt Linz veröffentlichte kürzlich, und zwar am 6. November dieses Jahres, ein Gespräch zwischen den Mitgliedern des Linzer Gestaltungsbeirates und dem dortigen Bürgermeister Dobusch. Unter anderem wird darin festgehalten, daß auch weiterhin die Öffentlichkeit aufrecht bleibt. Also waren die Sitzungen des Gestaltungsbeirates öffentlich. Daher verstehe ich überhaupt nicht, wie so etwas in einen Amtsbericht hineinkommt, sondern aufgrund dieses Amtsberichtes soll heute eine Abstimmung stattfinden. Wörtlich heißt es in dieser Presseaussendung "über die Neuerungen im Linzer Gestaltungsbeirat" - ich zitiere hier wörtlich - "die Beiziehung der Öffentlichkeit zu den Sitzungen des Gestaltungsbeirates sollen so wie bisher praktiziert werden. Wer mir diese Worte nicht glaubt, dem gebe ich es schriftlich anschließend nach meiner Ansprache hier. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, fordere ich die Zulassung der Öffentlichkeit und verlange, daß in der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr nachfolgender Passus aufgenommen wird:
"Die Sitzungen des Gestaltungsbeirates sind öffentlich. Die Öffentlichkeit besteht

darin, daß jedermann berechtigt ist, zuzuhören."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wir begrüßen prinzipiell den Gestaltungsbeirat und uns ist auch ein Anliegen die Öffentlichkeit bzw. daß zumindest die Presse an den Sitzungen teilnehmen darf, um eine gewisse Transparenz zu garantieren, da ich auch der Auffassung von Stadtrat Schloßgangl bin, daß der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer gleichzeitig der Chef mit Disziplinarrecht ist der angeführten Architekten, deren Fachlichkeit ich überhaupt nicht bezweifle. Ich glaube, es handelt sich um sehr gute Architekten. Ich finde es aus diesem Grund einfach auch notwendig, daß neben den heimischen aus Oberösterreich und Salzburg stammenden Architekten auch ein zumindest außerhalb dieses Territoriums stammender Architekt namhaft gemacht wird. Das wäre meine Forderung und ich will nicht präjudizieren, daß da etwas passiert, aber beim Beispiel Kreisgericht ist es wahrscheinlich so, daß dort der Hofarchitekt vom Hartlauer bauen wird und das ist halt der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer. Da haben es dann mehr oder minder seine untergeordneten Architekten schwer, weil er halt ihr Chef ist, gegen ihn Einwände vorzubringen und ich glaube, das wird ihnen einfach schwer fallen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Eines spricht noch gegen die Aussagen, die vorhin rund um den Aufbau des - jetzt muß man ja vom Aufbau des Reithoffergeländes sprechen - daß hier der Gestaltungsbeirat sehr wesentliches Recht haben wird, weil der Gestaltungsbeirat nach der vorliegenden Geschäftsordnung die Aufgabenstellung hat, ihm vorgelegte Bauprojekte auf die Einhaltung der Erfordernisse gemäß § 2 Abs. 1 der öö. Bauverordnung in Verbindung mit § 23 Abs. 1 der öö. Bauordnung zu prüfen und zu beurteilen. Gegebenenfalls jene Kriterien bekanntzugeben, die für die Erfüllung der genannten Erfordernisse maßgeblich sind. Das ist genau das, was ich vorhin bei meiner Stellungnahme gesagt habe, daß sich ja Bauverhandlungen nur nach den Bestimmungen der beiden zitierten Verordnungen bzw. Gesetze bewegen können. Der Gestaltungsbeirat kann lediglich nach der Geschäftsordnung § 1 Aufgaben, kann lediglich prüfen, ob die Bestimmungen beim Bauwerber bzw. in dem Baubegehren eingehalten wurden, gegebenenfalls noch Rahmenbedingungen setzen unter denen, die besser eingehalten werden. Auch das bitte noch einmal zu bedenken, das ist auch ein Grund, warum wir uns hier der Stimme enthalten. Vermutlich wäre es am klügsten, die Geschäftsordnung heute nicht zum Beschluß zu erheben, sondern noch einmal zurückzustellen, damit man noch einmal ernsthafte Gespräche führen kann, Für und Wider im Detail noch einmal abwägen. Denn es sind Beispiele genannt worden und es treten Beispiele zutage, die in klassischem Konflikt zu der vorgeschlagenen Geschäftsordnung herbeiführen würden. Ich bitte Sie doch, das zu beherzigen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Stelle bitte einen Antrag. Ich kann nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nach der Geschäftsordnung kann ich als Redner einen Antrag stellen und ich bitte, den zu unterstützen im Sinne der Geschäftsordnung. Nach der Geschäftsordnung kann ein Antrag in der Sitzung auch mündlich vorgetragen werden. Ich stelle hiemit

den Antrag, daß der vorliegende Entwurf einer Geschäftsordnung von der Beschlußfassung zurückgestellt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Nur zur Aufklärung darüber, damit kein Mißverständnis entsteht, wie ich mich bei der Abstimmung verhalte, darf ich bekanntgeben, daß ich ebenfalls meine Einwände in die Richtung lenke, daß ich darauf wert lege, daß in Zukunft bei den Sitzungen des Gestaltungsbeirates die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen wird.
Ebenfalls berücksichtige ich auch die Bedenken, die ich seitens des Vizebürgermeisters Holub in einer anderen Sache, die ich jetzt nicht wiederholen möchte, habe und unterstütze daher den Antrag der Österr. Volkspartei.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Eichhübl. Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Ich glaube, ich habe das letzte Mal auch schon gesagt bei der Beschlußfassung über die grundsätzliche Einführung des Gestaltungsbeirates, daß die Architekten durchaus in der Lage sind, die hier genannt sind, diese Dinge zu beurteilen. Ich glaube nicht, daß sie unfähig sind ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das sagt ja niemand.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wenn ich jemanden ablehne, dann glaube ich, daß er das nicht so kann, wie man sich das vorstellt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das ist aber nicht richtig, es ist niemand abgelehnt worden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Außerdem glaube ich, daß ein Beispiel einer allfälligen Befangenheit nicht dazu dienen kann, daß ich sage, da habe ich ein Beispiel. Genau so könnte es ein Beispiel sein, wenn ich von irgendwoanders einen Architekten habe, der auch in Steyr zufällig arbeitet, das ist haargenau dasselbe. Es ist das einzige Beispiel, das hier angeführt wird und das kann nicht dazu führen, daß ich sage, aus diesem Grund kann ich das nicht machen. Das ist für mich kein Argument. Zur Öffentlichkeit möchte ich sagen, daß diese nicht ausgeschlossen ist. Die Presse ist die Öffentlichkeit und die hat bei der Vorstellung des Projektes die Möglichkeit, dabei zu sein, haargenau dasselbe wie in Linz, haargenau bitte sehr dasselbe. In Linz ist sie auch bei den Beratungen, die Presse, nicht dabei, aus Gründen der objektiven Beurteilung ist es sinnvoll, weil die tatsächliche objektive Beurteilung ist sicher besser, wenn die Herren rein aus sachlichen Überlegungen ihre Meinungen dort äußern können, ohne daß ein Dritter zuhört. Wir haben Gespräche mit der Architektenkammer in dieser Richtung geführt. Aus dem Grund würde ich vorschlagen, daß der Antrag des Kollegen Holub auf Zurückstellung des Antrages abgelehnt und mein Antrag angenommen wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Trotz der falschen Berichterstattung im Amtsbericht? Das ist ja unrichtig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Öffentlichkeit ist dabei. Ja was ist denn die Presse?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Nein, die ist nicht dabei.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, selbstverständlich.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Hier steht es doch, der Presse und dem Rundfunk soll die Teilnahme an den Sitzungen bei der Vorstellung sowie bei der abschließenden Verkündung der Entscheidung ermöglicht werden. Nur bei der Vorstellung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Unsere Auffassung habe ich erläutert und möchte dabei bleiben.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen damit zur Abstimmung über den ÖVP-Antrag auf Zurückstellung dieses Antrages. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich als Zeichen der Zustimmung um Handerhebung? Danke. Dagegen? (20 Gegenstimmen SPÖ).

Jetzt kommen wir zur Abstimmung des Antrages unseres Bürgermeisters, wie er ihn vorgebracht hat. Wer ist damit einverstanden? Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? (11 Stimmenthaltungen - 8 ÖVP, 1 GAL, 1 FPÖ, 1 KPÖ). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Danke, ich bitte um den nächsten Tagesordnungspunkt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, den Ansuchen des Vereines Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik um Gewährung einer 3. Teilsubvention im Ausmaß von 2,1 Millionen für den Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben sowie Gewährung einer Subvention von 1 Million S als Weiterleitung einer Landesförderung zuzustimmen. Der Antrag lautet:

3) Bau2-6446/86

Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - Gewährung einer 3. Teilsubvention im Ausmaß von S 2,1 Millionen für den Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben sowie Gewährung einer Subvention von S 1 Mill. als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. 11. 1989 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Pachergasse 2, 4400 Steyr, zweckgebunden für Umbaumaßnahmen am Direktionsgebäude der ehemaligen Hack-Werke eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 2,1 Millionen gewährt, wodurch sich die bisher von der Stadt geleisteten Zahlungen auf S 4,5 Mill. erhöhen.

Darüber hinaus wird dem Verein FAZAT eine weitere Subvention in Höhe von 1 Mill. gewährt, die eine Weiterleitung der der Stadt gewährten Bedarfszuweisung des

Gemeindereferates des Amtes der Oö. Landesregierung in Höhe von S 1 Mill. darstellt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 3,100.000,-- (drei Millionen einhunderttausend) bei VSt 5/2890/777000.2 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, wie in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten auch, der Rückzahlung der für das Jahr 1989 von den Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe die Zustimmung zu geben. Ich kann es mir ersparen, die einzelnen Vereine aufzuzählen. Den größten Brocken bekommt natürlich der Sportklub Vorwärts und ich hoffe, daß ein Teil dazu verwendet wird, den neuen Trainer Otto Baric - das habe ich heute erfahren - entsprechend zu entschädigen und zu finanzieren.

4) Ha-7688/89

Rückzahlung der für das Jahr 1989 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 1. 12. 1989 wird den nachstehend angeführten Sportvereinen die im Jahr 1989 entrichtete Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege wie folgt refundiert:

SK Vorwärts Steyr, Sektion Fußball	1989	S 647.345,-
SK Amateure Steyr, Sektion Fußball	1989	S 17.322,-
SK Amateure Steyr, Sektion Boxen	1989	S 2.228,-
ASV Bewegung Steyr, Sektion Fußball	1989	S 1.891,-
ATSV Stein, Sektion Fußball	1989	S 1.369,-
Reitclub Steyr	1989	S 834,-
ATSV Vorwärts, Sektion Fußball	1989	S 3.498,-
ATSV Vorwärts, Sektion Eishockey	1988/89	S 8.692,-
ASKÖ BSG, Sektion Basketball	1989	S 6.954,-
		<u>S 690.133,-</u>
		=====

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 690.200,- (sechshundertneunzigtausendzweihundert) werden bei der VA-Stelle 1/2690/757000.9 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es wird keine gewünscht. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nächster Berichterstatter ist Kollege Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, auch diese Viecherei ist sehr ernst zu nehmen. Es geht hier um die Hundeverordnung, die ich Ihnen heute als Antrag zu stellen habe. Sie wissen, daß in der Bevölkerung seit Jahren immer wieder über die Verschmutzung der Straßen und Gehwege und anderer öffentlicher Plätze Klage geführt wird. Es hat sich daher in mehreren Sitzungen der Umweltbeirat und Umweltausschusses des Gemeinderates zu diesem Thema geäußert, hat diskutiert und ist letztendlich aufgrund verschiedener Vorlagen zu einem Entwurf einer Verordnung gekommen, die auch vom Amt der Oö. Landesregierung geprüft wurde und in einem Punkt auch eine Einwendung vorgebracht hat, das war die Höhe der Verwaltungsstrafen, die bei Mißachtung der von Ihnen zu beschließenden Verordnung von der Behörde vorgeschrieben werden.

Ich darf mir erlauben, in Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung Ihnen den gesamten Inhalt dieses Verordnungsentwurfes nicht vorzulesen und bitte Sie, nachdem er allen Mitgliedern des Gemeinderates bekannt ist, um Ihre Zustimmung.

6) Vet-3861/87

Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie Leinen- und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 21. 11. 1989 wird der Erlassung der in der Anlage beigeschlossenen Verordnung, mit welcher ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie ein Leinen- und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr gem. § 5 Abs. 3 und § 10 Abs. 2 lit. b des oö. Polizeistrafgesetzes LGBI. Nr. 36/ 1979 in der Fassung des Landesgesetzblattes Nr. 94/1985 verfügt wird, zugestimmt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Auch wenn man zum vorliegenden Antrag, wie es Kollege Pimsl betont hat, vielleicht etwas schmuzzelt, wenn es im § 3 der zu beschließenden Verordnung heißt, "auf Straßen, Plätzen und sonstigen der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zugänglichen Flächen innerhalb der im § 2 zitierten Bereiche müssen Hunde mit einer Schulterhöhe ab 55 cm - man stelle sich dazu gleich einen Polizisten vor, der mit einem Maßstab umherläuft - einen Beißkorb tragen"; ist diese Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von hunden auf bestimmten Plätzen sowie der Leinen- und Beißkorbzwang trotzdem in meinen Augen zu begrüßen. Ich finde diese Verordnung auch nicht als Repressalie gegen die Hundebesitzer, gegen die Mehrzahl der ordentlichen Hundebesitzer. Für die war diese Verordnung auch ohne Gesetz bisher sicher schon in Kraft. Aber leider gibt es auch Hundebesitzer, die ihre vierbeinigen Lieblingen gerade auf den Spielplätzen, auf den Sandkisten tummeln lassen. Spielplätze und Sandkisten sind aber ein potentieller Gefahrenherd für unsere Kinder. Durch Hundekot besteht gerade in der warmen Jahreszeit ein erhöhtes Risiko, Parasiten-erkrankungen, wie Topsoplazmose oder Spülwürmer zu bekommen. Leider gibt es Tierbesitzer, die Spielwiesen und Sandkisten als ihre Tierklos betrachten und so unsere Kinder gefährden. Diese heute zu beschließende Verordnung, die in ihrem § 1 die Mitnahme von Hunden auf öffentliche Jugend- und Kinderspielplätze, Spiel- und Liegewiesen, Badebecken und Winterspielplätzen verbietet, war daher schon längst überfällig. In sehr vielen österreichischen Städten gibt es ja seit Jahren derartige Verordnungen. Wie man aber aus den Erfahrungen aus diesen Städten

weiß mit ähnlicher Verordnung, ist es halt schwierig, diese dann tatsächlich zu überwachen, und zwar nicht die Hundehöhe sondern, daß diese Verordnung gerade im Bezug auf Kinderspielplätze tatsächlich auch überwacht wird und daß auch dann tatsächlich gegen rücksichtslose Hundehalter vorgegangen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck. Wünscht noch jemand das Wort?

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Auch mir ist bekannt diese Hundehöhe, aber vom Land her ist das vorgegeben worden und ich bitte um Verständnis, daß damit nicht gemeint ist, daß der Polizist mit dem Maßband herumläuft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Danke. Ich bitte nun Kollegen Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einen Antrag vorzutragen, und zwar die Industrieaufschließung Hinterberg. Es geht um die Vergabe der Projektierungsarbeiten. Die Hintergründe kann ich mir ersparen, der Bürgermeister hat eingangs schon erwähnt, daß die Hinterberggründe durch Straßen und dergleichen für kommende Industrieprojekte aufzuschließen sind.
Ich ersuche um Antrag des Antrages.

5) Bau3-7320/89

Industrieaufschließung Hinterberg;
Vergabe der Projektierungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 11. 1989 wird im Zusammenhang mit der Industrieaufschließung Hinterberg der Auftrag zur Durchführung der Projektierungsarbeiten an das Ingenieurbüro Dipl. Ing. Spirk, Steyr, zum Preise von S 531.600,- inkl. MWSt. übertragen. Die erforderliche Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung im Rechnungsjahr 1990 vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Kollege Schloßgangl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein erster Antrag betrifft die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 53 - Wipplinger.

7) Bau2-7459/86

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 53 - Wipplinger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 53 - Wipplinger - entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates Steyr vom 22. August 1988 wird nach Maßgabe

des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 14. November 1989 beschlossen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen liegen keine vor. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft ebenso eine Flächenwidmungsplan-Änderung, und zwar die Nr. 60 Friedhofsvergrößerung Christkindl entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates Steyr vom 27. November 1988. Der Antrag lautet:

8) Bau2-813/89

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 60 - Friedhofsvergrößerung Christkindl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 60 - Friedhofsvergrößerung Christkindl - entsprechend den Plänen des Magistrates Steyr vom 27. November 1988 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 15. November 1989 beschlossen.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Es wünscht niemand zu sprechen. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um eine Bausperre. Der Antrag lautet:

9) Bau2-6578/87

Bausperre Nr. 8 - Stelzhamerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I.

Gem. § 58 Abs. 2 der Oö. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976 idgF wird die Bausperre Nr. 8, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates am 10. Dezember 1987, für die im Plan des Stadtbauamtes vom 22. Oktober 1987 bezeichneten Gebiete um ein Jahr verlängert.

Das durch die Bausperre erfaßte Gebiet liegt zwischen der Stelzhamerstraße im Südosten, dem Teufelsbach im Nordwesten, den Bauten der Ersten Gemeinn. Wohnungs- und SiedlungsgenmbH im Südwesten und der bestehenden Reihenhauanlage im Nordosten und umfaßt die Grundstücke Nr. 1457/1, 1457/16, 1457/14, 831/2, 831/3, 831/11 und Bauf lächen .2066, .2067, alle Kat. Gem. Sarning. In diesem Gebiet ist die Errichtung von Wohnbauten mit einer Höhe von maximal 3 Geschossen beabsichtigt. Die Bausperre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gem. § 62 des Statutes für die Stadt Steyr 1980, LGBl. Nr. 11, im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt sowie im Planungsreferat des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden

zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Kollege Steinmaßl ist der nächste Berichterstatler.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute nur einen einzigen, zugegebenermaßen nicht erfreulichen Antrag vorzulegen. Dessen ungeachtet ist es ein unbedingt notwendiger Antrag. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) ÖAG-1076/87

Stadtwerke

Städtische Bestattung - Bestattungstarife - Neuregelung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 9. 11. 1989 ist ab 1. 1. 1990 für die städtische Bestattung die derzeit in Geltung stehende Höchstarifverordnung für das Bestattergewerbe anzuwenden (LGBl. Nr. 3/1987).

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die letzte Bestattungstariferhöhung wurde in Anlehnung an die Höchstarifordnung für das Bestattungsgewerbe Oberösterreich im März 1987 hier vom Gemeinderat beschlossen. Nun geht es um Mehreinnahmen pro Jahr von 320.000 Schilling und hier sehen wir wiederum, daß man in erster Linie wieder bei den Kleinen, also bei der Bevölkerung zu schröpfen beginnt. Laut Antrag der SP-Gemeinderatsfraktion soll mit 1. 1. 1990 das Sterben um 14 bis rund 18 Prozent verteuert werden. Mit dieser Gebührenerhöhung werden die derzeit höchstzulässigen Tarifsätze eingehoben. Das war auch bis jetzt noch nie. Es hat nur Absprachen gegeben zwischen den privaten Bestattern und den städtischen Unternehmungen. Aber den Höchstarifsatz haben wir noch nie gehabt. Wie unsozial auch die Mehrheitsfraktion ist, zeigt sich in der beantragten Tarifierhebung bei den gestaffelten Gebührenklassen. Die Erhöhung bei der Erdbestattung in der untersten Klasse C, wir würden sagen die 3. Klasse, beträgt 17,74 Prozent, also nicht ganz 18 Prozent. Ab 1. 1. 1990 sind daher um S 3.133 mehr zu bezahlen, so daß sich die Bestattungskosten nun auf rund 21.000 Schilling erhöhen. Ebenso wird bei der Kremation die 3. Tarifklasse am stärksten angehoben und ein Mehrbetrag von 2.722,- Schilling von den Ärmsten kassiert. Damit erhöhen sich die Kremationskosten auf über 19.000 Schilling. Gleichzeitig mit dieser Neufestsetzung und auf die derzeit höchstzulässigen Tarife sollen in Zukunft die Bestattungstarife in Steyr automatisch, ohne daß sie jemals hier behandelt oder dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegen, angehoben werden. Gegen die beantragte automatische Anhebung der Bestattungstarife auf die Höchstarifsätze sowie die beantragte Tarifierhöhung im Ausmaß von 14 bis 18 Prozent werde ich natürlich stimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Wieser bitte.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Die ÖVP-Fraktion forderte eine Gegenüberstellung der derzeitigen zu den geforderten Entgelten, um einen Maßstab zu finden. Diesen haben wir nicht erhalten. Anscheinend wurde den Zuständigen bei diesen Erhöhungen schon leicht mulmig. Zu den Erhöhungen. Z. B. die Beistellung des Sargwagens wurde von S 45,- auf S 240,- erhöht, das sind 435 Prozent. Die Beistellung des Parammentisches um 217 Prozent und es gibt weitere andere Erhöhungen um die 100 Prozent. Bei solchen Erhöhungen kann es sich nicht um Kalkulationen handeln, sondern zum Großteil um die Übernahme der Höchsttarifverordnung und genau das ist nicht erlaubt. Siehe Amtsbericht. Es ist uns nicht gelungen, eine zweite Bestattung ausfindig zu machen, die jahrelang Verluste erwirtschaftet. An diesen Verlusten können auch die 10 bis 15 "Sozialbegräbnisse" nicht schuld sein. Private Bestatter leben von diesem Gewerbe mit den gleichen Tarifen und das nicht schlecht. Unsere Bestattungsbetriebe bauen einen Verlust von: 1986 - 620.000 Schilling; 1987 - 600.000 Schilling; 1988 - 460.000 Schilling. Ein Betriebsvergleich mit vergleichbaren Betrieben drängt sich da fast auf, dann würde man sehen, wo die internen Fehler liegen. Wir sind nicht gegen kalkulierte Tarifanpassungen, wenn gleichzeitig betriebswirtschaftliche Maßnahmen, sprich innerbetriebliche Verbesserungen, eingeleitet werden. Die Sanierung der Bestattungsbetriebe allein durch Erhöhung der Tarife auf dem Rücken der Bürger können wir nicht für gut heißen. Die ÖVP-Fraktion wird gegen diesen Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich diesem Erhöhungsantrag im Bestattungsbereich im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung nicht geben werde. Diese eklatanten Erhöhungen sollen bereits ab 1. 1. 1990 wirksam werden und sehen folgendermaßen aus. Bei der Erdbestattung, Tarifklasse A, eine Erhöhung von 14,45 Prozent, Tarifklasse B 14,68 Prozent und in der Tarifklasse C sogar 17,74 Prozent. Ebenso soll es auch bei der Kremation, also bei der Veraschung, Erhöhungen im folgenden Ausmaß geben. Tarifklasse A 14,8 Prozent, Tarifklasse B 15,11 Prozent und Tarifklasse C wiederum eine gewaltige Steigerung, nämlich eine Erhöhung um 16,68 Prozent.

Ich darf aber auch in kurzen Worten meine ablehnende Haltung begründen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bereits seit Jahren weisen wir darauf hin, daß im Gegensatz zu diesem städtischen Unternehmen es Privatunternehmungen gibt, die mit denselben Tarifen - auf das lege ich besonders Wert - Gewinne erwirtschaften. Von diesen Gewinnen leben nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Angestellten, Arbeitnehmer und ihre Familien. Es ist daher aus unserer Sicht nicht einzusehen, daß man, um einen Verlust abzubauen, als einzige Maßnahme sieht, diese Tarife entsprechend anzuheben. Der Verlust 1988 war ja laut Jahresbilanz der Stadtwerke 319.126,- Schilling. Vielmehr, meine Damen und Herren, sollte das wirklich ein ernsthafter Anlaß dazu sein, um sich Privatisierungsmaßnahmen zu überlegen und tatsächlich die Frage zu prüfen, ob das nicht Private besser können. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Wippersberger ist der Nächste.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich möchte nur ganz kurz auf einen Irrtum aufmerksam machen, Kollege Tremml, der Dir unterlaufen ist. Dieser heutige Antrag ist nicht so, daß jetzt aufgrund dieses Antrages für ewige Zeiten der Höchstarif eingehoben wird. Es ist nur in diesem Fall. Bei jeder weiteren Anhebung der Höchstarife ist vorgesehen, wieder den Gemeinderat zu befassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Du hast vielleicht den alten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Das muß ich schon eindeutig feststellen. Es ist keine Anhebung auf ewige Zeiten, das ist jetzt nur in diesem einen Fall. Jede weitere Anhebung muß wieder hier in den Gemeinderat gebracht werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 11 Gegenstimmen - 8 ÖVP, 1 FPÖ, 1 GAL, 1 KPÖ angenommen. Ich danke auch Kollegen Steinmaßl für seinen Bericht. Kollege Wippersberger ist der Nächste.

Ich bitte, den Formfehler zu entschuldigen, ich habe nicht um das Schlußwort gefragt.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Bei meinem ersten Antrag geht es um den gemeinnützigen Verein zur Förderung des behinderten Kindes, und zwar um die Errichtung des Behindertenkindergartens in Gleink, um das Ansuchen um die Gewährung einer Subvention.
Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Verein Lebenshilfe bemüht sich bereits seit längerer Zeit, in Steyr einen Behindertenkindergarten zu errichten. Im Frühjahr dieses Jahres sind die Gespräche zwischen der Lebenshilfe, dem Land und der Gemeinde in ein konkretes Stadium getreten. Man hat sich entschlossen, in Gleink in jenem Gebäude, in dem unser städtischer Kindergarten untergebracht ist, unmittelbar daneben einen Behindertenkindergarten zu errichten. Die Stadt als Eigentümerin dieses Gebäudes hat dem zugestimmt und bei den Umbaumaßnahmen zwecks Modernisierung des städtischen Kindergartens diesen Wunsch der Unterbringung eines Behindertenkindergartens berücksichtigt und Mehrkosten im Ausmaß von 330.000 Schilling auf sich genommen. Die Stadt hat demnach zur Errichtung eines Behindertenkindergartens bereits eine finanzielle Vorleistung im Ausmaß von 330.000 Schilling erbracht. Nunmehr ist der Bau des Behindertenkindergartens - es kann sich jeder selbst davon überzeugen - im vollen Gang und die Stadt ist bereit, weitere 500.000 Schilling dafür zur Verfügung zu stellen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

11) Ha-5172/89

Gemeinn. Verein zur Förderung des behinderten Kindes;
Errichtung des Behindertenkindergartens Gleink; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 27. 10. 1989 wird dem Gemeinnützigen

Verein zur Förderung des behinderten Kindes zu den Kosten der Errichtung des Sonderkindergartens Gleink eine Subvention im Betrage von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

gewährt. Zu diesem Zweck wird bei der VSt 1/4130/757000.4 eine Kreditüberschreitung im Betrage von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bewilligt. Die Deckung hat durch Entnahme bei den Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Nebengebührenregulierung für das Pflegepersonal, das diplomierte Pflegepersonal des Zentralaltersheimes. Der Beruf einer Diplomkrankenschwester ist in Österreich leider noch immer ein Mangelberuf, es gibt zu wenig ausgebildetes Personal und immer wieder wandert ausgebildetes Personal in andere Berufszweige ab. Der Beruf einer Diplomkrankenschwester ist sicherlich kein leichter, sondern es ist ein überaus schwerer und verantwortungsbewußter Beruf, der neben körperlichem Einsatz auch eine starke seelische Belastung mit sich bringt. Dies im besonderen Maß natürlich in einer Pflegeabteilung eines Altersheimes. Diesem Umstand Rechnung tragend und um ein Abwandern von ausgebildetem Personal hintanzuhalten und um einen finanziellen Anreiz bei Neueinstellungen zu haben, soll die Bezahlung der Diplomkrankenschwestern etwas angehoben werden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

12) Pers-368/53

Präs-822/89

Nebengebührenregulierung für das
Pflegepersonal des Zentralaltersheimes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates wird beim diplomierten Personal des Zentralaltersheimes die bisherige Erschwerniszulage um S 1.000,- aufgestockt, so daß diese Zulage ab 1. 12. 1989 S 1.565,- p. M. beträgt. Diese Erschwerniszulage unterliegt der entsprechenden Valorisierung nach dem Ansatz von V/2 und gelangt 12 mal jährlich zur Anweisung. Die Rundung hat kaufmännisch auf volle Schillingbeträge zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Durch das heute zu beschließende zusätzliche finanzielle Angebot soll ein bisher nicht erreichbarer Diplomkrankenschwesternkreis angesprochen werden, um den Dienstbetrieb im speziellen bei den Diplomkrankenschwestern auf den drei Stationen, inklusive der Nachtdienste, noch aufrecht erhalten zu können, wie es im Amtsbericht heißt. Diese Zulagenerhöhung von monatlich S 1.000,- wäre meiner Meinung nach sogar gerechtfertigt gewesen, ohne der Notwendigkeit des Personalmangels, da sie einen Kreis trifft, der im Vergleich zu den allgemein üblichen Arbeitsbedingungen wirklich eine außerordentliche Erschwernis hat. Von den derzeit 21

Diplomkrankenschwestern sind 4 Teilzeitbeschäftigte. Vielleicht wäre es auch noch zusätzlich zu diesem finanziellen Angebot überhaupt überlegenswert, hier den Hebel anzusetzen und noch mehr Teilzeitbeschäftigte einzustellen. Teilzeitbeschäftigte aber mit einer flexibleren Arbeitszeit, denn ein Arbeitshindernis gerade bei jüngeren Diplomkrankenschwestern mit Kindern ist vielfach die starre Arbeitszeit. Auch bei den Teilzeitbeschäftigten. Es würde daher auch als familienfördernde Maßnahme gelten, daß die Doppelbelastung bei den Frauen von Familie und Beruf gemildert wird. Ich ersuche daher, auch diesen Aspekt in Zukunft zu berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Spöck, Du hast selbst gerade gesagt, wir haben bereits 4 Teilzeitbeschäftigte. Natürlich sind wir bereit, Teilzeitbeschäftigte aufzunehmen, wir nehmen auf, wen wir bekommen können. Das muß ich ganz deutlich sagen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ich denke da an eine Teilzeitbeschäftigung mit flexibler Arbeitszeit, nicht diese starre.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Eine Arbeitseinteilung ist ja auch nicht so leicht. Die eine will von 8 - 11 Uhr, die andere von 2 bis 1/2 5 Uhr. Diese Einteilung ist sehr schwierig, aber wir bemühen uns, auch auf diesem Gebiet vieles zu verbessern. Das sagt ja Deine Aussage schon aus, daß wir ja bereits 4 Teilzeitbeschäftigte im ZAH haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages, das ist eine Änderung. Der Umweltschutz hat insbesondere in den letzten 10 Jahren in zunehmendem Maß an Bedeutung zugenommen. Die Anforderungen, welche diesbezüglich an die Gemeinden gestellt werden, sind ständig im Wachsen begriffen. Aus diesem Grund hat die Stadt in den letzten Jahren mehrmals zusätzliches Personal dafür eingestellt. Um die Bedeutung des Umweltschutzes zu unterstreichen, und um noch eine bessere Koordinierung dieser Aufgaben zu ermöglichen, sollen alle diese Agenden in eine eigens dafür zu schaffende Abteilung zusammengefaßt werden. In dieser Abteilung ist vorgesehen, daß die Aufgaben des Bürgerdienstes auch mit eingeschlossen werden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

13) Ha-4200/87

Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur
Durchführung des Voranschlages; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung der Dienstvorschrift über die "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages", beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 22. Jänner 1987, wird im Sinne des vorstehenden Berichtes der Magistratsabteilung II, wonach der § 7 um die Anordnungskennzahlen 1200, 1201 und 1202 für die Magistratsabteilung XII ergänzt wird, genehmigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Der vorliegende Antrag wäre es an sich nicht wert, daß man sich hier zur Diskussion meldet, weil er an sich nur die Einarbeitung der Magistratsabteilung XII in die Vollzugsbestimmungen des Haushaltes bedeutet. Wenn man aber so wie ich und meine Fraktion grundsätzlich gegen die Gründung dieser Magistratsabteilung XII mit den Aufgaben, die sie betreut, ist, so ist es doch geboten, daß man hier die Gelegenheit wahrnimmt, die sich das erste Mal bietet, im Gemeinderat auch zu erklären, warum wir gegen die Einrichtung dieser Magistratsabteilung XII sind. Vorweg einmal, natürlich hat kein Mensch in der ÖVP-Gemeinderatsfraktion etwas gegen den Umweltschutz, natürlich hat kein Mensch in der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die geringste Absicht, die Bedeutung des Umweltschutzes herabzuwürdigen. Aber ich kann mir sehr lebhaft vorstellen, daß der eine oder andere in diesem Gemeinderat vielleicht auch unserer Ansicht ist, daß man die Bedeutung des Umweltschutzes nicht daran messen kann, ob dafür eine 3 bis 4-Mann-Magistratsabteilung eingerichtet wird, sondern daran, was man mit dem Umweltschutzbegriff dann tatsächlich tut. Wie es gelingt, Bewußtsein zu wecken.
Zum Zweiten waren wir der Meinung, daß die Magistratsabteilung XII, wenn sie schon eingerichtet wird, jedenfalls andere Aufgaben hätte. Eine zusätzliche Magistratsabteilung XII könnte strukturverbessernd in der allgemeinen Verwaltung und in der speziellen Verwaltung unserer Stadt, z. B. das Zentralaltersheim sein, wo hunderte Beschäftigte einer extrem schwierigen Arbeit nachkommen. Beim Zentralaltersheim handelt es sich um nichts anderes als eine Stelle des Sozialreferates. Man hätte eine Magistratsabteilung XII gründen können, um die verschiedenen Agenden der Liegenschaftsverwaltung zu entflechten, wo wirklich Kraut und Rüben durcheinandergehen. Von der Stadtgärtnerei bis zum Feuerwehrwesen. Von der Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Häuser bis zur Betreuung der Häuser der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Das bitte wäre eine dringend notwendige Magistratsabteilung XII. Strukturen korrigiert man mit neuen Magistratsabteilungen, nicht Aufgaben betont man mit neuen Magistratsabteilungen. Noch dazu dann, wenn die Aufgabenstellung dieser neuen Magistratsabteilung in dem Amtsbericht, der dem Stadtsenat vorgelegt wurde, doch sehr erwähnenswert ist und ich möchte, weil es nicht alle kennen, hier noch einmal vorlesen. Dieser Abteilung werden folgende Agenden zugewiesen: Umweltschutzkoordination, Führung der Geschäfte des mobilen Bürgerdienstes, Umwelttelefon, Strahlenschutz, Gewässerschutz, Abfallsammlungen, Organisation und Durchführung; Durchführung von Verfahren hinsichtlich der Luftqualität und Abgasbelastigungen. Verfahren durchführen tut die Bezirksverwaltung, Verfahren durchführen tut nicht eine Magistratsabteilung, das ist mit der Bundesverfassung nicht ganz in Einklang zu bringen. Überprüfungen und Messungen hinsichtlich der Luftqualität, Überprüfung bzw. Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich Altölgesetz, Sonderabfallgesetz, Abfallgesetz und dergleichen. Da haben wir wieder die Gesetzesdurchführung. Das ist Kompetenz der Bezirksverwaltung, des Bürgermeisters, nicht einer Magistratsabteilung. Umweltverträglichkeitsprüfungen, Öffentlichkeitsarbeit und Information hinsichtlich Umweltschutz und Bürgerdienst, sofern nicht einer anderen Dienststelle vorbehalten. Dann kommt es jetzt wieder schön: Umweltvideothek, Jugendarbeit Schulen als Aufgabenstellung für eine Magistratsabteilung. Was bedeutet Schulen als Aufgabenstellung für das Umweltreferat? Ist jetzt die Schulbehörde nicht mehr die Abteilung Schule und Sport, nicht mehr das Referat für Schule und Sport, in der Magistratsdirektion, sondern die MA XII? Beratungsdienst, Abfallvermeidung und Entsorgung, Vollziehung der Beschlüsse des Umweltausschusses. Da bin ich mir gar

nicht sicher, ob der Umweltausschuß tatsächlich Beschlußkompetenz hat. Er hat die Kompetenz, dem Gemeinderat Vorschläge zu bringen. Die Magistratsabteilung XII kann höchstens die Beschlüsse des Gemeinderates vollziehen, aber nicht die eines Ausschusses. Vertretung der Stadt im Betriebsanlagen-Genehmigungsverfahren gemäß § 355 Gewerbeordnung - Parteistellung. Nach diesen Paragraphen gibt es keine Parteistellung der Stadt, sondern lediglich ein Anhörungsrecht. Und die Vertretung des Katastrophenschutzreferenten. Eine so wenig durchdachte Struktur in einer Magistratsabteilung, meine Damen und Herren, kann nicht die Zustimmung einer denkenden Fraktion mit sich bringen. Wir sind daher auch gegen die Vollzugsbestimmungen, so weit sie die Magistratsabteilung XII betreffen, weil wir die grundsätzliche Sinnhaftigkeit dieser Einrichtung bezweifeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub, Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Natürlich ist die ÖVP für den Umweltschutz, natürlich ist die ÖVP dafür, daß man etwas tut. Natürlich arbeitet die ÖVP in den diversen Ausschüssen und auch im Umweltausschuß. Aber natürlich ist sie dann dagegen, wenn es um entsprechende Stärkung einer Einrichtung geht, um zukünftig die Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Man stellt das hin als die persönliche Eitelkeit eines Referatsleiters oder das Prestigedenken einer kleinen Gruppe von Beamten und man zitiert aus dem Amtsbericht einige Stellen, die aus dem Zusammenhang gerissen einfach nicht so stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL-HOLUB:

Das war lückenlos, Herr Kollege, nicht aus dem Zusammenhang gerissen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Karl, ich habe Dich auch nicht unterbrochen.

Eines steht doch außer Frage, daß Umweltschutz nicht so wahrgenommen werden kann, wie er bisher in seiner Aufgabenstellung, in seiner Bedeutung für unsere Mitbürger, für unsere Stadt und für unser Land wahrzunehmen ist. Wenn man Umweltschutz ernst nehmen will, dann muß man ihm auch die Möglichkeit geben, diesen Umweltschutz auch wirksam umzusetzen. Es fällt zweifellos - hier treffe ich mich mit der Kritik beim Kollegen Holub - notwendig, innerhalb des Magistrates gewisse strukturelle Veränderungen herbeizuführen, um die Aufgabenstellung des Umweltschutzes und auch anderer Abteilungen effizienter zu gestalten. Denn eines steht fest, gerade auch in der Administration, in der Behörde, in der Wirtschaft, sind bestimmte Festlegungen nie endgültig, sondern haben sich gewissen Entwicklungen anzupassen. Wir haben vor 10 Jahren über den Umweltschutz zwar gesprochen, aber noch nichts unternehmen. Wir haben mittlerweile den Umweltschutz in einer Weise aktiviert, der von der Bevölkerung glaube ich sehr positiv aufgenommen wird und der auch mit Erfolg seine Aufgabe durchführt. Das gilt für den gesamten Umweltausschuß, das gilt aber genauso für den Umweltbeirat, der sich wirklich in idealistischer Weise und aus Überzeugung dieser Aufgabe verschreibt. Es ist meines Erachtens, meine Damen und Herren, hier Kleinkrämerei, wenn man aus durchsichtigen Gründen einem Referat die Zustimmung verweigert, welches notwendiger denn je heute und morgen sein muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Kollege Holub wünscht

eine zweite Wortmeldung, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

So ist das ja wirklich nicht, wie Du Kollege Pimsl das jetzt dargestellt hast, daß das persönliche Animosität wäre. Aber es ist einfach nach der Effizienz von Maßnahmen zu fragen, es ist zu fragen, ob durch die Gründung einer Magistratsabteilung tatsächlich aktiver Umweltschutz gemacht wird? Um das geht es. Die Funktionen kann ein Referat der Magistratsabteilung I sehr wohl auch ausüben. Die Magistratsabteilung I bedeckt die Agenden der Bezirksverwaltungsbehörde. So haben wir es bisher in jeder Hinsicht auch gesehen und so ist es auch im Stadtstatut festgelegt. Es ist unverständlich, daß man jetzt versucht, das in persönliche Feindschaft auszulegen, daß man das in Herabwürdigung der Bemühungen auslegen will. Es ist unverständlich, daß genau Du das tust, den ich als sehr konstruktiv denkenden Menschen achte. Aber offenbar hört das dann auf, wenn es gilt, einem anderen eine Ohrfeige zu geben. Das ist wirklich sehr bedauerlich und paßt nicht zu Deinem persönlichen Stil, den ich - das weißt Du -

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich habe nicht ausgeteilt, sondern höchstens eine zurückgegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Du weißt, daß ich diesen persönlichen sachlichen Stil mit Überblick schätze. Aber Ohrfeigen ausgeteilt habe ich auch nicht. Ich habe lediglich die Aufgabendarstellung lückenlos vorgelesen, wie sie der Stadtsenat beschlossen hat. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß hier ein Zitat aus dem Zusammenhang war, weil ich lückenlos vorgelesen habe. Ich bin mir sicher, daß ich nicht einmal eine Zeile ausgelassen habe, mit Ausnahme des Präambels, wo die Umschichtung von MA I auf MA XII beschrieben wird. Das wollte ich uns ja doch ersparen. Ich bitte nur noch einmal, die Anregung aufzugreifen, die inneren Strukturen des Magistrates zu verbessern. Daß die Mag. Abt. XII eingerichtet ist, ist mir klar, es ist auch sicherlich das letzte Mal Gelegenheit, sich gegen diese Magistratsabteilung XII "Umweltamt" deutlich zur Wehr zu setzen. Ab sofort, wenn Sie das jetzt beschließen, auch diese Haushalts-Durchführungsbestimmungen, ist diese Magistratsabteilung Realität. Umweltschutz ist sinnvoll, Umweltschutz ist notwendig, aber Umweltschutz muß nicht in Bürokratie sich widerspiegeln, sondern in Taten.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das mußt Du dem Gesetzgeber sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann das ganz kurz machen, denn Kollege Pimsl hat mir schon das Wichtigste vorweggenommen. Ich habe meinen einleitenden Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen und bitte unseren Bürgermeister, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer zustimmt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 8 Gegenstimmen (ÖVP) und 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Damit ist der Antrag so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für eine viertelstündliche Luftungspause.

Pause von 16.15 bis 16.40 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen wieder auf. Der nächste Punkt ist der Voranschlag 1990 und dazu erteile ich unserem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger das Wort, voraussichtlich zu seinem letzten Vortrag anlässlich eines Voranschlages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Mein nächster und zugleich letzter Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, ist der sicherlich bedeutungsvollste, es ist der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr 1990. Er beinhaltet die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben im kommenden Jahr und gibt Aufschluß über unsere derzeitige Finanz- und Wirtschaftslage der Stadt. Er ist von vorsichtigem Optimismus getragen, getragen von der Hoffnung, daß das hohe Wirtschaftswachstum in unserem Land auch im kommenden Jahr anhält bzw. nicht wesentlich niedriger ausfällt als 1989. Dieser Voranschlag wird der Wirtschaft - so wie auch in den vergangenen Jahren - wieder wertvolle Hilfestellung geben und trägt dazu bei, möglichst viele Arbeitsplätze abzusichern und gerade das ist in unserer Stadt in Anbetracht der noch immer nicht erfreulichen Situation am Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Und diesem Umstand Rechnung tragend, haben wir die Investitionstätigkeit etwas verstärkt für das kommende Jahr und uns zu einer etwas höheren Neuverschuldung durchgerungen. Andererseits waren wir auch der Auffassung, dies verantworten zu können, da die sehr gute Einnahmenentwicklung in den letzten beiden Jahren, insbesondere aber die überaus erfreulich günstige Einnahmenentwicklung im Jahr 1988 es uns ermöglicht hat, die Gesamtverschuldung in den letzten Jahren einzubremsen und wir mit den noch vorhandenen Rücklagen den oH des kommenden Jahres zur Gänze abdecken können. 15,8 Millionen werden zur Abdeckung der Ausgaben beim oH aus Rücklagen entnommen. Es ist sehr unangenehm, daß die Einnahmen unserer Gemeinde nicht einmal ausreichen, den ordentlichen Haushalt abdecken zu können. Einem glücklichen Umstand aus dem Jahre 1988 verdanken wir, daß dies möglich ist, und zwar durch die Entnahme von Rücklagen. Die Finanzierung des aoH gestaltete sich naturgemäß noch viel schwieriger, denn der Rest an Rücklagen reicht nur mehr zur teilweisen Deckung des aoH aus. Um den aoH abdecken zu können, ist es - wie schon von mir erwähnt - notwendig, Darlehen in einem größeren Ausmaß aufzunehmen. Trotzdem konnten bei weitem nicht alle Wünsche und Anregungen zum Budget für 1990 in den Haushaltsvoranschlag aufgenommen werden. Die Wünsche eilen wie immer den finanziellen Möglichkeiten voraus. Hätte ich alle Wünsche und Anregungen in den Haushaltsvoranschlag 1990 aufgenommen, wäre eine zusätzliche Verschuldung von nahezu 100 Millionen über die ohnedies im Budget vorgeschlagene Neuverschuldung hinaus notwendig geworden. Allein daraus können Sie ermessen, wie schwierig sich die Erstellung des Voranschlages gestaltete. Zu viele Zwangspunkte sind gegeben, die Möglichkeiten einer freien Entscheidung werden immer geringer. Das trifft nicht nur in vollem Umfang beim oH, sondern zu einem erheblichen Teil auch beim aoH zu. Es ist keine Gedankenlosigkeit oder ein Justamentstandpunkt, wenn also der eine oder andere berechtigt scheinende Wunsch im Budget 1990 nicht berücksichtigt wurde. Es gilt immer wieder, Prioritäten zu setzen, nach bestem Wissen und Gewissen zu überlegen, welche Aufgaben und damit verbundene Ausgaben vordringlich zu behandeln sind und in welchem Ausmaß eine neue Verschuldung noch verantwortbar ist. Denn Schulden müssen mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden und sie belasten die Haushaltspläne nachfolgender Jahre und engen damit die Möglichkeiten jener, die nach uns die Verantwortung zu tragen haben, erheblich ein. Und nun, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, zu dem Ihnen vorliegenden Zahlenwerk. Der Haushaltsvoranschlag für 1990 weist beim oH Einnahmen und Ausgaben in der

Höhe von S 661,647.000,- und beim aOH S 139,051.000,-, insgesamt demnach Einnahmen und Ausgaben von S 800,698.000,- auf. Gegenüber dem Jahre 1988 ist dies laut Rechnungsabschluß eine Erhöhung um insgesamt lediglich rund 10,2 Millionen oder in Prozenten ausgedrückt, eine Ausweitung um 1,3 Prozent. Gegenüber dem Voranschlag 1989, einschließlich Nachtragsvoranschlag, liegt die Erhöhung etwas höher, nämlich bei 18,5 Millionen. Jedenfalls können Sie daraus ersehen, daß wir sparsam mit den vorhandenen Mitteln umgehen und wie verantwortungsvoll wir auch hinsichtlich der Neuverschuldung sind.

Der Haushaltsvoranschlag 1990 mit insgesamt etwas über 800 Millionen Schilling bedeutet zwar eine Rekordhöhe, liegt aber im Vergleich mit den letzten beiden vergangenen Jahren nur geringfügig höher. Die wichtigsten Einnahmen sind wie immer jene aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen. Sie werden im kommenden Jahr bei 448,8 Millionen zu liegen kommen. Nahezu die Hälfte dieser

Einnahmen soll aus den Ertragsanteilen mit insgesamt 221 Millionen kommen. Die nächst größere Einnahmenposition ist die Lohnsummensteuer, dafür haben wir für 1990 80 Millionen eingesetzt. Die Kanalbenutzungsgebühr haben wir mit 35 Millionen präliminiert und ebenfalls mit 35 Millionen veranschlagten wir die Gewerbesteuer auf Ertrag. In dieser Summe steckt allerdings ein Unsicherheitsfaktor, denn hatten wir 1988 60 Millionen aus dieser Steuereinnahme, werden die voraussichtlichen Einnahmen im heurigen Jahr nur etwas über 30 Millionen betragen. Die Getränkesteuer wurde mit 23 Millionen budgetiert, die Grundsteuer B mit 21,5 Millionen veranschlagt, sie liegt damit um fast 2 Millionen niedriger als wir 1988 aufgrund einer Steuernachzahlung vereinnahmt haben. Der Grund ist, daß wir 1988 eine Nachzahlung bei dieser Steuer im Ausmaß von 3,5 Millionen seitens BMW bekommen haben. So viel zu den wichtigsten Einnahmen beim oH.

Bei den Ausgaben des oH scheinen wie immer als größte Post die Personalkosten auf, die einschließlich der Pensionen und Aufwandsentschädigungen mit insgesamt 293,6 Mill. budgetiert wurden, das sind 44,4 Prozent der Gesamtausgaben des oH oder 36,7 Prozent des Gesamthaushaltes.

Die reinen Personalkosten, also die Bezahlung der Leistungen, für die im aktiven Dienst stehenden Bediensteten, werden im kommenden Jahr auf 247,5 Millionen zu liegen kommen, das sind 37,4 Prozent der Ausgaben des oH bzw. 30,9 Prozent des Gesamthaushaltes. Gegenüber dem heurigen Jahr entspricht dies einer Erhöhung um 11,7 Millionen oder 5 Prozent. Diese relativ stärkere Anhebung der Personalkosten um insgesamt 11,7 Millionen ist aber zum Teil auf eine verrechnungstechnische Veränderung zurückzuführen. Verschiedene Magistratsdienststellen, insbesondere das Kulturamt, nehmen laufend - auch schon bisher - für Leistungen fremde Personen in Anspruch, die bisher über den Sachaufwand verrechnet wurden. Nunmehr finden auch diese Kosten zur Gänze beim Personalaufwand ihren Niederschlag. Gleichsam als Bestätigung dieser meiner Aussage darf ich auf die Kostenstelle Verwaltungs- und Betriebsaufwand verweisen, die mit 176,6 Millionen gegenüber dem Jahr 1989 nahezu unverändert geblieben ist. Eine tatsächlich stärkere Anhebung des Personalaufwandes wird sich voraussichtlich nur bei den Kindergärten, Horten und Tagesheimstätten aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen ergeben. Gegenüber dem heurigen Jahr nahezu unverändert sind neben dem Verwaltungs- und Betriebsaufwand auch unsere Ausgaben für Verbrauchsgüter und Betriebsstoffe mit 31,7 Millionen. Eine beträchtliche Erhöhung erfahren hingegen unsere Ausgaben für Transferzahlungen. Was sind das? Es sind dies jene Mittel, die wir insbesondere an das Land abführen müssen. Von den insgesamt 96,3 Millionen, um fast 14 Millionen mehr als im heurigen Jahr und 19 Millionen mehr als 1988, müssen wir knapp 80 Millionen an das Land abgeben und bekommen dafür als Gegenleistung eine Summe von lediglich rund 23,3 Millionen vom Land an Zuschüssen und Bedarfszuweisungen wieder zurück. In diesen 80 Millionen, die wir an das Land abführen müssen, scheint die Landesumlage mit 28 Millionen, unser Beitrag zum Krankenanstaltensprengel mit 25 Mil-

lionen, für Maßnahmen für die Behindertenhilfe 10,2 Millionen, für Maßnahmen der Sozialhilfe 6 Millionen, für berufsbildende Schulen ein Betrag von 5,8 Millionen und für die Jugendwohlfahrt ein Betrag von 4,3 Millionen auf, um nur die größeren Abgaben, die wir an das Land zu leisten haben, zu erwähnen. Für die Darlehenstilgung steht eine Summe von 30,4 Millionen zu Buche. Wie sehr unser Handlungsspielraum eingeengt ist, wie gering die Möglichkeiten sind, Veränderungen herbeizuführen, eine Ausgabenreduzierung oder Ausgabenverlagerung vorzunehmen erkennen Sie am besten aus der Tatsache, daß von insgesamt 661,647.000 Schilling lediglich rund 5 Millionen oder 0,8 Prozent davon als sogenannte Ermessensausgaben - Ausgaben, die nicht zwingend vorgeschrieben sind - gelten. 99,2 Prozent sind Pflichtausgaben aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen und Beschlüsse bzw. übernommener Verpflichtungen. Interessant ist auch der Zuschußbedarf für die einzelnen Dienstzweige. Größere negative Veränderungen gegenüber dem heurigen Jahr bzw. gegenüber 1988 sind dabei vor allem bei unserem Zentralaltersheim festzustellen. Betrag der Zuschußbedarf für unser ZAH im heurigen Jahr rund 26,4 Millionen, so wird er im kommenden Jahr auf voraussichtlich 29,1 Millionen ansteigen. Geradezu explosionsartig erhöht sich aber auch der Zuschußbedarf für unsere Kindergärten, Horte und Tagesheimstätten, er wird von 20,8 Mill. im heurigen Jahr auf voraussichtlich 26 Millionen im kommenden Jahr sich erhöhen. Hauptursache dieser starken Erhöhung des Zuschußbedarfes - ich habe es bereits erwähnt - liegt im voraussichtlich wesentlich erhöhten Personalaufwand aufgrund neuer zu erwartender gesetzlicher Bestimmungen. Um so berechtigter daher unsere schon jahrelang vorgetragene Forderung an das Land um Bezahlung des tatsächlichen Personalaufwandes für diese Einrichtungen im Ausmaß von 75 Prozent. Sie wissen, ich habe das in den letzten Jahren schon einige Male erwähnt, der Zuschuß, den wir für den Personalaufwand bekommen, liegt unter 25 Prozent. Das letzte Jahr waren es genaugenommen 23,8 Prozent und vor zwei Jahren die gleiche Summe. Der Zuschußbedarf für die Pflichtschulen wird bei 33,2 Millionen zu liegen kommen und hat sich gegenüber dem heurigen Jahr nur unwesentlich erhöht. Das Gleiche gilt für die Straßenreinigung, die mit 13 Millionen veranschlagt wurde und für die Garten- und Parkanlagen und Spielplätze mit 10,8 Millionen, um nur die größten Zuschußbedarfszahlen zu erwähnen.

Und nun zum außerordentlichen Haushalt.

Er erfährt gegenüber 1988 eine Ausweitung um rund 15,7 Millionen, im Vergleich zum heurigen Jahr sogar eine Steigerung um 26,2 Millionen auf 139 Millionen. Die Bedeckung des aoH - ich habe bereits eingangs darauf hingewiesen - kann im wesentlichen nur durch eine Darlehensaufnahme im Ausmaß von insgesamt 69 Millionen, davon 15 Millionen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds, und durch eine Rücklagenentnahme im Ausmaß von 39,2 Millionen gefunden werden. Weiters durch Zuschüsse und Bedarfszuweisungen, insbesondere seitens des Landes und hier wieder im besonderen aus dem Gemeindereferat des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Grüner, im Gesamtausmaß von 23,8 Millionen und aus Einnahmen durch Verkauf von Liegenschaften soll ein Betrag von 7 Millionen hereinkommen.

Und nun zu den größten Ausgaben beim aoH.

Wie schon in den letzten Jahren liegt auch im kommenden Jahr der Schwerpunkt der Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben wieder beim Kanalbau und in Verbindung damit beim Straßenbau. 33,2 Millionen sind im aoH für den Kanalbau vorgesehen und 23,6 Millionen für den Straßenbau. Am Sektor Kanalbau sind als größere Vorhaben vorgesehen: Die Fortsetzung des Kanalbaues Resthofstraße, der Kanalbau Steyrdorf - Wehrgraben, Fischhub, Schlüsselhof, Steinwändweg, Weinzierlstraße, Zelenkastraße, Berggasse und Bergerweg. Beim Straßenbau die Straßenbauten im Anschluß an die Kanalbauten in den von mir genannten Gebieten. Eine erste Etappe eines Straßenneubaus zu den neu zu erschließenden Industriegrundstücken im Anschluß an das Gußwerk II, dafür ist als erste etappe eine Summe von 5 Millionen vor-

gesehen, für das Asphaltierungsprogramm eine Summe von 2,5 Millionen, für den Bau der Inneren Reiterbrücke und Brückenerhaltung im Wehrgraben insgesamt 2,3 Millionen, um auch hier nur die größten Ausgabenpositionen zu nennen. Für notwendig gewordene Umbaumaßnahmen im ZAH, vor allem für die Installierung einer neuen Küche, sind 7,8 Millionen vorgesehen. 6,1 Millionen werden für verschiedene erforderlich gewordene Instandsetzungsarbeiten an städtischen Objekten gebraucht, wie z. B. Sanierungsmaßnahmen am Gebäude des städtischen Wirtschaftshofes, für die Erweiterung des Kindergartens Plenkelberg, ein dringendes Erfordernis, steht eine Summe von 5 Millionen zu Buche.

Für die Altstadtterhaltung und Denkmalpflege ein Betrag von 3,9 Millionen, die Freiwillige Feuerwehr benötigt für den Ankauf von Fahrzeugen und Geräten 4,5 Millionen und eine Summe von 3,2 Millionen benötigt der Wirtschaftshof für den Ankauf von Fahrzeugen und Maschinen. Für den sozialen Wohnbau ist seitens der Stadt ein Zuschuß von 3 Millionen veranschlagt und für den weiteren Ausbau des Schloßmuseums 2,2 Millionen.

Der Verein FAZAT soll für seine Baumaßnahmen eine Summe von 7 Millionen erhalten, 4,5 Millionen bekommen wir dafür vom Bund und 1 Million vom Land zugesprochen. 8,4 Millionen sind wieder für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung vorgesehen und die Stadtwerke sollen eine Kaptaleinlage in der Höhe von 9 Millionen bekommen. Soweit zu den größten Ausgabenposten beim aOH.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dem Haushaltsvoranschlag ist wie immer auch der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke und der GWG, der Voranschlag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung sowie der Voranschlag für die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung und sämtliche Nachweise und Sammelnachweise, auf die ich aber nicht im einzelnen zu sprechen kommen möchte, beige-schlossen.

Zum Dienstpostenplan und Personalstand: Sie erinnern sich sicher an meine Ausführungen der Budgetsitzung des Vorjahres, bei der ich mitteilen konnte, daß es mir gelungen ist, den Personalstand um 17 Personen zu reduzieren. Gleichzeitig machte ich aber dabei die Feststellung, wir sind damit hart an der Grenze unserer Möglichkeiten angelangt, eine weitere Reduzierung würde zu einer Verschlechterung unserer Serviceleistungen führen. Die Aufgaben, die seither an uns herangetragen wurden, sind nicht weniger, sondern mehr geworden, vor allem am Dienstleistungssektor, im echten Servicebereich, im Bereich Soziales, Umweltschutz, Kultur, aber auch zur bestmöglichen Erfüllung der Aufgaben des städtischen Wirtschaftshofes mußte zusätzliches Personal eingestellt werden. Zum Teil handelt es sich bei der Anhebung des Personalstandes aber auch nur um eine vorübergehende Erhöhung, um den Personalersatz für in Kürze in Pension gehende Bedienstete. Und aus den eben von mir geschilderten Gründen hat sich der Personalstand mit Ende dieses Jahres auf derzeit 838 Bedienstete erhöht.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, der Ihnen ebenfalls vorliegt, weist Aufwendungen in der Höhe von 132,8 Millionen auf. Zur Bedeckung der Verluste beim Stadtbad und bei der Kunsteisbahn sind 6,6 Millionen als Zuschuß der Gemeinde veranschlagt. An Investitionen sind insgesamt 28,2 Millionen vorgesehen, der Großteil der Investitionen, nämlich 15,9 Millionen, ist für den Ausbau des Gasnetzes und 6,9 Millionen für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes budgetiert. Ergänzend zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke darf ich nochmals darauf hinweisen, daß die Stadtwerke seitens der Gemeinde zur Verbesserung ihrer Liquidität im kommenden Jahr eine Kapitaleinlage in der Höhe von 9 Millionen bekommen sollen. Der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, dem ich die Ehre habe vorzusitzen, weist im Wirtschaftsplan Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 13,360.000,- auf und der Investitionsplan ist mit S 57,665.000,- veranschlagt.

Die Beiträge der Mitgliedsgemeinden für das kommende Jahr wurden mit rund 40,3 Millionen budgetiert. Die GWG der Stadt Steyr weist Aufwendungen und Erträge

im Ausmaß von 156,250.000,- auf und an Investitionen sind seitens der GWG insgesamt 35 Millionen vorgesehen. Sehr ausführlich ist im Anhang auch die Verschuldung unserer Stadt, der Schuldenstand und der Schuldendienst behandelt. Aufgrund der budgetierten notwendigen Kreditaufnahmen von rund 69 Millionen im kommenden Jahr, davon 15 Millionen beim Wasserwirtschaftsfonds, wird der Gesamtschuldenstand, der gegenwärtig bei unr 528 Millionen liegt, Ende des kommenden Jahres voraussichtlich sich auf 566 Millionen belaufen. Der Schuldendienst wird rund 64 Millionen betragen, wovon rund 30,5 Millionen auf die Tilgung, also auf die Schuldenrückzahlung, entfallen und rund 33,5 Millionen auf die Bezahlung der Zinsen. Die Pro-Kopf-Verschuldung, die derzeit bei rund 13.600,- liegt, wird auf rund 14.500,- ansteigen. Im Vergleich zu anderen Städten unserer Größenordnung ist unsere Verschuldung noch immer nicht als katastrophal zu bezeichnen, aber doch soll sie uns zu besonderer Vorsicht bei künftigen Entscheidungen mahnen. Die Einnahmen der Gemeinden können mit den ständig wachsenden Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben schon lange nicht mehr Schritt halten. Diese Feststellung ist nicht neu und gilt für die große Mehrzahl der Gemeinden in unserem Land. Sie trifft jedoch jene Gemeinden besonders hart, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und zusätzlich Geld für die Belegung der Wirtschaft benötigen würden, und dies trifft in besonderem Maß auch für uns als Stadt Steyr zu. In unserer Region fehlen derzeit bereits rund 2.000 Arbeitsplätze. Wir liegen mit der Arbeitslosenrate um fast 70 Prozent über dem oberösterreichischen Durchschnitt und es ist zu befürchten, daß sich diese so überaus unangenehme Tatsache noch verschärft, daß sich die Situation noch weiter verschlechtert. Die Aufgaben, die in den nächsten Jahren an uns gestellt werden, werden nicht weniger, eher mehr, aber allen voran gilt es, nichts unversucht zu lassen, um neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu etablieren. Denn nur, wenn es gelingt, den Menschen in unserer Stadt ein entsprechendes Einkommen zu ermöglichen, wird es auch gelingen, mit all den anderen Problemen fertig zu werden. Es ist uns in den letzten 10 Jahren gelungen, den starken Personalabbau der Steyr-Werke durch Ansiedlung einer Reihe neuer Betriebe in Steyr - zumindest teilweise - abzufangen und die Situation etwas zu entschärfen. Die Stadt hat sehr viel Geld dafür ausgegeben. Wir sind derzeit dabei, gemeinsam mit einem Kreditinstitut das vermutlich letztmögliche, größere Grundstück für eine Industriensiedlung zu erwerben und bereits im kommenden Jahr soll mit der teilweisen Aufschließung dieses Grundstückes begonnen werden. Ich appelliere an Land und Bund, uns bei der Lösung des derzeit schwierigsten und ernstesten Problems, die Arbeitsplätze in unserer Stadt betreffend, zu helfen. Steyr darf nicht zum Notstandsgebiet Österreichs werden. Gemeinsam muß es uns möglich sein, diesem Problem Herr zu werden und dazu rufe ich alle, denen das Schicksal unserer Stadt nicht gleichgültig ist, auf.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, rufe ich zur verstärkten Zusammenarbeit auf, und das Gemeinsame immer über das Trennende zu stellen zum Wohle unserer Stadt und deren Bürger.

Zum Schluß wie immer mein Dank an alle meine Mitarbeiter, allen voran an meinen Freund Dr. Schmidl mit seinem Team für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung dieses umfangreichen Haushaltsvoranschlags für das kommende Jahr und ich darf nunmehr den vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

14) Ha-4000/89

Voranschlag 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1990 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 661.647.000,- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben

in Höhe von S 139,051.000,-
ausgeglichen
im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen aus-
gewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten
Ausgaben erklärt. Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Er-
trägen ausgeglichen mit je S 132,800.000,- und im Finanzplan in den Erfordernis-
sen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 28,200.000,-, der Voranschlag der
Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der
GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze
betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag	172 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich bitt eum Annahme dieses Antrages. bzw. ersuche ich unseren Bürgermeister,
die Diskussion über den Voranschlag in die Wege zu leiten.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke unserem Finanzreferenten für seinen Vortrag über das Budget 1990. Es
haben sich schon einige Kollegen zu Wort gemeldet. Der Reihenfolge der Frak-
tionsobmänner nach darf ich gleich Herrn Kollegen Vizebürgermeister Holub das
Wort erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vorerst, wertere Kolleginnen und Kollegen, möchte ich einen Vorschlag machen. Ich glaube, es wäre durchaus zweckmäßig, daß wir die Gemeinderatsitzung, die mit der Beschlußfassung über das Budget befaßt ist, an einem Vormittag beginnen lassen. Es wäre eine zumutbare Aufgabenstellung an die einzelnen Gemeinderäte, sich einen ganzen Tag dafür freizuhalten. Ich glaube, es wäre auch für alle, die zum Zuhören teils beruflich verpflichtet oder teils aus privatem Interesse anwesend sind, auch erträglich wenn das nicht so spät in die Nacht hineinginge. Vielleicht das nur als Anregung für die Zukunft. Ich denke, damit könnten wir doch Erleichterung schaffen für alle Beteiligten.

Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion Dank sagen für die Einladung, Budgetvorstellungen bekannt geben zu dürfen. Nur welche Freude ist schon ohne Schmerzen, hier habe ich heuer wieder Schmerzen zu äußern, nicht nur, weil sehr wenig davon verwirklicht wurde. Die Begründung hat Kollege Wippersberger teilweise geliefert, sondern auch darüber, daß es nur ein Gespräch über die Vorschläge überhaupt gegeben hat. Das war eigentlich mehr oder weniger die Mitteilung über Un-erfülltes und nicht eine Diskussion über Möglichkeiten, doch vielleicht sogar anerkannte Wünsche zu realisieren. Leider Gottes hat diesmal die Gesprächsbereitschaft bzw. der Mangel dazu auch die Ressorts der Stadträte betroffen, es hat nicht einmal ein Gespräch über die Ansatzposten gegeben, in denen die Stadträte betroffen sind. Ich erwähne das nicht etwa, weil ich beleidigt bin darüber, im wesentlichen sind die Vorstellungen, die zum Beispiel ich aus meinen Ressorts gehabt hätte schon auch miterfüllt - nicht ganz betragsmäßig, sondern selbstverständlich, da glaube ich befinde ich mich in Einheit mit allen Stadtratskollegen, die gerne höhere Ansätze in ihren Ressorts gehabt hätten, sondern ganz einfach vielmehr deshalb, weil uns das Statut im § 50 Abs. 1 die Auflage machte, daß die Stadtsenatsmitglieder in ihrer Zuständigkeit zu hören sind. Es tut mir leid, daß das diesmal nicht geschehen ist, ich unterstelle nicht dem Finanzreferenten, das sage ich ausdrücklich, daß es böser Wille war, sondern sicher der Termindruck. Aber vielleicht könnte man das in Zukunft, auch wenn der Finanzreferent nicht wechseln sollte, wieder so gestalten, wie wir im vergangenen Jahr doch sehr fruchtbringende Gespräche gehabt haben.

Obwohl diese Einladung zum Gespräch dann nicht erfolgt ist, möchte ich dennoch betonen, womit auch Kollege Wippersberger aufgehört hat, daß die Zusammenarbeit das oberste Ziel im Gemeinderat der Stadt Steyr sein muß und selbstverständlich ist die Zusammenarbeit im Gemeinderat auch das Ziel der ÖVP, das haben wir auch immer bewiesen. Daß diese Zusammenarbeit nicht heißt, 100 %ig in allen Dingen einer Meinung zu sein, das liegt wohl in der Natur der Dinge und daß man es nicht als Mangel an Zusammenarbeitsbereitschaft verstehen kann, wenn man das einmal kundtut, das liegt auch auf der Hand. Allerdings gibt es zum Zusammenarbeiten eine Voraussetzung und das heißt mitarbeiten lassen. Ich glaube, Zusammenarbeit allein darin zu verstehen, daß man Unpopuläres mitverantworten muß, das wäre zu einfach und auch zu wenig. Wenn man vom Mitarbeiten redet, so bedeutet das auch die Möglichkeit, mitzugestalten. Warum denn dann um Gottes willen nicht einmal in den eigenen Ressorts Budgetgespräche? Zum Budget im allgemeinen hat sich die Situation nicht verschlechtert, Kollege Wippersberger hat darauf aufmerksam gemacht. Die Budgetsituation ist allerdings nach wie vor angespannt. Der Haushaltsausgleich war nur durch Rücklagenentnahmen im ordentlichen Haushalt möglich. Kollege Wippersberger hat das als sehr unangenehm bezeichnet. Ich habe eine Beifügung dazu, Gott sei Dank gibt es diese Rücklagen, sonst wäre die Situation wirklich sehr unangenehm gewesen. Es ist richtig, daß es zu viele Zwangspunkte gibt, die den Gemeindehaushalt belasten, umso notwendiger wäre es, daß endlich einmal der Wunsch erfüllt wird, sich ein mittelfristiges Finanzierungs- und Investitionskonzept zu setzen. Daß ein Maßnahmen-Prioritätenkatalog erarbeitet wird und gemeinsam

beschlossen wird. Daß man sich vermehrt Gedanken macht über die Folgekosten aus den einzelnen Budgetmaßnahmen, aus den einzelnen Vorhaben. Und daß man aus dieser Kenntnis der Folgekosten auch eine Kosten-Nutzen-Abwägung anstellt.

Kollege Wippersberger hat schon gesagt, daß der Schwerpunkt dieses Budgets der Kanalbau ist und der damit verbundene Straßenbau. Das ist richtig, dieses Budget ist im wesentlichen ein Kanalbau-Budget. Leider bleiben da die Aufgaben, die man an ein Budget stellen könnte, zu kurz, nämlich Strukturen neu zu ordnen, so hieße die Aufgabenstellung an ein Budget. Und die Problemkreise sind hinreichend bekannt und ich werde auch die Zeit schonen, und das nicht allzu lange ausbreiten. Wir haben ganz einfach die städtische Raumordnung in Angriff zu nehmen und dazu bedarf es einer fundierten Überarbeitung des städtischen Raumordnungskonzeptes. Wenn möglich unter Mitwirkung von Wissenschaftlern. So groß ist unser Raum nicht, daß wir hier nicht die bestmöglichen Köpfe brauchen könnten. Natürlich ist es positiv, daß 1 Million Schilling aufgewendet wird für das Generalverkehrskonzept. Aber das Generalverkehrskonzept alleine wird uns nicht Ordnung in unseren Raum bringen, auch nicht den Verkehr alleine in den Griff bekommen lassen. Ohne Verkehrsverbund und ohne das deutliche Ja zum Vorrang des öffentlichen Verkehrs werden wir hier scheitern müssen. In dieses deutliche Ja gehört eine attraktive Tarifpolitik, da müssen Vorverkaufssysteme überdacht werden, auch Familientarife, auch Netzkartensysteme. Ich glaube, es wäre notwendig, neue Wege zu finden, nicht höhere Tarife, sondern neue Ideen, wie z. B. das Anruf-Sammeltaxi. Ich glaube, es ist auch notwendig, ein deutliches Ja zu sagen zur Subventionierung des städtischen Verkehrsbetriebes, nicht zur unkontrollierten Verlustabdeckung, sondern zur geplanten Unterstützung zur Aufgabenbewältigung.

Ich glaube, es ist der Problemkreis Wiederbelebung der Altstadt bei weitem noch nicht erfüllt. Wir müssen uns die Zielsetzung geben und die muß auch budgetersichtlich sein, daß neuer Wohnraum in alten Gebäuden geschaffen wird. Wir müssen in Zukunft auch nachdenken darüber über Möglichkeiten, die uns die städtische Wohnbauförderung bietet. Die 3 Millionen, die seit Jahren durch die Haushalte der Stadt Steyr geistern und nie ausgeschöpft werden, die allein sind zu wenig. Man kann sich zwar in der Budgetsitzung darauf berufen, wir haben ohnehin 3 Millionen im Ansatz. Aber wenn die Planmäßigkeit der Mittelverwendung nicht zu erkennen ist, so ist jedenfalls deutlich, daß es hier in Zukunft noch sehr viel gemeinsam zu tun gibt. Wir werden größerflächige Sanierungskonzepte erstellen müssen, der ganze Stadtteil Steyrdorf schreit danach. In diesen Sanierungskonzepten hat der Mensch die Zielgröße zu sein, die Zielgröße erster Ordnung und dann erst das Auto. Die Widersprüchlichkeit dieser Aussage ist vielleicht vordergründig vorhanden, wenn auf der einen Seite der Bürger immer mehr nach Parkplätzen ruft, auf der anderen Seite ist es ja verständlich, wenn die Konzeption noch nicht erkennbar ist, aber auch hier ist im Budget Abhilfe zu erkennen durch das Zurverfügungstellen von 1 Million für das Generalverkehrskonzept und auch durch die erfolgte Beauftragung des Ziviltechnikers. Was die Wiederbelebung der Altstadt betrifft, so ist es erforderlich, und zwar unerläßlich erforderlich, eine konzeptierte Aktion zu ermöglichen, aus allen Förderungsstellen. Die Altstadtrevitalisierung ist nicht eine Aufgabe der Stadt Steyr alleine und sie kann sich auch nicht in der jetzt Gott sei Dank wirklich vor dem Abschluß stehenden gemeinsamen Fassadenaktion erschöpfen. Was nützt es uns, wenn wir schöne Fassaden haben und in den Häusern drinnen das Leben und der Wohnraum nicht so gestaltet ist, daß es der Bürger der heutigen Zeit als angepaßte Wohnung akzeptieren kann. Hier rufe ich auch zur Zusammenarbeit auf.

Der nächste Problemkreis, der uns sicher noch sehr viele Gedanken machen wird, ist die Altenbetreuung. Auch das hat Kollege Wippersberger gesagt. Nach der ganzen demoskopischen Entwicklung unserer Stadt müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß das eine vorrangige Aufgabe sein wird. Ich habe im vergangenen Jahr gesagt, immer mehr Leute leben länger und immer mehr Leute bleiben dabei nicht gesund. Es wird

also hier eine sehr große Aufgabe sein, die zum Teil das Zentralaltersheim belasten wird. Ein Ausbau ist meiner Meinung nach in Zukunft unerlässlich trotz aller Bemühungen, die flankierend herum gestellt werden. Wir haben zwar Strukturverbesserungen im Budget zu erkennen, die Küche z. B., aber ich glaube, wir müßten auch dort für die Menschen noch mehr tun, nämlich z. B. einen Diätassistenten anstellen und über die Stationen einen gezielten Speiseplan erarbeiten. Das ist etwas, was man im Budget kaum widerspiegeln kann, aber ich glaube, es ist eine anerkannte Forderung. Physiotherapeutische Betreuung, da bin ich sehr froh darüber, daß jetzt ein Versuch in dieser Richtung gemacht wird. Über die psychische Betreuung sind wir alle mit einander sehr unglücklich, weil wir hier wissen, daß je älter Menschen werden, desto größer werden die psychischen Probleme und die Problemlösung wird sicherlich sehr schwer fallen. Man wird auch hier daran arbeiten müssen, daß eine psychotherapeutische Betreuung im Altersheim irgendwann einmal ermöglicht wird. Der Ausbau im Altersheim, das habe ich gesagt, scheint mir in Zukunft unerlässlich. Das Personalproblem hat Kollege Wippersberger ausführlich geschildert, ich brauche auch hier die Zahlen nicht zu wiederholen. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß hier auch neue Arbeitszeitmodelle notwendig sein werden, um die nötige Anzahl von Mitarbeitern zu bekommen.

Die Heimhilfe zu fördern, das ist ein anerkannter Schwerpunkt, wobei ich ausdrücklich sagen möchte, daß die Heimhilfe auf freiwilliger Basis gefördert werden muß. Natürlich mit hauptberuflicher Flankierung, aber im wesentlichen auf Freiwilligkeit. Je mehr hauptamtliche Mitarbeiter in der Heimhilfe tätig sind, desto weniger Freiwillige wird es geben, denn durch das Zurverfügungstellen von hauptamtlichen Plätzen in großer Zahl wird jeder, der freiwillig tätig sein will, einmal in die Gedankenversuchung geführt werden, auch selbst einmal ein geordnetes Einkommen aus dieser Tätigkeit zu beziehen. Unser Steyrer Verein Heimhilfe und Hauskrankenpflege, den ich wirklich aus dem tiefen Bewußtsein mitbegründet habe, daß hier Notwendiges getan wird, zeigt uns im Projekt zur Weiterentwicklung sehr deutlich, daß er dabei ist, hier die falschen Wege zu gehen und er rechnet, in einer Frist von nicht mehr als zwei Jahren mit 20 Mitarbeitern. Ich glaube, hier wirklich die Frage stellen zu dürfen, wer soll denn das bezahlen? Es sind hier Mittel der Arbeitsmarktförderung von der Arbeitsmarktförderung geförderten sogenannten Fachfrau in Aussicht gestellt. Der ganze Finanzplan, der immerhin ab dem Jahr 1991 schon 4,3 Millionen Schilling umfassen wird, scheint mir in jeder Hinsicht ungesichert und auch die Zurverfügungstellung der Mittel der Stadt jedenfalls fragwürdig, weil ich mir nicht vorstellen kann, wenn die anderen Förderungsgeber ausfallen, daß die Stadt dann in der Lage ist, für die Mitarbeiter in einem Verein auf privater Basis so viel Geld zur Verfügung zu stellen. So dankenswert die Tätigkeit des Vereines ist, so sehr möchte ich von hier und von dieser Stelle aus auch persönlich als Noch-Funktionär des Vereines den Weg in die Hauptberuflichkeit als Fehlweg kennzeichnen und kann auch im Gemeinderat sagen, daß aus dieser Strategie heraus ich die Veranlassung getroffen habe, in der nächsten Funktionsperiode ab Jänner diesem Verein nicht mehr als Funktionär zur Verfügung zu stehen, weil ich es einfach satt habe, immer nur Wasser zu predigen und dabei auf kein Verständnis zu kommen. Die Tätigkeit des Vereines möchte ich durchaus nicht abqualifizieren. Ich unterstreiche die Notwendigkeit der Hilfsdienstleistung an die älteren Menschen, aber ich fordere alle auf, mitzuwirken, daß hier ein Wildwuchs an Hauptberuflichkeit unterlassen wird.

Zum Problemkreis der Altenbetreuung gehört auch, wie im vergangenen Jahr, und ich möchte es noch einmal wiederholen, auch wenn es hier Mißverständnisse gegeben hat, ein Überdenken der Methodik im Seniorenpaß, den wir alle Jahre ausstellen. Der ältere Bürger muß sich alle Jahre anstellen, um seinen Seniorenpaß zu bekommen. Ich wäre der Meinung, daß es hier einfacher, zweckmäßiger und zielführender

wäre, einen Seniorenausweis zur Verfügung zu stellen, der den älteren Mitbürger unserer Stadt zu begünstigten oder, wenn er extrem bedürftig, also Ausgleichszulagenempfänger ist, zur unentgeltlichen Leistung der städtischen Dienstleistungen berechtigt. Zwei Vorteile wären dabei ganz klar auf der Hand. Zum einen bleibt das Anstellen dem Bürger aus und zum Zweiten bleibt die Manipulation aus, die im Rahmen der sozialen Verwaltung unserer Stadt notwendig ist. Es ist auch hier Arbeitskraft damit gebunden. Einmal ausstellen eines Ausweises berechtigt meiner Meinung nach zurecht zeitlebens einen Senioren, Seniorenleistungen, für die die Stadt wirklich gelobt werden muß, in Anspruch zu nehmen. Der Senior bleibt Senior, er wird nicht mehr jünger.

Im Sozialbereich, darüber hat Kollege Wippersberger über die Kosten auch sehr ausführlich gesprochen, da kann ich weite Teile meines Beitrages streichen, möchte ich nur erwähnen, die wichtige Aufgabe der geschützten Werkstatt, die wir bewältigen werden müssen. Ich möchte erwähnen die ganze Thematik der Familienpolitik. Daß wir Mehrkinderfamilien auch von der Tarifseite her ermöglichen, nicht so in der Armutzone zu leben, als sie es vom Einkommen pro Kopf her tun müssen. Natürlich ist auch noch das breite Thema der Wohnungspolitik in der Stadt durchaus anzusprechen. Es wäre ein Versäumnis, wenn ich jetzt nicht auf objektive Wohnungsvergabe hinwiese. Nicht etwa deshalb, weil ich mit dem stadträtlichen Referenten streiten will, sondern weil es mir vollkommen bewußt ist, daß in der Menge der Bewerber und in der Fülle der Not die Auswahlkriterien außerordentlich schwierig sind. Daß wir hier über die Weiterführung der objektiven Vergabe - ein Grundsatz allerdings ohne Kriterien wurde im Gemeinderat gefaßt - sicherlich auch noch in Zukunft zu diskutieren haben werden. Der Mangel an Wohnungen ist unbestritten, daher auch die Forderung nach einer städtischen Wohnbauförderung, die jetzt ja in Aussicht genommen wird in Form eines Zinsendienstes oder einer Zinsdienstübernahme. Aber ich glaube, man muß auch nicht nur an Neubau denken, sondern auch an den Sanierungsbau. Ich glaube, es wäre wesentlich, daß wir uns einmal Zielgrößen erarbeiten, wieviel vom städtischen Kuchen soll dem Wohnbau gewidmet sein? Wieviel glauben wir, dafür aufwenden zu können? Ich glaube, wir müssen uns Richtlinien setzen, wieviel Prozent soll denn der Neubau haben und wieviel ist uns die Altbausanierung wert? In diese Dimension müßten wir denken. Wenn auch nicht die Mittel auf einmal zur Verfügung sind, aber Strategien müssen wir entwickeln. Dazu ein Hilfsmittel, das wir seit Jahren fordern, das leider nie erfüllt wird, daß es ohne weiteres möglich wäre, länger bewohnte Mietwohnungen ins Eigentum der Mieter zu übergeben und dabei wieder Mittel zur Wohnbauförderung zu erhalten. Es ist denkbar, daß es hier ideologische Gedankenbarrieren gibt, aber die sollte man vielleicht doch überwinden, wenn Geld so rar ist, um Wohnungsnot zu befriedigen, so sollte man über allfällig mögliche Bedeckungsmöglichkeiten nachdenken können. Es ist ein unbestrittener Vorteil in der Althausanierung, die Infrastruktur, die vorhanden ist in der Innenstadt, könnte genutzt werden. Der Individualverkehr könnte vermieden werden oder verringert werden. Je mehr die Leute im Kerngebiet wohnen, desto weniger müssen sie vom Stadtrand hereinfahren. Und schließlich und endlich weiß jeder, daß der Lebensraum Altstadt über ungeheure Lebensqualität verfügen könnte, wenn wir sie voll zur Verfügung stellen.

Ein weiteres Problem muß ich ansprechen, und zwar ist das die Sicherung der Wasserversorgung. Die alljährlichen Hinweise, daß man hier auf das Landes-Wasserversorgungsunternehmen wartet, scheinen mir alleine nicht auszureichen, wir müssen aus eigener Kraft auch etwas tun, weil die Schwierigkeiten für Großprojekte, insbesondere auch Wasserspeicher, ja allen bekannt sind. Es wird auf einer Seite natürlich notwendig sein, die Trinkwasserversorgung zu sichern, auf der anderen Seite muß man aber klar aussprechen, daß Wasserbauten in der öffentlichen Meinung jedenfalls nicht das erste Ansehen genießen und ich fürchte, wenn irgendwo ein Speicherbauwerk errichtet wird, das der Wasserversorgung dienen soll, daß auf

der anderen Seite wieder Umweltbedenken massivster Art geäußert werden, so daß dieses Projekt eher in weitere denn in nähere Ferne gerückt ist. Die Begründung, daß also hier Mittel angesetzt sind zur Beteiligung im Landes-Versorgungsunternehmen, ist mir persönlich nicht ausreichend und auch meiner Fraktion nicht. Dieses Projekt kann eigene Ideen nicht ersetzen und wird es auch nicht, fürchte ich. Zu den Budgetzahlen selbst hat Kollege Wippersberger gesprochen. Der Schuldenstand pro Kopf und der Schuldendienst - es ist eines bemerkenswert und ich möchte mich hier nicht in Detailzahlen vertiefen. Aber z. B. die Kennzahl Zinsen 23,4 Millionen haben wir im Budgetjahr 1980 budgetiert für 290,7 Millionen, jetzt budgetieren wir 33,5 für sage und schreibe 566,5 Millionen. Nicht etwa deshalb, weil jetzt der Kredit- und Geldmarkt so billig geworden ist - freilich ist er billiger geworden - aber auch deshalb, weil hier erhebliche Mittel des Wasserwirtschaftsfonds drinnen sind, die wir zur Zeit noch zinsfrei oder ganz besonders zinsenherabgesetzt bekommen können. Die Darstellung der Schuldendienstentwicklung muß vor diesem Hintergrund auch mit bedacht werden, da hier ja möglicherweise irgendwann einmal weitere Zinsenbelastungen auf uns zukommen können, wenn sich die allgemeine Situation in Österreich so entfaltet.

Ich habe im Vorjahr erstmals eine Hitliste nach Schuldenvolumen erstellt. Wer sich die Mühe machen will, der kann das nachlesen im Protokoll der letztjährigen Budgetsitzung. Die Reihenfolge ist gleich geblieben, Rang Nummer 1 haben nach wie vor die Gemeindestraßen mit im ganzen 121,8 Millionen Schilling, Rang Nummer 2 die Abwasserbeseitigung mit 98,6 Millionen, Rang Nr. 3 die berufsbildenden höheren Schulen. Wobei aber hier durch den Tilgungsaufwand tatsächlich das Gesamtverschuldungsvolumen zurückgegangen ist. Das waren im Vorjahr noch 53,6 und sind jetzt 47,8 Millionen Schilling. Die weitere Reihenfolge ist bis zur Platzziffer 7 nach wie vor unverändert. Das war das Theater mit den großen Investitionen, die hier gemacht wurden, dann die breite Position Grundbesitz, die Sportanlagen in Summe, und erst an 7. Stelle haben wir die allgemeine Wohnbauförderung und die sonstigen Maßnahmen zur Wohnbauförderung. Bei der Gelegenheit möchte ich Dr. Schmidl, der diese übersichtliche Struktur in die Beilagen zum Rechnungsvoranschlag hineingearbeitet hat, wirklich sehr danken. Ich weiß schon, daß das eine unendliche Arbeit war, daß sie vielleicht nicht auf den Millimeter ganz genau stimmt, weil die Kreditvolumina ja kein Mascherl haben. Zum Teil hat es andere Verwendungen gegeben, das soll aber keine Kritik sein, sondern soll nur aussagen, daß man schon die Schwierigkeiten hier erkennen kann.

Die Ausgaben, meine Damen und Herren, des ordentlichen Haushaltes sind im wesentlichen von den Fixausgaben geprägt, das hat Kollege Wippersberger auch schon ausführlich gesagt, hier brauche ich auch nichts mehr nachzubringen. Lediglich eine Zahl, die ich verfolgt habe seit Jahren - alle, die mich kennen, wissen das - daß die Verhältniszahl zwischen den Aktivbezügen zu den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen, das sind 55,16 Prozent, wenn man nämlich die 247 Millionen zu den 448 Millionen stellt. Nimmt man die Ertragsanteile weg, dann kommt man auf mehr als 100 Prozent, nämlich 108,7, im Vorjahr war das Verhältnis schlechter. Was logisch ist, weil sich ja sowohl das Aufkommen der Ertragsanteile und der eigenen Einnahmen verbessert hat gegenüber dem Haushaltsjahr 1989, jedenfalls in der Prognose.

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand ist auch angeführt worden und die Verbrauchsgüter auch. Hier ist festzustellen, das betone ich ebenso wie Kollege Wippersberger, daß hier eine Linearität der Ausgaben festzustellen ist, keine Progression, sondern eine Linearität des Aufwandes. Kompliment an die Verwaltung, die hier gut gearbeitet hat. Jedenfalls ist die Summe aus den Gehaltsbezügen den Aufwänden für Verwaltungs- und Betriebsaufwand und für die Verbrauchsgüter 455,9 Millionen Schilling. Das Bild ist ausgewogen, das möchte ich noch einmal betonen, auch die Entwicklung bei den Aktivbezügen. Es ist keine Dramatik deutlich zu erkennen

und jetzt kommt das Aber. Das Aber kommt daher, daß die Ausgewogenheit von steigenden Einnahmen herrührt. Wenn die Einnahmen gefährdet werden sollten, so entwickelt sich die Schere weiter, die wir vor zwei Jahren noch sehr deutlich bei sinkenden Einnahmen erkannt haben. Ich will nicht schwarz malen, ich will schon gar nicht von dieser Stelle aus vom Beschneiden von Rechten der Mitarbeiter im Haus reden. Im Gegenteil. Aber so wie alle Jahre möchte ich daran erinnern, daß die Ausgewogenheit der Bezugssysteme weiterhin verfolgt werden soll und vor allen Dingen die Leistungsbezogenheit der Bezugssysteme stattgreifen soll.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Budget seitens der Österr. Volkspartei zustimmen, auch mit allen Nachträgen. Mit einer Ausnahme, nämlich dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke. und ich bitte daher gemäß § 7 der Geschäftsordnung, den Antrag stellen zu können, daß hier eine getrennte Abstimmung stattfindet, und zwar daß über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke separat abgestimmt werden möge. Der § 7 wäre der Antrag zur Geschäftsordnung, den bringe ich hier als Teil meines Debattebeitrages bei. Ich bitte, dann nach Ende meines Beitrages darüber zu verfahren. Jetzt auch die Begründung, warum wir zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke nicht ja sagen können. In diesem Wirtschaftsplan, meine Damen und Herren, ist einfach zu viel unklar und ich bedaure, sagen zu müssen, auch zu viel unrichtig. Es ist z. B. die Körperschaftssteuer-Rückerstattung, die wir in der vergangenen Sitzung präsentiert bekommen haben, die im nächsten Jahr eintreten soll, nicht enthalten. Das wäre ja noch verständlich. Aber völlig unverständlich ist die Kenntnis der Tatsache, daß diese Körperschaftssteuer wegfällt, daß im nächsten Jahr in dem zugrundeliegenden Zahlenwerk noch immer 3,5 Millionen veranschlagt werden. Diese 3,5, die wir kriegen plus die 3,5, die wir mit Sicherheit nicht ausgeben werden, meine Damen und Herren, gibt die unverschämte Summe von 7 Millionen Schilling, um die allein dieser Ansatzpunkt falsch ist. Ja wofür hält man uns denn? Sind wir etwa die Lausbuben hier in diesem Saal, daß man uns hier nasführen kann? Daß man begehren kann Kapitalzuschüsse von 9 Millionen und verschleiert 7 Millionen Einnahmen? Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Es fehlt im Wirtschaftsplan das Fahrgehalt-Erhebungssystem, das wir beschlossen haben und es wird ein Zuschuß zum Gaswerk beantragt, obwohl Rücklagen vorhanden sind. Obwohl dieser Zuschuß alleine nicht notwendig wäre, wenn man die 7 Millionen Schilling schon hineinrechnet. Das ist einfach eine ungeheure Unverschämtheit, mit der dieser Wirtschaftsplan erstellt wird. Abgesehen davon daß ich die Frage stelle, ob wirklich alle Ausbaumaßnahmen stattfinden können. Weil ich bezweifle, daß der gesamte außerordentliche Haushalt überhaupt durchgeführt werden kann, sowohl von der Verwaltung her. Es wird nicht administrierbar sein, was hier alles budgetiert ist, als auch von der Bauwirtschaft her.

So stelle ich die Frage, ob es richtig ist, nach Zuschüssen zu rufen für ein flächendeckendes Netz, das innerhalb von 10 Jahren errichtet werden soll, ohne daß irgendeine Information an dieses Kollegialorgan ergeht, in welchen Stufen man sich den Ausbau vorstellt, in welchen Gebieten man Prioritäten setzen will. Das wurde seit Jahren versprochen und bis heute nicht eingehalten. Wir haben keine Information über den Ausbaustand des Gasnetzes und wir haben keine Information über den Ausbauplan. Aber man will uns dazu zwingen, einen Wirtschaftsplan zu beschließen. Die Stadtwerke, meine Damen und Herren, liebe Freunde, sind ein Problem. Es fehlen grundsätzliche Entscheidungen, nämlich die Definition für die Zuschüsse, damit die Wurschtlerei aufhört und klare Bedingungen geschaffen werden. Das bitte definiert der Gemeinderat, nicht das Unternehmen. Es fehlen grundsätzliche Entscheidungen über die Mittelverwendung. Bitte das definiert der Gemeinderat und nicht das Unternehmen. Es fehlt eine grundsätzliche Entscheidung, ob der Gesamtkörper Stadtwerke so bleiben muß, wie er jetzt festgeschrieben ist, oder ob man nicht Lösungen schaffen kann durch Herauslösung von Teilbetrieben und Unterstellung unter andere Hoheit. Zum Beispiel Bäderbetrieb und Kunsteisbahn könnte man ohne weiteres aus dem Wirtschaftsbetrieb Stadtwerke herauslösen, weil hier ohnehin

nur im weitesten Sinn Bestimmungen des Statutes, die die Stadt zur Führung von eigenen Wirtschaftsbetrieben ermächtigt, tatsächlich zum Tragen kommen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß genau der Bäderbetrieb und die Kunsteisbahn als Referat der Gemeinde-Hoheitsverwaltung geführt wird. Dabei würde auch keine Steuer- verlustigkeit eintreten, so wie das manchmal fälschlicherweise dargestellt wird. Liebe Freunde, ich glaube, ein Sanierungskonzept ist notwendig. Eine deutliche Sprache ist notwendig, damit wir an dieses Sanierungskonzept schreiten. Die Sanie- rung kann aber nicht über die Gebühren sein, sondern über Ideen zur Verbesserung. Zur Verbesserung im Betrieb und zur Verbesserung für den Bürger. Ideen zur Opti- mierung sind erforderlich und Ideen zur Unternehmensstrategie, die der Gemeinderat mitvollziehen kann und die der Gemeinderat auch vorzugeben hat. Zusammenarbeiten werden wir müssen, wenn wir hier Strukturen verbessern wollen. Zusammenarbeiten bedeutet aber nicht Geheimgespräche, sondern Zusammenarbeit bedeutet eine offene Denkrunde. Zusammenarbeiten bedeutet nicht jammern, zusammenarbeiten bedeutet denken. Zusammenarbeiten bedeutet nicht Zuschüsse fordern, sondern zusammenarbei- ten bedeutet, klare Zahlen auf den klaren Tisch zu legen. Ich fordere eine Arbeits- gruppe aller Fraktionen, weil die Probleme der Stadtwerke ein Anliegen aller Bürger sind, der Bürger zahlt es nämlich. Zum Teil über die Tarife und zum Teil über den Haushalt der Stadt Steyr.

Also nochmals. Namens der ÖVP-Fraktion sage ich ein deutliches Ja zu allen Teilen des Antrages, ausgenommen jenes des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke. Ich bitte noch einmal, hierüber eine getrennte Abstimmung durchführen zu lassen, damit auch hier das Votum eindeutig ausgedrückt werden kann. Wir würden nicht - das sage ich gleich vorweg - so weit gehen, dem gesamten Haushalt unsere Zustimmung zu verweigern, weil der gesamte Haushalt tatsächlich unsere Zustimmung findet mit all den Vorbehalten, die ich geäußert habe. Aber das Zahlenwerk selbst findet die Zustimmung.

Zum Schluß sei mir noch ein persönliches Wort gestattet, ein persönliches Wort an den Kollegen Wippersberger. Es ist vermutlich das letzte Mal gewesen Poldi, daß Du hier einen Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr dem Gemeinderat unterbrei- tet hast. Ich möchte Dir für die sachliche Art, in der Du das getan hast, herzlich danken, wirklich herzlich danken. Die Präsentation des Haushaltsvoranschlages ist seit Jahren - immerhin höre ich sie jetzt auch schon seit Du Finanzreferent bist, immerhin kennen wir uns jetzt schon 16 Jahre als Mitglieder des Gemeinde- rates - von Dir in persönlicher Sachlichkeit geprägt. Ich möchte auch dem Gemein- derat das sagen, was mich bewegt. Poldi, wir sind uns persönlich nahe gekommen und ich danke Dir dafür. Es ist mir klar, es ist noch kein Abschied. Aber es ist Kollegen Wippersbergers Abschied von der Budgetrede. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich die Art, wie Du das Budget präsentierst, nicht nur gutheiße, sondern als vorbildlich darstelle. Ich wünsche Dir, Poldi, persönlich wirklich alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit, vor allen Dingen Zeit für Dich selbst, die Du Dir nie genommen hast und vor allen Dingen die Zufriedenheit, die Dir gegeben sein möge, wenn der Streß wegfällt. Den Streß hast du bitter bezahlt - ich weiß es. Der sozialistischen Fraktion im Gemeinderat wünsche ich die richtigen Personal- entscheidungen in diesem Zusammenhang. Nicht weil ich der Fraktion nicht auch alles Gute wünsche als Demokrat, sondern weil ich glaube, daß die richtigen Perso- nalentscheidungen allen Bürgern dieser Stadt am Herzen liegen müssen, daß wir hier als Österr. Volkspartei der sozialistischen Partei, mit der wir zusammenar- beiten wollen - wenn man uns läßt - alles Gute wünschen, daß sie die richtigen Entscheidungen trifft. Das möchte ich hier ganz ausdrücklich sagen und hoffe, daß das auch richtig verstanden wird.

Ich möchte mich bedanken bei allen Beamten im Haus für die Arbeit in diesem Jahr und möchte im Speziellen dem Dr. Kurt Schmidl danke sagen für die Arbeit als sozu- sagen Stadtkämmerer. Ich möchte den Dank natürlich auch an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ausdehnen und möchte diesem Gemeinderat und allen Bürgern

der Stadt gesegnete, friedvolle Weihnachten wünschen und für das kommende Jahr 1990 vor allen Dingen Frieden und Gesundheit.
Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Kollegen Holub. Er hat einen Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht. Über solche Anträge ist gemäß § 7 der Geschäftsordnung eine Debatte nicht zulässig. Der Antrag lautet, daß über den Wirtschafts- und Finanzplan der Stadtwerke gesondert abzustimmen ist. Über diesen Antrag des Vorganges zur Abstimmung ist jetzt abzustimmen. Ich schlage vor, daß diesem Antrag stattgegeben wird, daß die Abstimmung getrennt vorgenommen wird. Ist jemand anderer Meinung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Danke. Nächster Redner ist Kollege Oskar Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich werde es ganz kurz machen, denn das Budget ist nicht unbedingt mein Hobby. Die Erfahrungen mit den Budgetansätzen ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Entschuldigung, darf ich noch sagen, die Diskussion wird aber über den gesamten Voranschlag und auch über den Finanz- und Wirtschaftsplan in einem abgeführt, nur die Abstimmung ist getrennt.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Die Erfahrungen mit den Budgetansätzen in den Voranschlägen der letzten Jahre zeigen, bezogen auf die entsprechenden Rechnungsabschlüsse, daß die angegebenen Summen nur eine sehr begrenzte Aussagekraft über die tatsächlich geplanten Aufwendungen haben. Bei einigen Posten fällt diese Diskrepanz besonders auf. Ein sehr naheliegendes Beispiel ist z. B. der Umweltschutz, die frei verfügbaren Mittel dafür. Von den im Budgetvoranschlag 1988 vorgesehenen 800.000 Schilling wurden nur 147.000 Schilling tatsächlich für diesen Zweck ausgegeben. Diese Tatsache deutet entweder auf eine entsprechende Konzeptlosigkeit oder auf bewußte Budgetkosmetik, in der dem Umweltschutz nur eine scheinbare Bedeutung beigemessen wird, hin.

Der Budgetansatz für effektive Umweltschutzmaßnahmen erscheint uns einfach als zu niedrig bemessen. Er beträgt, glaube ich, so ca. S 400.000,-. Wenn man die notwendigen Maßnahmen, z. B. eine regelmäßige Fluß- und Luftüberwachung, regelmäßige Schadstoffkontrollen, ein Abfall-Wirtschaftskonzept, Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Umweltschutz etc. finanzieren will. Ich dringe da einfach ein und bringe manche Sachen durcheinander.

Zum Thema Verkehr. Für die Gemeindestraßen sind insgesamt 21,2 Millionen Schilling vorgesehen. Es erscheint uns sehr gering der Betrag von S 500.000,- für Radwege und Wanderwege.

Zum Thema Nordspange. Wir sind dafür, daß die Nordspange und auch die Planungsarbeiten aufgeschoben werden bis zur Erstellung des Generalverkehrskonzeptes. Ein anderes Verkehrsthema wären die städtischen Verkehrsbetriebe. Ich bin der Meinung, daß für sehr viel Geld sehr wenig geleistet wird, daß die Verkehrsbetriebe sehr wenig attraktiv sind, daß sie über sehr wenig Serviceleistungen verfügen. Ich habe mich erkundigt bezüglich dieser Sammel-Taxis, die zum Teil gefordert werden. Der Herr Bürgermeister hat ja zugesagt, daß er sich damit auseinandersetzen wird. Ich habe einige Taxler angerufen, weil Herr Stadtrat Steinmaßl gemeint hat, der eingeladene Innungsmeister der Taxi-Innung wäre nicht erschienen. Es ist im Rahmen meiner Erkundigungen zutage getreten, daß der Herr Weidinger - um den hat es sich gehandelt - bei Herrn Direktor Riedler einen Termin gehabt

hat, er um 19 Uhr dort war und es war niemand da. Zumindest hat er nicht hinein gekonnt, die Türen waren verschlossen. Es gibt aber auch Aussagen vom Taxi-Unternehmen Neuhauser und auch Kleinhagauer, die sich durchaus vorstellen könnten, Sammel-Taxis in Steyr zu betreiben. Es besteht grundsätzliches Interesse und sie sind auch zu einem Gespräch bereit.

Wir finden, daß im Budget zu wenig Geld für Aufgaben im Bereich der Raumplanung und der Stadtgestaltung vorhanden ist. Wir fordern als Ergänzung zum Gestaltungsbeirat, daß die Stadt einen Auftrag für ein Raumplanungs- und Stadtentwicklungskonzept an einen anerkannten Fachmann erteilt.

Weiters fordern wir ein städtisches Förderungsprogramm unter Zuhilfenahme von Landes- und Bundesmitteln für die Althausanierung, und zwar speziell für den Stadtteil Steyrdorf, der jeden Tag weiter stirbt. Wir fordern eine baldige Entscheidung im Bereich der Sierninger Straße, wo wir eine Fußgängerzone möglichst rasch fordern, weil einfach der Zustand untragbar und meiner Ansicht nach illegal ist.

Im Bereich der Kultur meinen wir, wenn man den Sport ansieht in Steyr, so wird der irrsinnig gefördert. Das ist an sich positiv, aber das gleiche sollte auch für die Kultur gelten. Es gibt in Steyr zum Beispiel keine städtische Galerie wie in anderen vergleichbaren Städten. Das würde nicht so viel kosten, die Schloßparkgalerie würde sich sehr gut für eine zeitgenössische Galerie eignen. Die Ausgaben für Sport betragen sogar, glaube ich, 3 Millionen Schilling nach meinen Informationen. Für die Musikschule z. B. werden 686.000 Schilling ausgegeben ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist eine Landesmusikschule, da gibt es einen Kostenbeitragsschlüssel.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Auf jeden Fall wird für Musik und ähnliches im Alten Stadttheater sehr viel mehr ausgegeben als für darstellende Kunst, die aufscheint mit 5.000 Schilling im Budget. Das ist mir doch etwas zu wenig.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Das ist ein Ankauf.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich weiß nicht wofür, aber das ist darstellende Kunst und mehr ist nicht drinnen. Ich finde, daß einfach die darstellende Kunst im Gegensatz zur reproduzierenden Kunst stark benachteiligt wird.

Zum Altersheim möchte ich etwas sagen, und zwar daß wir mehr für mobile Betreuung eintreten. Und dann glaube ich privat, daß das Defizit zumindest zu einem Minimalteil dadurch längerfristig verringert werden könnte, wenn man nicht das macht, was man bisher gemacht hat, daß man die alten Leute in das Altersheim schickt, daß man sie aus den Familien herausreißt, sondern daß es einfach wichtig ist, daß man die alten Leute integriert und so lange wie möglich im Familienverband beläßt. Ich fordere die GWG - ich kenne mich da noch zu wenig aus, aber ich glaube, die gehört ja der Stadt - auf, daß bei der Planung einfach Rücksicht darauf genommen wird, daß zu den Großraumwohnungen - also wenn 4-Zimmer-Wohnungen sind, dann müßte es dort auch 2-Zimmer-Wohnungen möglichst im Erdgeschoß geben, wo einfach schon fix geplant ist, daß erschwingliche Seniorenwohnungen, in richtiger Größe dimensioniert, vorhanden sind, die behindertengerecht ausgestattet sind, falls die alten Leute gebrechlich werden. Aber ich glaube, daß man das generell von der Stadt steuern müßte, daß eben alte Leute nicht so die Tendenz haben Richtung Altersheim, die Kosten steigen immer, das ist der Nebeneffekt. Sondern daß die alten Leute eher integriert werden, umgeben von jungen Leuten. Es gibt z. B. in der BRD Modelle, wo bei der Planung von neuen Wohnblöcken z. B. Geschoße so gestaltet werden, wenn man sich auf einer Geschoßebene befindet, daß auf der einen Seite eine 4-Raum-Wohnung ist und auf der anderen Seite ist eine 2-Raum-Wohnung. Da gibt es ein Abkommen zwischen den jungen

und den alten Leuten. Das heißt, die jungen Leute gehen einkaufen für die alten Leute, und umgekehrt passen die alten Leute auf die Kinder auf ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist sehr viel Theorie. Zwischen Theorie und Praxis besteht ein Unterschied.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Begrüßenswert bezüglich Umweltschutz ist z. B. diese Umweltschutzfibel. Nur steht z. B. unter dem Thema Kompost drinnen, daß man einen Komposthaufen anlegen soll. Das finde ich sehr problematisch, wenn das gemacht wird z. B. im Resthof wären dann überall Komposthaufen. Das sind Alibiaktionen, so begrüßenswert solche Broschüren sind. Das fällt mir dazu ein.

Die Personalkosten von S 300 Millionen sind einfach zu hoch und ob es nicht möglich wäre, ein geeignetes Unternehmen zu beauftragen, eine Kontrolle zu machen und zu untersuchen, inwieweit diese Kosten berechtigt sind. Kann man nicht einige Personalkosten einsparen etc.?

Auf jeden Fall ist die Neuverschuldung ein Anteil von 38 Millionen Schilling an reiner Neuverschuldung, das ist uns zu viel und wir stimmen dem Budget nicht zu, aber das kann sich ja ändern.

Das war eine sehr bescheidene Budgetrede. Ich muß mich erst einarbeiten und ich habe wirklich einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Ich möchte nebenbei bemerken, daß ich wirklich Schwierigkeiten habe mit diesem grünen Buch. Es wäre schön, wenn es eine grafische Aufbereitung gäbe. Ich glaube, das würde es erleichtern auch für jemanden, der nicht mit solchen Zahlen vertraut ist, leichter Einsicht zu nehmen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Oskar Holb für seinen Beitrag. Als nächsten Redner bitte ich Kollegen Treml zum Rednerpult.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Budgetpolitik der Stadt Steyr wird durch die hohe Verschuldung weitgehend bestimmt. Kollege Finanzreferent Wippersberger sagte zu Beginn seiner Rede als Kenner der Finanzlage der Stadt mit Recht, auch im Jahr 1990 werden die freien Entscheidungen immer weniger. Anfang des nächsten Jahres beträgt die Schuldenlast 528 Mill. und bis Ende des Jahres werden noch einmal rund 69 Mill. hinzukommen. Es wurde schon erwähnt, daß die Pro-Kopf-Verschuldung weiter ansteigt von jetzt 13.200 auf 14.100 bis 14.500 Schilling mit Jahresende. Ich will damit bei Ihnen keinesfalls den Eindruck erwecken, als wäre ich in der Regel gegen Kreditaufnahmen durch die Stadt Steyr. Denn ohne Darlehen aufzunehmen, ohne Schulden zu machen, wäre es in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gegangen.

Die Stadt mußte Kanalisationsanlagen und die Kläranlage errichten sowie Wohnungen, Schulen und Straßen bauen. Aber die Finanzpolitik von Bund und Land war und ist derart, daß sie den Gemeinden gewaltige finanzielle Lasten auferlegt, denen ein Finanzausgleich zugrunde liegt, der die Gemeinden benachteiligt und zwingt, die Bevölkerung einerseits durch ständige Tarif-, Gebühren-, Abgaben- und Steuererhöhungen und indirekt durch Schuldenaufnahmen zur Kasse bittet. Nun, wie sich dabei Banken auf Kosten der Stadtgemeinde, der Allgemeinheit sanieren, kann ja jeder in Steyr an deren Ausbreitung sehen. Die Gemeinden im allgemeinen, darunter besonders auch die Industriestadt Steyr, haben als Gebietskörperschaft, verglichen mit dem von Bund und Land, den größten Investitionsaufwand, aber sie bekam von den sogenannten gemeinsamen Steuererträgen, nämlich den Ertragsanteilen, den geringsten Teil. Dazu kommt noch die unsoziale Steuerpolitik gegenüber den Lohnab-

hängigen. Die staatliche Gewinnförderungspolitik ist Hauptverursacher der Staatsschulden und Nutznießer dieser Schuldenwirtschaft, worunter besonders auch die Gemeinden zu leiden haben. Es ist heute meine 19. Budgetrede seit dem Jahre 1971. Und seit dieser Zeit vertrate ich als Sprecher der KPÖ die kommunistische Kommunalpolitik, nicht in Opposition zu den anderen Gemeinderatsfraktionen. Ich sah meine Aufgabe darin, sich für die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten sowie auch für die kleinen Gewerbetreibenden einzusetzen. Dabei ging ich von der Grundlage des Alternativ-Programmes der KPÖ für die Stadt Steyr aus. Wenn unsere Stadt in den letzten Jahren oder Jahrzehnten auf eine erfolgreiche Entwicklung blicken kann, so glaube ich, kann ich auch heute mit Recht sagen, daß die Steyrer Kommunisten seit 1945 im Gemeinderat einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet haben. Ich glaube auch sagen zu können, meine konstruktiven Vorschläge und die sachliche, aber auch manchmal sehr harte Kritik gegenüber den anderen Gemeinderatsfraktionen kam der Stadt Steyr und der gesamten Steyrer Bevölkerung zugute. Das Streben meiner Fraktion war bisher und ist es auch in der Zukunft, die Stadt Steyr schöner zu gestalten und das Leben für die Bevölkerung, für die Menschen dieser Stadt zu verbessern. Dabei bleibt das Hauptproblem in unserer Stadt bestehen, nämlich die Schaffung von mehr Wohnungen mit erschwinglichen Mieten und die Sicherung der Arbeitsplätze, vor allem durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für junge Menschen, um die Vollbeschäftigung zu erreichen. Ich habe schon gesagt, die KPÖ verspricht nicht sehr viel, sondern tritt mit ihrer Kommunalpolitik mit einer klaren, demokratischen, sozialen Alternative zur Politik der anderen, im Gemeinderat vertretenen Parteien auf. Ich habe bisher allen Vorhaben und Anträgen die Zustimmung nicht versagt, die unserer Stadt für die Weiterentwicklung förderlich waren, sei es in wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Hinsicht. Das heißt, ich werde auch im nächsten Jahr für eine vernünftige Politik und mehr Demokratie im Gemeinderat eintreten, aber auch gleichzeitig dafür sorgen, daß man außerhalb des Rathauses erfährt, was von den anderen Gemeinderatsfraktionen im Rathaus oft verschwiegen wird. Nach dem Statut unserer Stadt sind neben den Stadtsenatsfraktionen SPÖ und ÖVP auch alle anderen Gemeinderatsfraktionen in den gemeinderätlichen Ausschüssen vertreten. Aber trotz meiner jahrelangen Forderung konnte man sich bis heute nicht entschließen, Vertreter der Minderheitsfraktionen in die Personalkommission aufzunehmen.

Wenn wir immer wieder das Wort in den Mund nehmen und von mehr Demokratie sprechen, dann meine ich auch die schon öfter verlangte Abschaffung des Fraktionszwanges für die von der Bevölkerung gewählten Gemeinderäte. Ich bin der Meinung, daß die geheim gewählten Mandatäre einzig und allein - wie es in unserem Statut heißt - den Wählerinnen und Wählern verpflichtet sind und nicht dem Parteivorstand oder dem Parteisekretär, der den Fraktionszwang als Mittel zur Disziplinierung mißbrauchen kann.

ZWISCHENRUF DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Stimmt nicht

.....

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Lieber Freund Zagler, Du wirst ja im nächsten Jahr öfter hier stehen und vielleicht etwas mehr zum Besten geben. Aber wenn es Dich nicht interessiert, was ich hier erzähle, dann sage ich Dir, nimm das Statut her und lese nach, dort steht genau das drinnen.

Die wirtschaftliche Situation ist in unserem Land derzeit nicht ungünstig. Wir haben, wie wir wissen, ein relativ hohes Wirtschaftswachstum und eine relativ geringe Inflationsrate. Das Problem dieser insgesamt positiven ökonomischen Ent-

wicklung besteht allerdings darin, daß sie nur für einen Teil der Bevölkerung zum Tragen kommt und in Wirklichkeit nur eine ganz kleine Minderheit von dieser Situation profitiert. Laut dem Statistischen Zentralamt hat sich im Vorjahr die Einkommensstruktur zugunsten der Gewinneinkommen wesentlich verschoben. Nach der abgeschlossenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wuchsen die Einkünfte aus Gewinnen im Vorjahr sprunghaft um 14,3 Prozent an. Dagegen bleibt der Anstieg der Lohneinkünfte mit einem Plus von 3,7 Prozent deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Das heißt aber gleichzeitig, daß die soziale Ungleichheit trotz der günstigen Rahmenbedingungen nicht ab-, sondern weiterhin zunimmt. Der Skandal bei dieser Entwicklung besteht schließlich darin, daß trotz Wachstum der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend zurückgeht, ja sogar die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt.

In der Stadt und in der Region Steyr sind derzeit - wie auch Bürgermeister Schwarz einleitend berichtet hat, über 2.000 Menschen ohne Arbeit, davon rund 500 im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, also rund ein Viertel. Daher ist der Koalitionsregierung vorzuwerfen, daß sie die günstige Wirtschaftssituation nicht nützt, um beispielsweise die sofortige, allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn durchsetzt. Die Jugendarbeitslosigkeit könnte durch Schaffung eines Lehrlingseinstellungsgesetzes verringert werden, welches die Mittel- und Großbetriebe verpflichtet, Lehrlinge in einem bestimmten Verhältnis zur Beschäftigungszahl einzustellen.

Im nächsten Jahr ist, wie bereits erwähnt, die Aufnahme von weiteren Krediten in Höhe von 68,9 Millionen Schilling unumgänglich, da vor allem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer stagnieren. An Gewerbesteuer werden 35 Millionen und an Lohnsummensteuer 80 Millionen erwartet. Interessant dabei ist, daß z. B. die 10 größten Industriebetriebe in der Stadt Steyr im laufenden Jahr nur 3 Betriebe 8,5 Millionen Schilling an Gewerbesteuer der Stadt entrichteten. Die 7 größten, mit Ausnahme der GFM, zahlen seit Jahren keinen einzigen Schilling an Gewerbesteuer. Daraus ergibt sich, daß beinahe zwei Drittel der Gewerbesteuer-einnahmen der Stadt, rund 21,5 Millionen Schilling, von den kleinen Geschäftsleuten sowie von den kleinen und Mittelbetrieben entrichtet werden. Die Stagnation der Lohnsummensteuer hängt mit dem Rückgang der Beschäftigten im Hauptwerk der Steyr-Werke zusammen. Durch den Verkauf der Steyr-Lkw-Produktion an MAN wird nach Aussagen der neuen Mehrheitsbesitzer der Belegschaftsstand im kommenden Jahr auf 1.900 bzw. sogar auf 1.600 Arbeiter und Angestellte absinken. Natürlich kommt es allein dadurch zu Mindereinnahmen bei der Lohnsummensteuer. Und nur zum Teil werden die zu erwartenden Mindereinnahmen durch die positive Ertragslage beim BMW-Motorenwerk Steyr ausgeglichen. Diese Finanzsituation der Stadt Steyr bedeutet schlußendlich, daß dringend notwendige kommunale Vorhaben, die im außerordentlichen Haushalt präliminiert sind, zurückgestellt werden, was wiederum eine negative Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft in der Stadt Steyr hat. Aber die Hauptursache für die zunehmende Aushöhlung der Gemeindefinanzen ist und bleibt die ungerechte Verteilung der Mittel über das Bundesfinanzausgleichsgesetz. Und dafür, meine Damen und Herren des Gemeinderates, tragen Ihre Bundes- und Landespolitiker die volle Verantwortung. Es sind ja letztlich die Werktätigen und Pensionisten die Leidtragenden, auf welche die Lasten durch höhere Gebühren und Tarife abgewälzt werden.

Zur Finanzierung der kommunalen und sozialen Leistungen verlange ich erneut nicht nur die Beseitigung der systemwidrigen Landesumlage und des Krankenanstaltenbeitrages, sondern auch einen erhöhten Anteil am Ertrag der Bundessteuern. Dazu ist von uns allen eine Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes zu erwirken. Die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zugunsten der Gemeinden kann nicht durch Lamentieren erreicht werden, sondern nur durch mutiges Auftreten gegenüber den

Landes- und Bundesparteispitzen. Das Parlament bzw. die Koalitionsparteien haben am 30. November 1989 in der Bundesbudgetdebatte einen Militärhaushalt für 1990 von weit über 18 Milliarden Schilling beschlossen. Das sind immerhin um 2 Milliarden Schilling mehr als zu Beginn der Budgetverhandlungen vorgesehen waren. Aber gegenüber den verschuldeten Gemeinden ist der Bund bis heute nicht bereit, für die unbedingt notwendigen kommunalen Investitionen, wie auch z. B. für den Wohnbau, mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Im Gegenteil: die Wohnbaumittel wurden um 10 Prozent gekürzt. Also Geld wäre vorhanden, nur eine Umschichtung ist erforderlich. Ich glaube auch, daß dem Steuerzahler auf die Dauer nicht zugemutet werden kann, daß angesichts der internationalen Abrüstungsbestrebungen der Militärhaushalt jährlich steigt. Eine Regierung, die die internationale Entwicklung ernst nimmt, könnte zunächst einmal das Bundesheer auf die Hälfte reduzieren. Die dadurch frei werdenden Finanzmittel müßten den notleidenden Gemeinden über einen novellierten Finanzausgleich bereitgestellt werden.

Das Steyrer Budget 1990 kann nicht ohne Zusammenhang mit der Verteilung der Steuern auf Bundesebene gesehen werden. In der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution haben sich die Aufgaben der Städte und Gemeinden ungemein vervielfacht. Sie sind heute nur in der Lage, sie zu erfüllen, wenn der Bund, wenn die Bundesregierung auch dementsprechende Finanzmittel bereitstellt. Und das ist in den letzten Jahren nicht in der notwendigen Weise geschehen. Dies ist mit einer Hauptursache der steigenden Verschuldung und auch unserer Stadt. Laut Bundesbudget 1990 sollen die Lohn- und Umsatzsteuer, die beiden wichtigsten Massensteuern, um 21 Milliarden Schilling auf 253 Milliarden Schilling anwachsen. Von diesen beiden Steuern erhalten die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs allerdings nur geringe Anteile. Und zwar 16,1 Prozent von der Lohnsteuer bzw. 11,7 Prozent von der Umsatzsteuer. Die Einkommens-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer sollen dagegen um lahm 4,5 Milliarden Schilling auf nur 58 Milliarden Schilling steigen. Die Gemeinden erhalten höhere Anteile von der Einkommenssteuer, also 24 Prozent bzw. von der Bundesgewerbesteuer 56,3 Prozent. Die Körperschaftssteuer ist eine abschließliche Bundesabgabe. Dies zeigt, daß vom erhöhten Steueraufkommen nur ein ungleich geringerer Teil an die finanzschwachen und verschuldeten Gemeinden geht. Daher ist die Forderung von uns nach Novellierung des Finanzausgleiches mehr als berechtigt. Bekanntlich ist das Finanzausgleichsgesetz am 1. Jänner 1989 für eine 4jährige Periode in Kraft getreten und sieht die Verteilung von Steueraufkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor. Und wie man nun bereits im ersten Jahr sieht, wird der Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden weiter eingeengt. Grundsätzlich möchte ich feststellen, daß eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden aus dem Topf des Finanzausgleichs notwendig ist, um die Gemeinden aus der Rolle des Bettlers um Bedarfszuweisungen beim Land zu befreien. Die Stadt Steyr muß im Jahr 1990 an das Land 28 Millionen Schilling an Landesumlage und 25 Millionen Schilling an Krankenanstaltenbeitrag entrichten. Das ist eine Steigerung gegenüber dem laufenden Jahr um 11,5 Millionen Schilling. Die KPÖ-Fraktion verlangt seit vielen Jahren die ersatzlose Streichung der Landesumlage und des Sprengelbeitrages. Wir haben in den letzten 10 Jahren mehr als 500 Millionen Schilling an das Land abgeführt und diese Summe entspricht etwa dem Schuldenstand unserer Stadt.

Meine Fraktion hat bereits zur Budgeterstellung Anregungen und Vorschläge dem Finanzreferenten, Vizebürgermeister Wippersberger, übermittelt, die auch teilweise Berücksichtigung fanden. Das möchte ich auch zum Anlaß nehmen, weil ja von Bürgermeister Schwarz bekanntgegeben wurde, daß unser Finanzreferent Kollege Wippersberger seine letzte Budgetrede hier gehalten hat, daß ich im Namen der kommunistischen Fraktion und natürlich auch persönlich Dir, lieber Poldi, den herzlichen Dank ausspreche für die jahrelange, ja jahrzehntelange gute Zusammenarbeit. Über die parteilichen und ideologischen kleinen Unterschiede hinweg hat Kollege

Wippersberger als Arbeiterfunktionär, als Sozialist, über 3 Jahrzehnte eine fortschrittliche Kommunalpolitik verfolgt zum Wohle nicht nur seiner Partei, sondern zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt. Dafür möchte ich ihm auch im Namen der kommunistischen Fraktion den herzlichen Dank aussprechen und wünsche Dir für Dein weiteres Leben alles Gute und vor allem beste Gesundheit. Ich habe bei den Gesprächen mit Kollegen Wippersberger und unter Beiziehung von Dr. Schmidl besonders betont, daß neben der Wohnungsfrage nach wie vor die Erhaltung der Arbeitsplätze in den Steyr-Werken das Hauptproblem der Stadt sei. Die Zertrümmerung des Konzerns, der Verkauf des Wälzlagerwerkes, des Gußwerkes II, des Werkes Letten und der Verkauf der Mehrheitsanteile der Lkw-Produktion an MAN bedeutet nicht nur Verringerung von hunderten Arbeitsplätzen in unserer Stadt, sondern auch eine Verringerung der Kaufkraft im Raume Steyr. Das trifft wieder den Handel und die Gewerbebetriebe der gesamten Region. In dieser Situation müßten alle Parteien gemeinsam den Kampf gegen die totale Vernichtung der Steyr-Werke führen. Nur dadurch kann gerettet werden, was noch zu retten ist. Die Bundesregierung und die Banker der CA haben für die Auslandskonzerne eine offene Hand und sehen zu, wie die heimische Fahrzeugindustrie in Steyr endgültig zugrunde geht. Mit dieser Haltung macht sich die Bundesregierung mitschuldig an den katastrophalen Folgen, die der ganzen Region und ihrer Bewohner in den nächsten Jahren droht.

Für die Förderung des Wohnbaues wurden im Budget 3 Millionen Schilling präliminiert, gleich hoch wie 1989. Im laufenden Jahr jedoch wurden nur S 100.000,- dafür aufgewendet. Daher ist meine Forderung mehr als berechtigt, den Wohnbauförderungsbetrag im kommenden Jahr auf mindestens 6 Millionen Schilling zu erhöhen. Die Verländerung der Wohnbauförderung brachte auch in unserem Bundesland eine gravierende Veränderung beim Einsatz der Finanzmittel. Die KPÖ ist daher für eine stärkere und gezielte Förderung beim sozialen Wohnbau, für Maßnahmen, um den Wohnbau aus den Fesseln der Banken zu befreien und für eine wirksame Wohnbauhilfe für alle sozial Bedürftigen bei Einbeziehung der steigenden Betriebskosten. Ich bin nämlich der Auffassung, daß alle Menschen in unserer Stadt, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, einen Anspruch auf eine ihrem Bedarf entsprechende Wohnung haben. Daher ist die Wohnungsversorgung und der Bau von Wohnungen mit sozialen Mieten eine Hauptaufgabe der Stadtgemeinde und im besonderen der GWG der Stadt Steyr. Aber der Wohnbau hat in unserer Stadt den absoluten Tiefstand erreicht. Im laufenden Jahr wurden nur 57 Wohnungen im Resthof gebaut bzw. vor zwei Wochen den Mietern übergeben. Und im Jahre 1990 wird der Bau von 56 Wohnungen begonnen, allerdings gibt es dafür noch keine Landesförderung, ebenso für die geplanten Pensionistenwohnungen auf der Ennsleite. Daher muß die Stadt Steyr für die Zwischenfinanzierung 17,8 Millionen Schilling bereitstellen.

In unserer Stadt, wie Sie wissen, gibt es über 2.000 Wohnungssuchende, davon 350 Pensionisten mit überwiegend niedrigem Einkommen. Trotz dieser enorm hohen Zahl der Wohnungswerber allein bei der Stadtgemeinde Steyr ist der Wohnbau von durchschnittlich 120 auf rund 60 pro Jahr in den letzten Jahren zurückgegangen. Und trotz der gewährten Wohnbeihilfen sehen sich immer mehr Familien mit mehreren Kindern nahezu unerschwinglichen Mieten gegenüber. So kommt es immer häufiger vor, daß Wohnungswerber mit Kindern die bereits zugewiesenen Neubauwohnungen aufgrund der hohen Mieten nicht beziehen. Die KPÖ verlangt, daß mindestens die Hälfte der Landeswohnbauförderungsmittel für den Mietwohnbau anstelle derzeit nur ein Drittel, bereitgestellt wird. Positiv ist in der Neuregelung der öö. Wohnbauförderung, daß künftige Mieter keine Baukostenzuschüsse und Grundstücksanteile zahlen müssen. Aber eine Kautions der Mieter von 3 Prozent der Wohnkosten für die Genossenschaftswohnungen bei Wegfall der Eigenmitteldarlehens würde dies wieder unterlaufen. Da die Wohnbauförderungen in den letzten Jahren zu einer reinen Bankförderung verkommen sind, muß meiner Meinung nach der Einfluß der Banken ausgeschaltet werden.

Gleichzeitig ist als erster Schritt die Bereitstellung zinsenloser Kredite durch die staatlichen Banken - nicht durch Deine - und der öffentlichen Hand zu verlangen. Jedoch müßte man sich langfristig auf einen wirklich sozialen Wohnbau in Form der Errichtung von Mietwohnungen durch die Stadt nach dem Prinzip der verlorenen Baukosten orientieren.

Ich glaube, wir sind hier im Gemeinderat einig über die Notwendigkeit zur Hebung der Verkehrssicherheit in unserer Stadt und Verbesserung der Lebensqualität beschränkende Maßnahmen für den Kfz-Verkehr einzuführen mit der Zielsetzung der Förderung des öffentlichen Linienverkehrs.

In der Budgetpost Wirtschaftsförderung wurde der Verlustersatz für die städtischen Verkehrsbetriebe im Jahre 1990 in Höhe von 9,8 Millionen Schilling nicht präliminiert. Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatsitzung bei der Behandlung des Nachtragsvoranschlages 1989 die Forderung erhoben, daß die Stadt den Verlust der städtischen Verkehrsbetriebe zu übernehmen hat. Denn nur dadurch kann die Finanzsituation des städtischen Verkehrsbetriebes verbessert werden. Bisher haben andere Teilbetriebe den Verlust der Stadtwerke getragen. Dazu gehört, daß der städtische Linienverkehr stärker als bisher propagiert wird und Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs im Innerstadtbereich unverzüglich gesetzt werden. Eine geplante Erhöhung der Autobustarife würde meiner Meinung nach dem entgegenwirken. Notwendig ist auf alle Fälle das stärkere Anfahren der Randgebiete der Stadt durch die städtischen Linienbusse in der Zeit von 6 bis 22 Uhr und an Sonn- und Feiertagen. Aus wirtschaftlichen Gründen ist der Einsatz von kleineren Bussen und der Einsatz von Sammeltaxis zu prüfen. Überlegt soll auch eine flexiblere Linienführung werden. Z. B., das habe ich auch schon einmal angeführt, soll der Friedhof vom großen Wohngebiet Münichholz oder vom Tabor ins Krankenhaus direkt, also ohne Umsteigen, angefahren werden. Ich bin nach wie vor auch der Meinung, daß die Strafgelder von den sogenannten Verkehrssündern im Individualverkehr zweckgebunden zur Teilabdeckung des städtischen Linienverkehrs Verwendung finden sollen. Das werden immerhin zwischen 11 und 12 Millionen im Jahre 1990 sein. Im außerordentlichen Haushalt sind für die Förderung von Industrie und Gewerbe S 8,366.000,- vorgesehen. Für die Errichtung der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke 1 Mill. und aufgrund von Vereinbarungen mit dem BMW-Motorenwerk Steyr eine weitere Teilrate von S 5,866.000,--.

Wie die Zahlen zeigen, bleibt für die kleinen Gewerbe- und Mittelbetriebe nicht viel übrig, schon gar nicht unseren eigenen Verkehrsbetrieben.

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Voranschlages verlangte ich die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs durch die Errichtung einer vierten Ennsbrücke. Im kommenden Jahr soll der Bau der Nordspange stärker als bisher vom gesamten Gemeinderat der Stadt Steyr bei der Bundes- und Landesregierung gefordert werden. Ebenso, so glaube ich, braucht unsere Stadt dringend eine bessere Straßenverbindung in den Zentralraum. Wie Sie wissen, lösen die Produktionsbetriebe im Raum Steyr einen starken Wirtschaftsverkehr aus, der dringendst eine bessere Verkehrsverbindung erfordert. Ich glaube, geplant wird schon viel zu lange, jedoch fehlt die konkrete Realisierung. Zur Verbesserung fordert daher die KPÖ-Gemeinderatsfraktion eine Auffächerung des Straßenverkehrs zwischen Steyr und Linz. Dazu gehört, daß die bekannte Unfallstrecke zwischen Steyr und Kronstorf rasch entschärft wird. Gleichzeitig verlange ich den raschen Ausbau, und zwar die Verbreiterung und Begradigung der bestehenden Straßenverbindung zwischen Steyr und der Autobahn bei Enns, der Straßenverbindung vom Heuberg über Tillysburg zur Autobahnauffahrt Asten - das sind nur 16 km - und der Straßenverbindung von Steyr über Wolforn bis nach Ebelsberg - ungefähr 23 km, sowie die Errichtung einer Autobahnauffahrt bei Ebelsberg sowie den notwendigen Ausbau der Enns- und Steyrtalbundesstraße. Im Zusammenhang mit der Errichtung einer vierten Ennsbrücke und der Einbindung in die Haager Straße, soll, um die Lärmbelästigung der Siedlung Münichholz, in der sich

auch zwei Schulen in unmittelbarer Nähe der Haager Straße befinden, hintanzuhalten, die Möglichkeit einer hangseitigen Straßenführung hinter dem BMW-Motorenwerk und dem Wälzlagerwerk mit einer Einbindung in die Seitenstettner Straße erwogen werden.

Der Ennser Knoten im Stadtteil Tabor gehört zu den neuralgischen Verkehrsknotenpunkten der Stadt. Über 20.000 Fahrzeuge kommen aus Richtung Enns, aus dem innerstädtischen Verkehrsnetz über den Blümelhuberberg und aus Richtung Sierning über die Seifentruhe und treffen hier täglich aufeinander. Die Bewohner, die Anrainer und Fußgänger, darunter Hunderte von Schülern, leiden unter der immer dichter werdenden Blechlawine. Aber auch, wie wir wissen, ärgern sich die Autofahrer täglich über die langen Warteschlangen. Der Umbau dieses Knotens steht im Gemeinderat bereits 12 Jahre zur Diskussion. Im Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr 1977 wurde ein Umbau des derzeitigen T-Knotens zu einem Kreisverkehr mit Fußgängerunterführung festgelegt. Aber außer der Planung und wiederum der Umplanung ist bis heute nichts geschehen. Die auf den ersten Blick einfachste Lösung, nämlich die Errichtung eines großen Kreisverkehrs, wird - wie man hört - von den meisten Verkehrsplanern abgelehnt, obwohl sie genau wissen, daß ein funktionierender Kreisverkehr seit vielen Jahren in der Haratzmüllerstraße besteht. Ich bin für die Errichtung eines Kreisverkehrs mit zwei Unterführungen für die Fußgänger. Dadurch wird erreicht, daß der Straßenverkehr fließender wird und die Fußgänger mehr geschützt sind. Durch den starken Fahrzeugverkehr in Wohngebieten, vor allem auf der Resthofstraße zur Diesel-, Puch- und Porschestraße, kommt es zu einer sehr starken Lärmbelastung der Bewohner dieses Gebietes. Um diese Umweltbelästigung durch den Fahrzeugverkehr in diesem großen Wohngebiet zu beseitigen, hat die KPÖ-Gemeinderatsfraktion bereits vor einigen Jahren nachfolgende Verkehrsregelung vorgeschlagen. Die Zu- und Abfahrt zur Resthofstraße soll von der Mannlicherstraße erfolgen. Die Resthofstraße soll ab Kreuzung Mannlicherstraße - Resthofstraße bis Röhrholtweg als Zufahrt zu den dort angesiedelten Gewerbebetrieben zur Sackgasse erklärt und gekennzeichnet werden. In der Gegenrichtung im Kreuzungsbereich Resselstraße - Resthofstraße ist das Verkehrszeichen "Allgemeines Fahrverbot" mit Zusatztafel "Zufahrt für Anrainer bis Röhrholtweg gestattet" anzubringen. Durch diese vorgeschlagenen Verkehrsmaßnahmen würde auch der ständige Verkehrsstau im Wohngebiet Tabor bei der Einbindung Resselstraße in die Ennser Straße und Porschestraße zum Taborknoten - Blümelhuberberg verhindert und die Umweltbelastung durch Motorlärm und Abgase gemildert. Nach einer eingehenden Debatte über die vorgeschlagenen Verkehrsmaßnahmen wurden nachstehende verkehrsberuhigende Maßnahmen im Wohnsiedlungsbereich Tabor, Porschestraße, Puchstraße, Resselstraße und Resthofstraße beschlossen. Bauliche Maßnahmen zur Unterbindung des Kraftfahrzeugverkehrs im Resthof zur Blümelhuberstraße, wie im Konzept der KPÖ vorgesehen und gleichzeitig wurde eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h festgelegt.

Außerdem erfolgt die von uns verlangte Verampelung der gefährlichen Kreuzung Ennser Straße - Siemensstraße. Dadurch könnte die von der KPÖ vorgeschlagene Serienschaltung der Verkehrsampeln in der Ennser Straße ab dieser Kreuzung bis zur Kreuzung Posthofstraße erfolgen. Damit würde die Umweltbelastung durch Fahrzeuglärm und Abgase weitgehend gemildert. Durch massive Anrainerproteste konnte vorerst die von der Steyr-Handels- und Service GmbH geplante Altölverbrennungsanlage im Objekt Ennser Straße 10 verhindert werden. Über 350 Anrainer im Stadtteil Tabor protestierten gemeinsam mit mir gegen die Umweltbelastung, gegen Immissionen durch eine Altölverbrennungsanlage im dicht besiedelten Wohngebiet. Die Sorgen der Anrainer, wie Sie wissen, bleiben jedoch weiter bestehen, da bei der Gewerberechtsverhandlung am 6. November 1989 die Altölverbrennungsanlage nicht untersagt, sondern nur auf drei Monate aufgeschoben wurde. Es ist ja allgemein bekannt, daß ich mich grundsätzlich gegen eine Altölverbrennungsanlage im Wohn-

gebiet ausgesprochen habe. Es wäre daher auch heute Aufgabe des Gemeinderates der Stadt Steyr, daß er sich ebenfalls gegen die geplante Errichtung ausspricht. Es besteht auch die berechtigte Annahme, daß diese Anlage gar nicht vorrangig für den Eigenbedarf eingesetzt wird, sondern auch für Altöl anderer Firmen. Durch einen gemeinsamen Druck muß die Steyrer Handels- und Service-GesmbH als Eigentümer gezwungen werden, daß sie von diesem Projekt Abstand nimmt auch für die Zukunft.

Ich möchte heute feststellen, daß die Wohnsiedlung Münchenholz, in der 2.352 Mieter wohnen, schöner wurde. Die Häuser wurden instandgesetzt und repariert sowie der Kriegsanstrich nach Jahrzehnten beseitigt. Deutlich zum Ausdruck bringen möchte ich dabei, daß dies ohne finanzielle Unterstützung der Stadt Steyr und der Steyr-Werksdirektion erfolgte. Die meisten hier im Gemeinderat wissen, daß ich jahrelang bei der Erstellung der Haushaltsvoranschläge im Interesse der WAG-Mieter von der Stadtverwaltung verlangte, daß sie zumindest für die Enttarnung der Häuser Finanzmittel bereitstellt. Aber dafür war man ja nie bereit, das wissen Sie ganz genau. Die Gesamtkosten der Wohnhausinstandsetzung einschließlich der Enttarnung belaufen sich auf rund 110 Millionen Schilling, dazu kommen noch die Zinsen für die kommenden Jahre. Diese müssen die Mieter auf Jahre hinaus über die enormen Mietzinserhöhungen bezahlen. Als stellvertretender Obmann des Mieterkomitees der Wohnsiedlung Münchenholz habe ich mich gemeinsam mit meinem Freund und Obmann des Mieterschutzverbandes Martin Grasser über Jahre hindurch für diese Mieter eingesetzt.

Die Mieter von gemeinnützigen Altbauwohnungen wurden in den vergangenen Jahren laufend mit Mietzinserhöhungen belastet. So auch durch eine erhöhte Einhebung des Kapitaldienstes. Z. B. betrug der Kapitaldienst einer 60 m² großen WAG-Wohnung in Münchenholz bis 1. Juli 1982 S 42,25. Ab 1. 1. 1983 wurde der im Hauptmietzins inbegriffene Kapitaldienst nach Auffassung der Steyrer KPÖ und des Mieterschutzverbandes, konkret des Obmannes Martin Grasser, unrechtmäßig um 303,45 auf 345,70 erhöht. Sinngemäß habe ich Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese Feststellung bei meiner Budgetrede im Dezember 1982 mitgeteilt. Bereits Anfang 1983 haben wir Kommunisten uns gemeinsam mit dem Mieterschutzverband im Interesse der rund 2.400 WAG-Mieter in Münchenholz und Kohlanger gegen diese illegale Mietzinserhöhungsvorschreibung zur Wehr gesetzt. Der WAG-Vorstand und der Aufsichtsrat, dem auch Bürgermeister Schwarz angehört, beharrte auf die Mietzinserhöhung. Daraufhin brachte Kollege Martin Grasser als Funktionär des Mieterschutzverbandes am 27. Jänner 1983 die Klage gegen die WAG Linz wegen Überschreitung des gesetzlich zulässigen Zinsausmaßes ein. So hat z. B. die WAG Linz für die Wohnsiedlung Steyr Münchenholz - Kohlanger in der Schillingeröffnungsbilanz Eigenmittel für Baukosten in der Höhe von rund 14,5 Millionen Schilling und für Grundkosten 942.000 S eingesetzt. In Wahrheit wurden aber für Baukosten lediglich ca. 3,5 Mill. S und für Grundkosten 44.600 S aufgewendet. Die sich daraus ergebenden zu unrecht eingehobenen Beträge belaufen sich bei einer 60 m² Wohnung samt Zinsen auf rund 30.000 S. Nach mehreren Verhandlungen beim Bezirks- und Kreisgericht Steyr hat nun der Oberste Gerichtshof am 31. Oktober 1989 auf sensationelle Weise den Standpunkt des Mieterschutzverbandes bestätigt. Die im Bundesgebiet betroffenen 81.800 Mieter, davon in Oberösterreich 25.600 und in Steyr-Münchenholz - Kohlanger 2.400 Mieter in gemeinnützigen Altbauwohnungen erhalten aufgrund der oberstgerichtlichen Entscheidung eine Rückzahlung des Zinses, die insgesamt in Milliardenhöhe liegt. Wir und der Mieterschutzverband raten allen Mietern von Altbauwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen, so den WAG-Mietern, ihre Rechte auf Mietzinsrückzahlung ab dem Jahre 1982 bei ihren gemeinnützigen Bauvereinigungen, bzw. konkret den WAG Mietern bei der Wohnungsaktiengesellschaft Linz, geltend zu machen. Ich appelliere auch heute an den Gemeinderat, mitzuhelfen, daß die Mieter schnell

zur Rückzahlung ihres Geldes kommen. Die WAG Linz hat in den letzten 7 1/2 Jahren von den Mietern in Münchenholz und Kohlanger rund 57 Millionen Schilling unrechtmäßig kassiert. Die Rückzahlung hat raschest zu erfolgen.

Feststellen möchte ich, daß im allgemeinen Einigkeit darüber herrscht und auch von mir unterstützt wird, daß im Voranschlag 1990 die sozialen Leistungen nicht geschmälert werden und der hohe Zuschußbedarf für das Zentralaltersheim von 29 Millionen Schilling weiter gewährt wird. Weiters besteht Einigkeit darüber, daß für die Erweiterung des Kindergartens Plenkelberg 5 Millionen Schilling und ein Zuschußbetrag für die Kindergärten und Horte von über 26 Millionen Schilling gewährt wird.

Für den Rettungsdienst sind 1,4 Millionen Schilling präliminiert. Einigkeit besteht daher, daß die Mittel für die Gehälter von 3 Notfallsanitätern bereitgestellt werden, also rund 900.000 S, und der Einsatz des bereits am 1. Dezember 1989 übergebenen Notarztwagens auch in Zukunft gesichert ist.

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, öfters von dieser Stelle aus versprochen, daß ich mich so lange hier im Gemeinderat und in aller Öffentlichkeit dafür einsetzen werde, bis dieses wichtige Vorhaben im Interesse von rund 100.000 Menschen in der Stadt Steyr und in den Umlandgemeinden realisiert wird. Wie Sie nun selbst sehen, halte ich, was ich versprochen habe. Wir haben nun gemeinsam dieses lebensrettende Werk geschaffen. Der Notarztwagen wurde ein schönes vorweihnachtliches Geschenk für unsere Bevölkerung. Dank und Anerkennung gehört in erster Linie Primarius Dr. Gunter Kleinberger für seinen persönlichen Einsatz und für die Entwicklung des Notarztsystems. Dank gehört auch dem Roten Kreuz, Landesstelle Oberösterreich, die den Notarztwagen zur Verfügung stellte. Dank gebührt auch dem Landesrat Fritz Hochmair, dem Bürgermeister Schwarz, den beiden Vizebürgermeistern Wippersberger und Holub sowie vor allem - das möchte ich besonders unterstreichen - Stadtrat Hans Zöchling, der sich in den letzten Jahren für den Notarztwagen stark engagierte. Auch den Ärzten und Sanitätern ist der Dank auszusprechen, da sie sich rechtzeitig für den Einsatz mit den Notarztwagen ausbilden ließen. Der erste Einsatz ist bereits am 7. Dezember erfolgt und ich wünsche dem Notarztwagen mit seinem Team viel Erfolg.

Im September 1986 hat sich der Gemeinderat der Stadt Steyr dem Friedensappell von St. Ulrich angeschlossen und damit ein eindeutiges Zeichen gesetzt, in dem er sich zu friedlichem Miteinander sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich und zur Solidarität mit Unterdrückten und Minderprivilegierten bekannte. Viele Menschen, auch in unserem Lande und auch in der Stadt Steyr, haben immer wieder für Frieden und Verständigung gewirkt. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag zur Entspannungspolitik und einer neuen Sicht der verschiedenen Probleme der Dritten Welt beigetragen. Im Zusammenhang mit dem jahrelangen Wirken der Friedensbewegung und der Friedensinitiativen in den Gemeinden hat dieser Appell von St. Ulrich mittlerweile gerade für die kommunale Friedensarbeit große Bedeutung erlangt. Es ist auch für uns Mandatare notwendig, daß wir in Zukunft verstärkte Friedensarbeit in der Stadt Steyr leisten. Ziel der öö. Friedensbewegung ist es, auch in Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit mit Schulen und Gemeinden zu erreichen. Ich habe ja bereits bei der Budgetdebatte im Vorjahr die Gemeinde Ebensee angeführt, wo durch die Errichtung eines eigenen Friedensausschusses eine aktive kommunale Friedensarbeit entstand. Dem steht leider die Tatsache gegenüber, daß im Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für Friedensarbeit bisher kein Schilling vorgesehen ist. Und diesen Mangel, meine Damen und Herren des Gemeinderates, müssen wir auf jeden Fall beseitigen. Daher schlage ich konkret dem Gemeinderat vor, die Errichtung eines gemeinderätlichen Friedensausschusses sowie die Unterstützung eines Entwicklungshilfeprogrammes vorzunehmen.

Positiv möchte ich dabei bemerken, daß nun endlich zum ersten Mal die Stadt Steyr

bereit ist, im kommenden Jahr S 120.000,- für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Es ist sicher der Wunsch aller hier Anwesenden, daß unsere Welt, Europa, in der engeren Umgebung und Heimat der Friede erhalten bleibt. Deshalb unterstützt meine Partei alles, was zur Sicherung des Friedens getan wird und insbesondere die aktiven, jugendlichen Männer und Frauen in der Friedensbewegung unserer Stadt. Ein atomfreies Europa, keine Weltraumrüstung, mehr soziale Sicherheit und Demokratie sowie Gerechtigkeit in Ost und West, in Nord und Süd. Denn ein gesellschaftspolitischer Fortschritt in der gesamten Welt liegt sicher auch im Interesse unserer Steyrer Bevölkerung.

Als Sprecher meiner Fraktion in unserer Stadt stimme ich dem Haushaltsvoranschlag 1990 zu, weil eine ganze Reihe von Vorschlägen, die von mir im Interesse der Bevölkerung gemacht wurden, eine Berücksichtigung fanden. Die im Voranschlag enthaltenen Gebühren- und Tariferhöhungen, wie z. B. der Mülldeponie, der Müllabfuhr und der städtischen Bestattung sowie die Höhe der Politikerbezüge und der ungerechtfertigten Stadtratspensionen werden von der KPÖ abgelehnt.

Abschließend möchte ich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, den Vizebürgermeistern, den Stadträten und den Damen und Herren des Gemeinderates sowie allen Bediensteten des Hauses frohe Festtage und vor allem ein friedliches Jahr 1990 wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml für seine umfassende Stellungnahme namens der KPÖ. Als Nächsten ersuche ich Kollegen Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir fällen heute die wichtigsten Entscheidungen jeden Jahres. Es geht um wichtige Entscheidungen für unsere Stadt, aber auch um Randerscheinungen. Vergleichen wir sie mit Umwälzungen, die wir in den letzten Monaten, ja Wochen, rund um uns und unser Land erlebt haben. Formal scheint uns dieses Geschehen zwar nicht zu betreffen, tatsächlich berührt es unsere Arbeit sehr wohl.

Zuerst aber darf ich darauf hinweisen, daß wir auch diesmal der Einladung des Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger nachgekommen sind, Wünsche und Anregungen für das neu zu erstellende Budget 1990 bekanntzugeben. Aufgrund des nach wie vor hohen Schuldenstandes unserer Stadt haben wir auch heuer wieder Einsparungsvorschläge gemacht, da nur neue Forderungen und Projekte den Stadthaushalt noch mehr belasten würden. Wir haben aber auch diesmal wieder bewußt jene Vorschläge und Wünsche wiederholt, die bisher nicht erledigt wurden.

Vorerst jedoch in kurzer Form zu den Einsparungsvorschlägen.

Senkung der Repräsentationskosten um 50 Prozent. - Streichung der Stadtratspensionen für jene, die bereits eine Pension aus dem Berufsleben beziehen. - Verwaltungsreform, die zielorientiert Einsparungen bringt. - Treilprivatisierung der Stadtwerkebetriebe. - Abkoppelung der Mandatatsbezüge von der Valorisierung mit Beamtengehältern für den Zeitraum bis zur nächsten Gemeinderatswahl im Jahre 1991. - Einsparung beim Amtsblatt.

Und nun zur Wiederholung von Forderungen aus den Vorjahren unserer Fraktion.

Mittelfreigabe für eine Universitätsstudie in Richtung mittel- und langfristiges Wirtschafts- und Investitionskonzept. - Förderung von Betriebsansiedlungen. - Lockerung der Vergaberichtlinien und Steuererleichterungen für Steyrer Gewerbe- und Handelstreibende, die neue Betriebe errichten oder beabsichtigen, ihre Betriebe auszubauen - betreffend Gemeindesteuer. - Weiterer Ausbau des Radwegenetzes. - Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung und der Schneeräumung für ältere und kränkliche Mitbürger durch den Wirtschaftshof in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, unter Einbindung des Einsatzes von Arbeitslosen. Wie das Beispiel Graz zeigt, wo das funktioniert. - Schaffung neuer und Sanierung vorhandener Kinderspielplätze

in Stadtteilen mit dichter Besiedelung.

Nun noch ein paar Anregungen zu weiteren Forderungen, die wir gestellt haben. Erstellung eines generellen Verkehrskonzeptes unter Einbeziehung einer tatsächlichen Verkehrsberuhigung am Stadtplatz, Zufahrt zu den Parkplätzen am Ennskai, sowie Errichtung von neuen Parkplätzen in Zentrumsnähe. Bezugnahme auf die Realisierung der Nordspange mit Ermittlung der anteiligen Kosten für die Stadt. - Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, wie Einführung von City-Bussen, Schüler- und Lehrlingsnetzkarten, Kurzstrecken- sowie günstige Familientarife. Schaffung eines Verkehrsverbundes für unsere Region.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Stadtplatz selbst soll durch eine totale Verkehrsfreihaltung zum Mittelpunkt für Einkauf und Kommunikation, für verschiedene Veranstaltungen und musikalische Darbietungen sowie für einen repräsentativen, dem Namen Christkindlstadt Steyr entsprechenden Christkindlmarkt werden.

Ebenso erachten wir aber auch die Errichtung der Nordspange als verkehrsentlastende Maßnahme für die Bewohner im Stadtteil Tabor als vordringlich und notwendig. Nicht unerwähnt möchte ich auch diesmal unsere Vorstellungen und Forderungen, den Wohnbereich betreffend, lassen. Nämlich die Einführung eines Punktesystems bei der Wohnungsvergabe sowie Mietern von GWG-Wohnungen die Möglichkeit einzuräumen, die Wohnung zu einem akzeptablen Preis in das Eigentum zu übernehmen. Bei der Preisgestaltung sollten bisherige Mietzinsleistungen sowie die Abnutzung der Wohnung nach Jahresstaffelung berücksichtigt werden. Durch diesen Mietkauf würde den neuen Besitzern mehr Anreiz zu Investitionen in ihren Wohnungen geboten werden, aber vor allem würde dem Wohnbauträger zusätzliches Kapital für die Errichtung neuer Wohnungen zufließen. Ich weiß, Kollete Holub, daß das auch eine jahrelange Forderung der ÖVP-Fraktion ist, aber mir geht es nicht darum, einen Streit zu entfachen, wer als Erster die Idee gehabt hat, sondern uns geht es allen um die Realisierung dieser unserer Wünsche und nicht um einen Vaterschaftsprozeß.

In den stark verbauten Wohngebieten sollten mehr Möglichkeiten zur Mülltrennung, auch zur getrennten Entsorgung von chemischen Produkten sowie Aludosen, geschaffen werden. Natürlich muß nach wie vor auf die Müllvermeidung in erster Linie Bedacht genommen werden und darauf besonderes Augenmerk gewendet werden. Dazu ist es notwendig, auf Bundesebene durch Schaffung von entsprechenden Gesetzen, Einfluß auf die Verpackungsindustrie auszuüben.

Nun, aber meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu dieser Budgetvorlage. Ich darf, so wie meine Vorredner, einige Zahlen nennen und kann Ihnen versprechen, daß ich mich kurz fassen werden.

661 Millionen für den ordentlichen Haushalt, 139 Millionen für den außerordentlichen Haushalt und 133 Millionen Aufwand für die 7 Stadtwerkebetriebe macht fast eine Milliarde an Aufwendungen aus.

Wenn man die Bedeckung betrachtet, so fällt auf, daß diese aus urbanen Steuerleistungen nicht mehr zu bewältigen ist. Eine Neuverschuldung von 59 Millionen für Darlehensaufnahmen steht bevor, der Schuldenstand wird auf über 566 Millionen klettern. 64 Millionen werden für den Schuldendienst aufzuwenden sein, davon 33,5 Millionen allein für Zinsen. 13,2 Millionen müssen wir als Gemeindefinanzierung an die Stadtwerkebetriebe leisten, die GWG unserer Stadt erhält auch fast 18 Millionen als Zwischenfinanzierung, obwohl sie im Wirtschaftsplan einen Gewinn von 6,8 Millionen ausweist. Dazu kommt eine Rücklagenentnahme von fast 40 Millionen, die veranschlagt wird. Alles zusammen ergibt dies ein Gesamt-Defizit von 194 Millionen für neue Darlehen, Zuschüsse, Schuldendienst und Rücklagenentnahmen. Eine nicht reaktivierbare Summe, die nahezu 20 Prozent der Gesamtbudgetsummen ausmacht. Wie lange können wir uns diese inflationäre Schuldenpolitik leisten? Wie lange noch, die daraus resultierenden Einschränkungen für notwendige Aufgaben für die Stadt und die Bevölkerung? Mit höheren Tarifen können wir nicht ständig operieren.

Es gibt schon genug Belastungen für die Bevölkerung, darauf brauche ich nicht im einzelnen eingehen.

Gespart wird hingegen nach wie vor wenig. Nicht bei den Repräsentationskosten, nicht bei der zu aufwendigen Öffentlichkeitsarbeit - sprich Amtsblatt. Nicht bei den Pensionen für ehemalige ehrenamtlich tätige Stadtsenatsmitglieder, nicht beim Organ Gemeinderat, der in den letzten 10 Jahren nicht etwa auf 51 Mitglieder angestiegen ist, sondern sich nach wie vor aus 36 Mandataren zusammensetzt, aber nun bereits aufgrund der Valorisierung mit den Beamtengehältern Geld für 51 Mitglieder kostet. Das ist für 1990 ein Betrag von S 12,147.000, gegenüber S 11,692.614,- laut Rechnung für 1988. Es werden auch keine ernsthaften Überlegungen angestellt, was die Privatisierung von Stadtwerkebetrieben betrifft. Man geht lieber den alten Weg weiter, budgetiert diesmal 13,2 Millionen Zuschußbedarf, ohne die Rahmenbedingungen für eine Ertragsverbesserung in den Stadtwerkebetrieben zu schaffen. Man überhört auch offensichtlich den 5 Minuten vor 12-Warnruf der ÖVP, - so dieser ernst gemeint ist, und das nehme ich an.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen Vorzeichen - meine Vorredner sind bereits darauf eingegangen - stehen nicht ungünstig. Gute wirtschaftliche Ergebnisse lassen die Steuerzuflüsse anschwellen. Daher halten wir es für nicht richtig, ein derart auffällig hohes Defizit einzuplanen. Man hätte vielmehr nach Sparmöglichkeiten suchen sollen, um den Schuldenberg, der sich in den letzten Jahren angehäuft hat, abzubauen. Statt dessen soll dieser auf mehr als 566 Millionen anwachsen. Bei guter Konjunktur müßte die Stadt auch ihre Verwaltungsstruktur hinterfragen, das heißt zu untersuchen, wo man Verbesserungen einführen und Verwaltungsabläufe optimieren könnte. Zusätzlich müßten wir auch energischer als bisher hinterfragen, welche Vermögenswerte kann die Stadt abstoßen, welche Aufgaben könnten Privaten übertragen werden?

In diesem Zusammenhang darf ich eine Aussage zitieren, die ich nur unterstreichen kann. Dem Bürger muß alles erlaubt sein, was nicht ausdrücklich verboten ist, dem Staat aber darf nur erlaubt sein, was ihm ausdrücklich gestattet ist.

Dieses Zitat stammt nicht etwa aus dem Programm eines hemmungslosen liberalen Privatisierers. Das sagte vielmehr der DDR-Übergangs-Ministerpräsident Modrow in seiner Regierungserklärung. Der Staat sollte sich überall dort zurückziehen, wo nicht wichtige Gründe es erfordern, daß er selbst tätig wird. Das sollte auch die Stadt berücksichtigen.

Die Mittel, die wir dabei einsparen oder gewinnen, sollten wir einsetzen, um den Schuldenstand zu senken und den Budgetspielraum wieder zu erweitern. Den Vorteil davon würde ohnedies der Finanzreferent haben. Den Vorteil daraus würde aber auch die Stadt ziehen, denn bessere budgetäre Möglichkeiten würden erlauben, vom bloßen Verwalten zum Gestalten überzugehen. Selbst der Bund kann noch 10 Prozent seiner Ausgaben frei bestimmen. In Salzburg und Kärnten ist dieser Satz bei rund 15 Prozent. Entscheidendes kann sich auch hier nur verbessern, wenn es gelingt, den Schuldenstand unserer Stadt zu verringern. Schulden, die wir vorzeitig zurückzahlen, ersparen schließlich mehr als den Betrag, den wir tilgen. Mit Zisenbelastung kostet ja jeder geliehene Schilling rund S 1,50. In den Städten Linz, Wels und Steyr gehört objektiviert, nicht nur beim Land, hört man von der ÖVP, Wir stimmen dieser Forderung gerne zu. Als objektives Beispiel und Vorbild für alle anderen weisen die Vertreter der ÖVP immer wieder auf Oberösterreich und seine Personalpolitik hin. Sicher hat hier das Land sich auf dem Weg zur Objektivierung vorangetastet. Dazu beigetragen haben die Forderungen der Freiheitlichen und der Druck der öffentlichen Meinung. Feststellbar ist jedenfalls, daß es besser geworden ist. Aber diese Objektivierung sollte noch mehr verbessert werden, und auch in Steyr müssen objektive Kriterien im Rathaus angewendet werden. Mit dem neuen Objektivierungsgesetz, das im Landtag liegt, sollten wir daher nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Wir

sollten ein System schaffen, das auch für Steyr gilt und das sich das Vertrauen der Bevölkerung verdient. Dabei werden wir nicht darüber hinwegkommen, unabhängige Personalberater einzuschalten. In anderen Ländern praktiziert man das schon mit Erfolg - nicht nur in Kärnten.

Jedenfalls muß alles getan werden, damit sich das neue Objektivierungsgesetz nicht zu einer bloßen Fassade entwickelt, hinter der die alte Praxis weiterläuft.

Mit Bedauern muß ich auch heuer zum wiederholten Mal feststellen, daß es wieder nicht gelungen ist, einen Advent- oder Christkindlmarkt in der Christkindlstadt

Steyr abzuhalten. Es ist wirklich beschämend, wenn man feststellt, daß es überall auch in kleineren Gemeinden derartige Einrichtungen gibt, hier in unserer Stadt nicht. Dabei würde sich der neu gestaltete Stadtplatz geradezu anbieten und würde nicht nur unser Stadtbild, sondern auch die Wirtschaft beleben.

Und nun noch zu aktuellen überregionalen Ereignissen, die auch erwähnt gehören, obwohl vor mir noch niemand darauf zu sprechen gekommen ist. Wie nur selten war Geschichte so unmittelbar zu beobachten. Was sich sonst oft unmerklich über Jahre und Jahrzehnte hinzieht, rollte in eindrucksvollen Bildern wie im Zeitraffer vor unseren Augen ab. Sogenannte Ostblockstaaten begannen, ihre Fesseln abzustreifen. Von der kleinen Freiheit am Plattensee wechselten die ersten Deutschen Bürger aus der DDR in die große Freiheit. Was als dünnes Rinnsal begann, schwoll zum Strom an und brach sich immer breitere Bahn. Das brachte Bewegung ins Land selbst und die Bürger erzwangen in einer friedlichen Oktoberrevolution die Freiheit, die sie so lange entbehren mußten. Freiheit steckt an. Das bewiesen unsere nördlichen Nachbarn. Sie eroberten ebenfalls binnen weniger Tage die Freiheit zurück, die 1968 Panzer niedergewalzt hatten. Die grenzenlose Freude der Menschen am Brandenburger Tor oder auf dem Prager Wenzelplatz hat viele von uns bewegt und berührt. Nicht unberührt wird auch unsere Stadt bleiben. Grenzen, die sich öffnen, beleben bisher tote Räume, bringen neue Chancen, aber auch neue Aufgaben. Uns Steyrer berührt auch vor allem die Wende in der DDR deshalb, weil wir in Plauen eine Partnerstadt haben. Was hat sich dort alles getan? Ein Nachrichtensprecher des ostdeutschen staatlichen Rundfunks hat sich am 12. November 1989 für seine ihm jahrelang von der kommunistischen Einheitspartei vorgelegten Lügentexte entschuldigt. In Plauen, der Partnerstadt von Steyr, demonstrierten laut DDR-Rundfunk 80.000 Menschen Mitte November für mehr Freiheit und gegen die SED-Bonzen. Die Bürger in der DDR, darunter die in Plauen, erzwangen auf friedliche Art mehr Freiheit, die sie so viele Jahrzehnte entbehren mußten.

Diese Entwicklungen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sollten Anlaß sein, unser Partnerschaftsverhältnis zu Plauen neu zu überdenken.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Traust Du Dich jetzt hinfahren? Du hast Dich bis jetzt noch nie getraut.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

So könnten wir uns vorstellen, daß der Betrag von S 275.000 für Partnerschaftskontakte verdoppelt wird, um auch dem Normalbürger und nicht nur SED-Funktionären die Gelegenheit zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Steyr zu bieten.

Kollege Treml, ich weiß nicht, wie Du auf die Idee kommst, daß ich mich nicht hinfahren traue. Hätte ich dort etwas zu befürchten gehabt? Vielleicht kannst Du mir diese Frage gleich beantworten. Daß ich nie mitgefahren bin hat andere Gründe.

Als es damals um die Einrichtung eines Plauener Stüberls gegangen ist, war ich deshalb dagegen, weil dieses Plauener Stüberl zweifelsohne nicht der Bevölkerung dort zugute gekommen wäre, sondern lediglich den SED-Bonzen. Das war der Grund, warum ich nicht in die DDR mitgefahren bin. Ich sage das nur, um dieses Mißver-

ständnis aufzuklären.

Außerdem könnten schon heuer auch Vertreter der Opposition von Plauen nach Steyr eingeladen werden unter dem Motto der neuen DDR: Vielfalt statt Einfalt. Die Bedeckung dieser Summe unter dem Titel "Städtekontakte und Partnerschaften" wäre sofort gegeben, würde man diesen Betrag von den mit 666.000 Schilling veranschlagten Repräsentationskosten abziehen.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen, aber das Wesentliche wurde geäußert und unsere Einwände zum Budget 1990 deponiert.

Abschließend stelle ich auch diesmal wieder fest, daß es uns nicht darum geht, nur zu kritisieren. Deshalb haben wir auch in diesem abgelaufenen Jahr immer wieder konstruktive Vorschläge zu verschiedenen Problemen und Themen eingebracht, und auch bewiesen, daß wir bereit sind, Beschlüsse und Verantwortung mitzutragen. Leider ist es auch diesmal nicht möglich, über einzelne Budgetkapitel getrennt abzustimmen, weil wir durchaus - das darf ich auch heute wieder mit Nachdruck feststellen - einigen Teilbereichen positiv gegenüberstehen. Dem Gesamtwerk dieses Voranschlages 1990 kann ich aber wegen der vorgetragenen Einwände in mehreren Bereichen sowie der ständigen Ablehnung unserer Anregungen und Einsparungsvorschläge, namens der FP-Fraktion keine Zustimmung geben.

Am Ende meiner Ausführungen zum Budget darf ich, so wie in den vergangenen Jahren, allen Bürgern unserer Stadt, den Herren Bürgermeisters, allen Beamten und Bediensteten des Hauses so wie Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein frohes Weihnachtsfest, vor allem Glück und Gesundheit für das neue Jahr wünschen.

Ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich es nicht verabsäumen, mich meinerseits vom scheidenden Finanzreferenten, Vizebürgermeister Wippersberger, mit einem kleinen Präsent zu verabschieden. Er hat zwar in seiner Zeit als Finanzreferent nur wenige Wünsche der FPÖ-Fraktion erfüllen können, weil er eben auch seine Vorgaben erfüllen mußte. Oft hat er sich gewundert, wo denn der Eichhübl die Zahlen her hatte, und war vielleicht dann doch erstaunt darüber, daß diese tatsächlich dem Budget oder anderen Unterlagen entstammten.

Trotz Auffassungsunterschieden, hat es aber nie Probleme im menschlichen Bereich zwischen uns gegeben und ich glaube, daß das auch sehr viel wert ist.

Herr Vizebürgermeister, im Namen der FPÖ Steyr, vor allem aber auch persönlich, wünsche ich Dir auf Deinem weiteren Lebensweg alles Gute, viel Glück, aber vor allen Dingen Gesundheit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nachdem jetzt alle Fraktionsobmänner - Kollege Wippersberger ist als Finanzreferent zugleich Fraktionsobmann - ihre Erklärungen abgegeben haben, gestatten Sie mir auch eine Stellungnahme zum Budget und ich darf den Vorsitz Kollegen Holub übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um den Vortrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte nicht dem Schlußwort meines Freundes Wippersberger vorgreifen. Ich möchte auch nicht auf besondere Einzelheiten des Zahlenwerkes oder der Zahlenwerke eingehen, aber hier doch einige Grundsätze, so wie ich glaube, daß sie notwendig sind, daß wir sie immer wieder beachten, betonen. Ich glaube, daß man sich in einer Stadt wie Steyr nur dann wohlfühlen kann, - und das wollen wir alle, jeder Einzelne von uns - wenn jeder Mensch, der hier wohnt, auch die Möglichkeit hat, hier seinem Erwerb nachzugehen. Wenn er eine entsprechende Wohnung hat - ich werde auf einige Punkte dann noch eingehen. Um diese Voraussetzung zu schaffen, haben wir weiterhin alles zu tun, diese Möglichkeiten der Errichtung von neuen Betrieben zu fördern. Wir haben erreicht in den vergangenen Jahren, daß das BMW-Werk weiter ausgebaut wurde. Es arbeiten dort bereits mehr als 2.000 Menschen. Wir mußten leider feststellen, daß in den Steyr-Werken durch die strukturellen Veränderungen nicht nur eine Stagnation der Beschäftigung, sondern eher ein Rückgang der Beschäftigung feststellbar war. Wir haben ein sehr kleines Stadtgebiet und es ist nicht ganz einfach, die notwendigen Grundflächen in unserem Bereich zu finden und aufzutreiben, um neue Betriebe nach Steyr zu bringen. Wir haben jetzt einen Weg gefunden im Bereich des ehemaligen Gußwerkes, im Anschluß daran, daß wir dort eine Grundfläche zur Verfügung haben, auf dem Industriebauten möglich sind. Es ist so, außerhalb des Wohngebietes besteht ein Anschluß an das öffentliche Bahnnetz. Das ist eine sehr wichtige Voraussetzung und wir haben einen Partner gefunden, der uns hilft, dieses Areal aufzuschließen. Wir wollen uns aber durch einen Kooperationsvertrag die Mitwirkung hier sichern. In einer ähnlichen Form stelle ich mir auch die Lösung beim Reithoffer vor, eine ähnliche Vorstellung wäre hier glaube ich denkbar. Allerdings wird in diesem Bereich für Betriebsansiedlungen aufgrund der allgemeinen Diskussion, die man hört und die, glaube ich, auch richtig ist, für Betriebsansiedlung eher dieses Areal nicht in Frage kommen. Ein weiterer Bereich wäre die Reparaturwerkstätte der Steyr-Werke und ich darf hier sagen, daß wir als Stadt - es ist ein Areal mit etwa 60.000 m² - unser Interesse auch grundsätzlich auch für dieses Grundstück bereits schriftlich angemeldet haben. Ich werde Sie laufend über die Ergebnisse informieren. Ich werde selbstverständlich diese Verhandlungen nicht alleine führen, sondern gerne die Fraktionen einladen, bei diesen Gesprächen dabei zu sein, das möchte ich auch sagen. Es war gestern bei mir der Herr Architekt Proyer, der mit der Diözese in Verhandlung steht - ich kann das hier offen sagen - und mit einer Betriebsansiedlungsgesellschaft aus Wien, ICD, ich glaube das ist eine bekannte, vom Staat unterstützte oder direkt von staatlicher Seite unterstützte Einrichtung. Dieses Areal, das hier zur Diskussion steht an der Ennser Straße im Norden der Stadt, also nahe der Stadtgrenze im Bereich von Gleink, umfaßt ein Ausmaß von rund 200.000 m². Es ist also eine verhältnismäßig große Fläche. Grundsätzlich glaube ich, daß es möglich sein könnte - das ist nördlicher als der Resthof, der Resthofbereich ist rechts, dazwischen liegt praktisch das Werk Sommerhuber, so daß hier mit Emissionen nicht so sehr zu rechnen ist. Allerdings glaube ich, daß man aufpassen muß, daß nur Betriebe dort angesiedelt werden, die solche Emissionen überhaupt nicht erzeugen. Es ist nicht nur gegenüber dem Resthof, sondern auch gegenüber Gleink notwendig, die entsprechenden Sicherheitszonen vorher festzulegen. Das ist meine Absicht, daß wir hier aufpassen. Es ist notwendig,

zukunftsorientierte Wirtschaftszweige nach Steyr zu bringen. Ich denke da an die Bereiche Fremdenverkehr, denke aber auch daran, daß in vielen Bereichen des Sozialwesens sich künftig neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben werden, die wir nicht versäumen dürfen. Wir sollen also diese Absicht gezielt weiter verfolgen. Es wurde von Kollegen Holub angeschnitten, daß eine Arbeitsgruppe aller Fraktionen sich mit diesen Problemen im besonderen - das ist ja die Stadtplanung - beschäftigen soll. Ich darf sagen, daß wir diese Arbeitsgruppe ja an sich haben, das sind die Fraktionsobmänner, die regelmäßig zusammenkommen. Es gibt bei den Fraktionsobmännerbesprechungen keine Tabus, über die man nicht reden kann. Ich kann mir vorstellen, daß das der Kreis ist, der sich konkret im einen oder anderen Fall mit solchen Problemen intensiv beschäftigt. Das ist, glaube ich, auch eine Aufgabenstellung dieses Bereiches.

Meine Damen und Herren, warum Betriebsansiedlungen bisher sehr schwierig waren bei uns, hängt mit der Verkehrssituation zusammen. Ich glaube, ich sage da nichts Neues, wie sind sehr froh darüber, daß wir durch langwierige Verhandlungen mit der Österr. Bundesbahn und der Mithilfe der Bevölkerung doch ein Zwischenergebnis erreicht haben, das uns nicht befriedigt, das aber besser ist als nichts, das möchte ich sagen. Wir haben erreicht, daß die Bundesbahn kurzfristig wesentlich verbessert in den öö. Zentralraum und nach Wien und ein Ausbau der Strecke auch erfolgen soll unter der Einbeziehung des Ausbaues eines Parkdeckes. Ich glaube aber auch, daß es notwendig und in diesem Zusammenhang auch erforderlich ist, daß wir - das wurde heute von allen Fraktionen mit Ausnahme einer, vehement gefordert - den Ausbau der Nordspange betreiben müssen. Das ist nicht die Schaffung eines neuen Verkehrserregers, sondern diese Nordspange bedeutet die Verlagerung des Verkehrs von verkehrsreichen Gebieten in einwohnerärmere Gebiete. Wenn ich den ganzen Bereich über die Enns und am linken Ennsufer betrachte, würde hier eine wesentliche Verbesserung eintreten und wir dürfen auch nicht vergessen, daß sich im Bereich der Haager Straße neue Strukturen gebildet haben, Betriebsstrukturen. BMW mit 2.000 Menschen und unser Betriebsansiedlungsgebiet, das wir jetzt gekauft haben, werden zur Folge haben, hat schon zur Folge und wird weiter zur Folge haben, daß diese Einrichtungen natürlich zusätzliche Verkehrserregung mit sich bringen. Wenn wir hier aus dem inneren Bereich das dorthin verlagern können, können wir sehr viel auch für die Umwelt hier tun.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang glaube ich auch, daß es sehr wichtig ist dieses neue Verkehrskonzept, das in Auftrag gegeben wurde und daß aufgrund dieses Verkehrskonzeptes die Ergebnisse davon sicher dazu beitragen werden, daß wir mit der Bewältigung der Probleme uns auf gute Ratschläge verlassen können. Es ist auch notwendig, daß wir eine Verbesserung, eine Verbesserung unserer öffentlichen Verkehrsmittel erreichen. Das ist auch heute in allen Diskussionen angeklungen. Ich möchte hier sagen, ich habe erst mit Kollegen Wein kurz gesprochen, wir haben ja für die Einkaufssamstage den halben Fahrpreis festgelegt und offensichtlich hat diese Maßnahme gegriffen. Es ist die Frequenz an diesen Samstagen eine wesentlich höhere beim öffentlichen Verkehr als das bisher der Fall war. Das bestätigt, daß diese Maßnahme doch dazu beiträgt, daß der eine oder andere bereit ist, auf seinen fahrbaren Untersatz, mit dem er womöglich allein fährt, zu verzichten. Wir müssen aus solchen Aktionen lernen. Die Probleme der Bewältigung des ruhenden Verkehrs sind in Steyr besonders groß. Die Topografie unserer Stadt trägt nicht gerade dazu bei, daß hier die besten Möglichkeiten gefunden werden. Ich hoffe aber, daß auch hier das Verkehrskonzept uns wesentliche Unterstützung geben wird. Meine Damen und Herren, im Sozialbereich wird es so sein, daß künftighin die Betreuung der älteren Menschen nicht mehr allein durch unser zentrales Altersheim bewältigbar sein wird. Wir müssen einen großzügigen Ausbau und Umbau vornehmen, um diese Aufgabenstellung 100 %ig erfüllen zu können. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, die Einrichtungen der Hauskrankenpflege, die Heimhilfeeinrichtungen

- es gibt ja mehrere - daß wir diese unterstützen, sie leisten uns eine wertvolle Hilfe. Ich gebe jenen recht, die gesagt haben, daß man dabei natürlich aufpassen muß, daß der freiwillige Charakter nicht verloren geht. Natürlich wird ein bestimmter Kreis hauptberuflich Beschäftigter auch notwendig sein, das muß sich aber in Grenzen halten. Es muß auch geprüft werden - das ist meine Auffassung - wer betreut hier, der Verein kann sich wohl annehmen um diese Personen, aber letztlich sollte meines Erachtens nach ein Arzt - meiner Meinung nach müßte es der Amtsarzt sein - bestätigen, daß die Pflege tatsächlich notwendig ist, daß hier nicht mutwillig ein Personenkreis aufgebaut wird, der vielfach die Betreuung gar nicht benötigt. Das sage ich ganz offen. Hier müssen wir sehr aufpassen, weil das unter Umständen in Größenordnungen führt, die wir uns nicht mehr leisten können. Ich bin sehr froh, daß die Diskussion schon so weit gegangen ist, daß auch die Krankenversicherungseinrichtungen bereit sind, darüber zu diskutieren, daß wir entsprechende Zuschüsse für Krankenpflege zuhause auch erhalten werden, voraussichtlich. Allerdings sind dazu gesetzliche Änderungen notwendig und diese Einrichtungen müssen auch von der öffentlichen Hand mit den entsprechenden Mitteln versorgt werden, sonst können sie das überhaupt nicht leisten.

Die Aktionen, die wir haben, die sich gut bewährt haben, werden weiter auszubauen sein. Ich denke an die Aktion Essen auf Rädern. Auch der Seniorenpaß ist durchaus in manchen Bereichen veränderbar. Es ist also alles möglich, daß man Veränderungen durchführt, wenn Verbesserungen möglich sind, stehen wir dem gerne positiv gegenüber. Auch auf die Randgruppen dürfen wir nicht vergessen. Ich glaube, daß die geschützte Werkstätte, die Forderung nach dieser geschützten Werkstätte, sehr wichtig ist, damit die Randgruppen in unserer Gesellschaft nicht vergessen werden. Daß wir auch denen die Möglichkeit geben, sich entsprechend entfalten zu können. Die letzten Gespräche haben, glaube ich, dazu geführt, ich habe ja mit Herrn Landesrat Reichl darüber Gespräche geführt und mit anderen, die an diesen Dingen interessiert sind, daß es nicht sehr sinnvoll ist, diese geschützte Werkstätte, wie ursprünglich geplant, im Bereich des FAZAT einzurichten, sondern daß ein eigener Standort gefunden werden sollte. Dieser Bereich paßt zu einem Forschungszentrum eher nicht so sehr. Im Wohnbau ist es sehr wichtig, diese Probleme zu lösen, es werden mehr Mittel notwendig sein als in der Vergangenheit. Finanzierungsmodelle müssen ausgearbeitet werden, das möchte ich sehr deutlich sagen und auch unter Umständen andere Strukturen sollte man untersuchen, die Zusammenarbeit aller Wohnbauträger ist hier in Steyr notwendig. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir die Konstruktion, wie hier Kollege Oskar Holub gesagt hat, 100 %ig meine Zustimmung findet, allerdings haben wir in der Praxis eine andere Erfahrung. Theorie und Praxis stimmen halt oft nicht zusammen. Ich habe persönlich die Erfahrungen gemacht und jeder von Euch wahrscheinlich auch, wenn die Leute in einem Wohnviertel älter werden und in diesem Wohnviertel werden die Kinder weniger, dann wird auf einmal die Einstellung der Menschen zu den Kindern vielfach eine negative. Die älteren Menschen fühlen sich gestört durch das Kindergeschrei im Hof oder Garten und auch umgekehrt. Die Kinder werden durch Zurufe aus den Wohnungen in fast beleidigender Form verjagt, das ist ja auch nicht in Ordnung. Man muß diese Mentalität verstehen, jeder Mensch ist nicht gleich und man kann das nicht über einen Leisten schlagen. Idealistisch wäre es, wenn das so wäre, daß da eine junge und da eine alte Familie ist und die sich gegenseitig helfen. Aber in Wirklichkeit, soviel ich die Erfahrung machen konnte in meiner jahrzehntelangen Tätigkeit, ist es halt nicht so. Wir sollten dieses Idealbild anstreben. Aber wir sollten nicht künstlich etwas erzeugen, womit man unter Umständen Probleme hat. Wir sollten aus den Erfahrungen, die wir haben, ein bißchen lernen. Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf den Umweltschutz eingehen, weil auch hier kritisiert wurde, daß wir hierfür zu wenig ausgeben. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir unsere Entsorgungseinrichtungen, den Kanalbau, entsprechend weiter ausbauen. Es ist ja nicht so, daß ich sage, im Budget stehen S 500.000,-

für den Umweltschutz oder 2 Millionen, in Wirklichkeit sind viele andere Bereiche für den Umweltschutz zuständig, sie berühren ihn, sogar wesentlich. Vor einigen Jahren ist der gesamte Abfall, sind alle Kanäle in Steyr von jedem Privathaushalt, von allen Betrieben, noch ungeklärt in die Enns und Steyr geflossen. Diese beiden Flüsse waren die Vorfluter für den ganzen Schmutz von 40.000 Einwohnern und von vielen Betrieben. Jetzt haben wir eine Kanalanlage gebaut und eine Kläranlage mit über 600 Millionen Kosten. Das sind die Leistungen für den Umweltschutz, die die Stadt bisher erbracht hat. Das ist eine gewaltige Leistung und wir werden auf diesem Gebiet weitertun. Wir müssen, meine Damen und Herren, sehr vorsichtig und sorgfältig mit unserer genehmigten Deponie umgehen, das möchte ich auch hier sehr deutlich sagen. Wir wissen nicht, wie lange es dauert, bis eine Technologie entwickelt wird, die den Müll auf andere Weise entsorgt. Ich habe immer die Hoffnung, daß man innerhalb von 15 oder 20 Jahren doch eine Technologie entwickelt, daß man den Schmutz nicht irgendwohin gibt, sondern in irgend einer anderen Form entsorgt. Aber so lange das nicht ist, müssen wir unseren Müll dort deponieren und wir müssen vorsichtig damit umgehen, damit auch unsere Wasserversorgung künftighin entsprechend geschützt ist.

Im Zusammenhang möchte ich einen Vorschlag machen für den Bereich Umwelt. Ich könnte mir vorstellen, es gibt noch viele Wohnungen mit Hausbrand in Steyr. Wir haben ein Gaswerk, ein gemeindeeigenes Gaswerk, und ich könnte mir vorstellen, daß wir vom Gaswerk einen Vorschlag bekommen über eine Aktion, eine günstige Aktion für den Anschluß von Privathaushalten. Damit würden wir auch einen wesentlichen Beitrag leisten, lange Zahlungsfristen usw., günstige Zahlungsmodalitäten. Das wäre, glaube ich, auch etwas, von dem viele Menschen Gebrauch machen würden, wenn es entsprechend lukrativ ist. Vielleicht müssen wir auch seitens der Stadt etwas dazu beitragen. Das waren einige Gedanken, die ich einbringen durfte.

Ich möchte abschließend noch sagen, daß wir nicht vergessen dürfen auf den Ausbau unserer Kultur und unseres Freizeitbereiches. Das große Problem unseres Bades steht heran zur Lösung, es wird nicht von heute auf morgen gehen. Das Konzept scheint mir gut zu sein, wie es jetzt ausgearbeitet wurde von unseren Stadtwerken gemeinsam mit Ranshofen. Wir werden unser Schloßmuseum weiter ausbauen, dem Denkmalschutz so wie bisher selbstverständlich einen besonderen Stellenwert einräumen. Es wird notwendig sein zu überlegen, ob nicht ein Veranstaltungszentrum für die verschiedensten Arten von Veranstaltungen in einer entsprechenden Form geplant werden soll. Abschließend möchte ich doch auch noch etwas sagen, was Kollege Eichhübl angeschnitten hat. Es haben sich gewaltige gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, in der Tschechei, in Ungarn usw. ergeben und ich glaube, daß gerade diese Partnerschafts- und Schwesterstadt-Einrichtungen mit jenen Städten, mit denen wir Verbindungen haben, auch ein wesentlicher Beitrag für den Frieden sind. Auch das muß ich sagen. Die Leistungen, die für diese Kontakte erbracht werden, auch finanziell, sind eine Leistung für den Frieden. Nicht zuletzt glaube ich, diese Veränderungen in jenen Bereichen, wo die Unfreiheit geherrscht hat, waren deswegen möglich, weil durch diese Kontakte - das sind nur Mosaiksteinchen - diese Kontakte dazu geführt haben, daß man sich gegenseitig kennengelernt hat, daß man erfahren hat, wie es dort ist und wie es da ist und was man verändern könnte. Das betrifft bitte sehr nicht nur den Osten, sondern für mich hat das bewiesen, daß es überhaupt keine Diktatur gibt, die überleben kann, wenn es die Menschen nicht wollen. Es dauert noch sehr lange, aber das ist in Spanien, das ist in Portugal, das ist in Nikaragua, das war in der Nazi-Zeit und das hat sich jetzt beim Kommunismus wieder bewiesen. Wenn der Freiheitswille eines Volkes so stark wird, daß man einfach nicht mehr unterdrücken kann, dann lösen sich diese Systeme auf. Das ist eine Lehre aus diesen Dingen. Ihr könnt das verfolgen in der Geschichte zurück, das ist so und da gibt es kein System, das wird sich bis China fortsetzen. Weil wenn das Volk nicht will, geht gar nichts. So ist die Situation. Das wollte ich

abschließend noch sagen.

Ich habe jetzt erfahren, die Kontakte sind sehr gering mit unserer Partnerstadt derzeit, ich habe aber über private Wege erfahren, daß Bürgermeister Martin, mit dem uns alle eine gute Freundschaft verbunden hat, und auch Herr Wolfgang Luft, der Sekretär des Rates und Herr Schweiger, der Sekretär des Bezirkes, zurückgetreten sind. Der Herr Schweiger aus Altersgründen, der tat das schon einige Zeit vorher. Derzeit werden die Geschäfte von Vizebürgermeister Dölert Janfried geführt werden in Plauen. Wir werden die Kontakte aufnehmen und wir werden diese Kontakte so wie bisher selbstverständlich auch unter den neuen Bedingungen fortsetzen. Ich möchte aber auch nicht versäumen, zum Schluß unserem Poldi heute den Dank auszusprechen. Es ist kein Abschied, das möchte ich noch einmal sagen, eine derartige Veranstaltung wird noch stattfinden. Ich möchte keine Wehmut aufkommen lassen, ich möchte aber herzlich danke sagen für Deine Freundschaft und für alles, was Du in finanzieller Hinsicht und als Finanzreferent für uns getan hast.

Applaus

Ich erteile nun Kollegen Schloßgangl das Wort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und der noch langen Liste von Rednern, die heute noch zu Wort kommen möchten, werde ich mich bemühen, mich kurz zu fassen.

Ich möchte ein paar Anmerkungen zur Wirtschaftsförderung und zur Wirtschaft allgemein machen. Wir haben eine Reihe von Forderungen aus vergangenen Jahren noch offen. Es hört sich ja ganz gut an, wenn gesagt wird vom Finanzreferenten, die Wirtschaftsförderung für das Jahr 1990 betrage rund 8,4 Millionen Schilling. Davon gehen fast 6 Millionen, 5,86, als laufende Transferzahlung und Zuschuß an BMW und 1 Mill. an die Lehrwerkstätte weg. Daher verbleiben als Rest 1,5 Millionen Schilling, davon echte Gewerbeförderung sind 500.000 Schilling für die Kleingewerbeförderung, 500.000 Schilling sind vorgesehen für eventuelle Betriebsansiedlungen in der zweiten Reihe der Schützenhofergründe, 300.000 Schilling gehen auf für laufende Zinsentilgungen an Geldinstitute und 200.000 Schilling stehen zur Verfügung für allfällige Darlehen. Also sie ist sehr bescheiden diese Wirtschaftsförderung. Ich fordere namens unserer Fraktion seit Jahren eine Aufstockung der Mittel um rund 2 Millionen Schilling. Wenn ich mir die Einnahmen aus der Wirtschaft ansehe, die für 1990 präliminiert sind, so sollen aus der Gewerbe-Ertragsteuer 35 Millionen kommen und aus der Lohnsummensteuer rund 80 Millionen, also rund 115 Millionen Schilling. Wenn man hier 3 Prozent für Gewerbe- und Wirtschaftsförderung ansetzen würde, dann wären diese 2 Millionen zusätzlich schon herinnen. Ich glaube, es wäre recht und billig, diesen Betrag auch für die Wirtschaft wieder aufzuwenden. Positiv darf ich vermerken, daß es eine Lösung seitens der Stadt gegeben hat, die Gewerbegründe in Hinterberg zu erwerben, es sind immerhin 62.000 Quadratmeter, die natürlich in erster Linie für größere Betriebe, für Erzeugungsbetriebe und Industriebetriebe in Frage kommen. Trotzdem darf ich verweisen, daß - wir haben heute schon ausführlich darüber diskutiert - der Erwerb der Reithoffergründe uns vordringlich erscheint. Es wurde auch vom Herrn Bürgermeister vorhin angeschnitten, der Erwerb der Gründe unter Umständen bei der Steyrer Hauptreparaturwerkstätte und - das ist uns allen klar - daß die Stadt einmal bis Gleink in naher Zukunft zusammenwachsen wird. Auch diese Gründe sollten in die näheren Überlegungen einbezogen werden.

Bevor wir jedoch über diese Maßnahmen beschließen, wäre es meiner Meinung nach ganz unbedingt notwendig, ein Stadtentwicklungskonzept und eine Generalplanung

zu erstellen. Es muß uns etwas wert sein, die noch verbleibenden wertvollen Flächen optimal verplant, genutzt und bebaut zu wissen. Ich könnte mir vorstellen, daß einer der Planer, der schon für Steyr tätig ist, unter Umständen Architekt Falkner wäre. Aber vielleicht könnte es auch vom Gestaltungsbeirat bewerkstelligt werden. Es gehört die Flächenwidmung, überdacht. Ich glaube nicht, daß die Gründe an der Ennser Straße, an der Nordseite, nordwestlich gelegen, auf der linken Seite zwischen Grundner und Gleink, und an der Ennser Straße in Zukunft für Wohnbebauung genutzt werden können. Derzeit ist es ja noch Grünland, aber, nachdem das schon von beiden Seiten, einerseits von der Straße und von der anderen Seite Richtung Steiner Straße, von Wohnbauten eingeschlossen ist und diese Gründe in Zukunft immer wertvoller werden, so daß der landwirtschaftliche Ertrag nie eine andere Nutzung nur annähernd erreichen kann, so werden sich in naher Zukunft die dort befindlichen Bauern und Eigentümer wahrscheinlich mit einem Verkauf der Gründe befassen. Daher gehört auch für diesen Bereich eine Planung gemacht.

Ich würde sehr begrüßen eine Verstärkung der Althausanierung. Hierzu könnte die Stadt eigene Anreize geben durch eine städtische Förderung. Ich glaube aber auch, daß wir uns ernstlich bemühen müßten um eine terminisierte und konkrete Befassung mit der Parkraumbeschaffung in Zentrumsnähe.

Es ist erfreulich, daß ein Generalverkehrskonzept erarbeitet und in Auftrag gegeben wurde, das erarbeitet werden soll. Nach der ersten Umfrage bin ich allerdings etwas skeptisch, denn die Verkehrsströme an einem Tag zu erfassen und sonst keinerlei Erkundigungen einzuziehen über Lebensgewohnheiten und dergleichen mehr, scheint mir fürs Erste etwas wenig. Ich glaube auch, daß dieser Erfassungszeitraum eine längere Zeit umfassen müßte, mindestens eine Woche, damit man alle Tage der Woche erfassen kann, aber vielleicht kommt das noch. Sicherlich muß uns und muß auch der Stadt das Parkraumproblem etwas wert sein. Ich könnte mir vorstellen, daß man unter Umständen dieses Mehr an Wirtschaftsförderungsmittel, z. B. die 2 Millionen oder 1 Million für einen Architektenwettbewerb verwendet, wo ernstlich und ganz konkret und terminisiert - nicht immer sagen, wir werden schon irgend etwas machen, wir verlassen uns jetzt auf das Parkdeck der Bundesbahn und wenn das nichts wird, schauen wir wieder weiter. Sondern, daß man konkret terminisiert, eine Planungsstudie in Auftrag gibt oder einen Wettbewerb ausschreibt auch über eine mögliche Parkgage. Es besteht sehr stark die Gefahr des Abfließens der Wirtschaftskraft, der Kaufkraft aus der Altstadt und überhaupt aus dem Steyrer Stadtzentrum in Großmärkte. Pluscity, 300 Parkplätze oder die neuen Betriebsansiedlungen, die momentan zwar etwas gebremst wurden durch das neue Raumordnungsgesetz, aber die geplant sind in Pichling, 500.000 Quadratmeter in der ersten Stufe, 300.000 Quadratmeter in der 2. Baustufe. Wenn keine raschen Maßnahmen erfolgen, besteht auch die Gefahr der Abwanderung von Betrieben aus der Innenstadt. Ich glaube, gerade unsere Klein- und Mittelbetriebe, das wurde heute schon erwähnt, sind eigentlich die Garanten in Steyr für sichere Arbeitsplätze.

Ich habe eine Umfrage, die die junge Wirtschaft in dankenswerter Weise mit großzügiger Unterstützung der OÖ. Nachrichten gemacht hat - bzw. ein vorläufiges Ergebnis- und da sind ganz interessante Werte herausgekommen. Es betraf hauptsächlich das Stadtzentrum aber auch gesamt Steyr. Die Geschäfte werden hauptsächlich mit dem Auto - rund 71 Prozent - erreicht. Am Stadtplatz sind es rund 60 Prozent und 40 Prozent entfallen auf Fußgänger. Wenn jemand das Stadtzentrum erreichen will, dann parken rund 56 Prozent auf dem Ennskai, 38 Prozent auf der Promenade, 21 Prozent am Stadtplatz und 21 Prozent beim Schiffmeisterhaus.

Ein ganz interessantes Ergebnis kam heraus, die Hälfte der Befragten würde auf den Pkw verzichten, um mit Auto- oder Citybus in das Stadtzentrum zu gelangen. Ein Drittel lehnte dieses Ansinnen ab, 16 Prozent stehen dem gleichgültig gegenüber. Interessant ist auch die Gestaltung des Stadtplatzes. Von den Befragten

sprachen sich fast drei Viertel für eine Fußgängerzone aus. Dann war die Frage, wieviel Zeit würden Sie akzeptieren, um in das Zentrum zu gelangen? Hier sind auch mehr als zwei Drittel, die bis zu 10 Minuten in Kauf nehmen würden. 28 Prozent für 5 Minuten und 39 Prozent bis 10 Minuten. Dann war noch die Frage nach Parkmöglichkeiten und anderem, wobei den höchsten Prozentsatz die Tiefgarage unter der Promenade erreicht hat, und zwar 26 Prozent.

Ganz kurz noch zu den Parkkosten. Auch hier wurde eine Frage gestellt. Zu 5 bis 10 Schilling pro Stunde haben sich 50 Prozent positiv geäußert, 23 wollen gar keine und die anderen teilen sich auf in 18 und 6 Prozent, die auch mehr bezahlen würden.

Ich habe schon angezogen die Althausanierung. Rund 60 Prozent lehnen weitere Großbauten ab, während 85 Prozent die Altbausanierung befürworten. Ich glaube, es wäre ein ganz konkreter und klarer Auftrag, wie in Zukunft das weitergehen soll. Die Studie ist nicht vollständig, sie wird sicher dann veröffentlicht werden. Es wurden rund 450 Personen befragt.

Unsere offenen Forderungen aus dem alten Budget sind an und für sich die Errichtung von Gewerbehöfen, von denen wir nicht wegkommen wollen. Es wäre natürlich auch nötig, hier die entsprechenden Grundvoraussetzungen zu schaffen, sowohl durch Beschaffung des Grundes als auch der notwendigen Maßnahmen, Errichtung der Baulichkeiten mit Grundausstattung, die Planung sowie Erfassung der Interessenten würde, wie schon immer angeboten, mit der Handelskammer erfolgen oder durch die Handelskammer erfolgen. Ausschreibung in den entsprechenden öffentlichen Zeitungen, Realisierung in 3 Phasen, Bereitstellung der Mittel für ein Flächennutzskonzept und Kalkulation der voraussichtlichen Kubaturkosten - bis heute nicht durchgeführt - Ermittlung der Interessenten durch Ausschreibung, Bau und Vermietung.

Ich glaube, die Jungunternehmerförderung muß uns am Herzen liegen. Nach den Ausführungen des Bürgermeisters scheint man ja auch nach den Versäumnissen, die sich doch, glaube ich, bei den Reithoffer-Werken sehr deutlich gezeigt haben, nun bereits etwas forscher an die Probleme heranzugehen und ist auch bemüht, diese zu lösen.

Letztlich ist es uns ein großes Anliegen, die Förderung für den Fremdenverkehr zu verstärken. Wir möchten eine Übernahme durch die Stadt der gesamten Personalkosten für den Fremdenverkehrsverband. Der Fremdenverkehr hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Es gibt entsprechende Steigerungen, zum Teil bis zu 30 Prozent. Speziell die Kurzaufenthalte, Städtevisiten, Kongreß- und Tagungsveranstaltungen sind sehr gut angekommen.

Ich glaube, diese geringen Forderungen, die ich kurz skizziert habe, lassen sich bei einigem guten Willen verwirklichen. Jede andere Stadt ist bemüht, in die Wirtschaft, in die Betriebe auch echt etwas hineinzustecken. Ich weiß, daß die Mittel für BMW, für die Lehrwerkstätte usw. auch notwendig waren. Trotzdem kommen sie ja in vielfältiger Weise wieder zurück. 3 Prozent dieser Steueraufkommen sind, glaube ich, wirklich nicht zu viel.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag. Als nächsten Redner rufe ich auf Kollegen Steinmaßl.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich will in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde nicht allzu lange am Rednerpult bleiben, aber ich habe doch einige Bemerkungen zu den Aussagen unseres Vizebürgermeisters Holub zu machen.

Die Anschuldigung bezüglich der Körperschaftssteuer mit runden 3,5 Millionen

Schilling muß ich zurückweisen insoferne, als bei Erstellung des Wirtschaftsplanes 1990 diese Steuer noch zu berücksichtigen war. Erst nach langwierigen Verhandlungen unserer Geschäftsführung der Stadtwerke mit dem Finanzministerium ist klar gewesen, daß es diese Körperschaftssteuer für die Stadtwerke gab. Das wäre eines. Eine Korrektur war zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr möglich.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das verstehe ich zwar nicht, aber bitte.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Ich kann nicht mehr sagen, als daß es zeitlich nicht mehr möglich war.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Geschrieben ist geschrieben!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Das ist nicht wahr, aber es war einfach nicht mehr möglich, weil es zeitlich nicht mehr möglich war.

Zum Zweiten bezüglich Deiner Vorhaltungen, daß es keinen Investitionsplan für die Gasversorgung der ganzen Stadt gäbe, muß ich vielleicht folgendes sagen. Es liegen im Investitionsplan 1990 detailliert vom Gaswerk die Leistungen vor, die erbracht werden sollen. Ich darf einige kurz erwähnen. Abgesehen von den Erneuerungen, die notwendig sind in verschiedenen Straßenzügen und auch kanalbedingte Erneuerungen und Hausanschlüsse, sind als neue Erdgasaufschließungen folgende Stadtteile zu erwähnen: Die Erdgasaufschließung Münchenholz als 3. Teil, die Aufschließung der Gründbergsiedlung als 1. Teil, die Leitungsaufschließung bezüglich des FAZAT-Gebäudes. Dann sind Niederdruckleitungen, auch kanalbedingt, zum Bau des Steinwändweges und außerdem gibt es verschiedene Reduzierstationen, die technisch unbedingt notwendig sind, zu erstellen, so daß die Investitionen im kommenden Jahr runde 15,800.000 Schilling ausmachen. Dasselbe kann man auch sagen, was das Wasserwerk anbelangt, daß auch hier im Wirtschafts- und Investitionsplan das Rohrnetz detailliert aufgeschlüsselt ist und insgesamt - ich kann es mir ersparen, das anzuführen, weil das ja jeder bekommen hat - somit runde 4,8 Millionen Schilling investiert werden.

Das wäre zu Dir, lieber Freund Vizebürgermeister Holub. Zu Deinem Namenskollegen möchte ich folgendes sagen. Die Behauptung, daß dieser Taxi-Innungsmeister um 19 Uhr bei den Stadtwerken gewesen wäre, ist unrichtig, denn ich selbst war auch dort im Beisein von Ing. Wein und Direktor Riedler und wir haben bis 19.30 Uhr gewartet und dann ist es mir auch zu fad geworden. Das ist ein Desinteresse dieser Taxler.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Der hat auf jeden Fall nicht hinein gekonnt.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Da gibt es ja eine Glocke und wenn er die nicht sieht, hat er eigentlich keine Berechtigung, daß er Taxifahrer ist.
Bezüglich das Anruftaxisystems darf ich eines sagen, daß meines Erachtens der Bedarf in Steyr nicht so groß sein wird, daß die Taxler auch zufrieden sind mit den Aufträgen. Es ist so, daß eine kleine Stadt vergleichsweise weniger Leute hat, die - ich möchte fast sagen, zu den unmöglichen Zeiten, wo kein städtischer Bus mehr fährt - ein solches Taxi in Anspruch nehmen.
Kollegen Tremml kann ich beipflichten, die Ausdehnung der Linien wäre sehr schön,

aber es ist natürlich auch die finanzielle Angelegenheit entscheidend, auf die kommt es ja an. Du hast gesagt, als flankierende Maßnahme wäre zur Einschränkung des Individualverkehrs es unbedingt notwendig, daß eine Vergebührung der Auto-parkplätze so bald wie möglich stattfinden muß.

Ich glaube, das wäre in Kürze so ziemlich alles, was ich zu den Ausführungen von den beiden Herren Holub sagen wollte und auch zu Kollegen Treml.

Abschließend darf ich den Dank an alle Mitarbeiter in den Stadtwerken und auch an die Geschäftsleitung aussprechen für die im nun zu Ende gehenden Jahr geleistete Arbeit, im Dienste der Bürger unserer Stadt. Ich darf Ihnen und Ihren Angehörigen ein friedvolles Weihnachtsfest wünschen und für den Jahreswechsel einen guten Rutsch.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Steinmaßl. Nächster ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wie ein roter Faden ziehen sich verschiedene Themen, Schwerpunkte des Budgets durch alle Diskussionsbeiträge. Ob dies Betriebsansiedlungen sind, Arbeitsplätze, Umwelt, Wohnungen, Verkehr, Soziales, unser Altersheim oder die Städtischen Unternehmungen. Natürlich je nach politischer oder persönlicher Meinung mit gewissen Prioritäten.

Aber eines darf ich hier feststellen, wir haben gemeinsam die Probleme erkannt.

Über die Lösung der Probleme sind wir noch vielfach unterschiedlicher Auffassung.

Vor allem - und ich möchte gar nicht jemanden hier beschuldigen oder kritisieren

- müssen wir eines lernen, daß wir die Probleme von heute nicht mit Methoden von vorgestern lösen können.

Daher müssen wir - ich beginne bei mir und bei meiner

Fraktion selbst - bei verschiedenen Lösungsansätzen umdenken, unsere persönliche

Meinung und auch unser parteipolitisches Denken zurückstellen. Dann werden wir,

meine Damen und Herren, Lösungen für die Bürger unserer Stadt erarbeiten. Dann

werden wir mit den besten Ideen dem Bürger dienen. Und wenn uns das bewußt wird

und ist, dann sind wir der Lösung unserer wichtigsten Probleme ein ganzes Stück

näher gekommen. Ich darf hier einige, wenn Sie wollen, unkonventionelle Gedanken

zu einigen Problemen vorbringen.

Betriebsansiedlung, Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, haben wir uns schon

einmal der Mühe unterzogen, wieviele Arbeitsplätze mit welchem riesigem Aufwand

durch die Stadt in den letzten Jahren und Betriebsansiedlungen in Steyr getätigt

wurden? Und wieviele Arbeitsplätze gleichzeitig und Betriebe in der gleichen Zeit

von Steyr weggezogen sind und verloren gegangen sind? Sie werden mir bestätigen,

daß unter dem Strich für Steyr eine negative Bilanz dabei herauskommen wird. Ist

es dann richtig, wenn wir heute, morgen und auch gestern sagen, wir müssen die

letzten Grundreserven, die es in Steyr noch gibt, ankaufen und gleichzeitig untätig

zuschauen, wie immer mehr Betriebe von Steyr wegziehen? Ein Beispiel dafür. Wir

haben uns - das sei objektiverweise festgestellt - als Gemeinde aus der Feder des

Bürgermeisters bei der Steyr-Daimler-Puch AG zur Wehr gesetzt gegen die Übersied-

lung ganzer Betriebe. Wissen Sie, meine Damen und Herren, daß in den nächsten Mo-

naten, im nächsten Jahr, aus Steyr etwa 200 Arbeitsplätze nach Valentin übersiedeln

werden? Das ist die Steyr-Landtechnik, die etwa 100 Mitarbeiter nach Valentin mit-

zieht und das sind 100 Mitarbeiter - das ist nicht meine Aussage, das können Sie

nachlesen in Aussendungen der Steyr-Daimler-Puch AG - bei der neuen Mono-Block-Ge-

sellschaft, die den sogenannten M1-Diesel produziert. Das ist der Beginn. Und über-

legen Sie, mit wieviel finanziellem Aufwand und persönlichem Einsatz hier Arbeits-

plätze mit 3, 5, 10 neu geschaffen werden. Da müssen wir den Hebel ansetzen und gemeinsam versuchen, die Verringerung der Betriebe hier in Steyr zu vermeiden und vielleicht auch mit Förderungen den Erhalt dieser Betriebe zu versuchen. Denn das Geld hat bekannterweise kein Mascherl und mir ist es lieber, wenn wir Betriebe hier haben, die Gewähr bieten, daß sie sich weiterentwickeln, bevor wir feststellen müssen, daß wir manche Betriebe hier hergebracht haben, die nur von kurzem Bestand waren.

Das ist ein Thema. Ich darf aber auch zur Umwelt einiges sagen.

Es wurde kritisiert, daß eine Budgetpost im Umweltbereich nicht ausgeschöpft wurde. Das mag schon sein. Ich glaube, ich weiß, um welche Post es sich hier handelt.

Das ist nicht eine Post, die wir vergessen haben auszugeben, weil wir keine Probleme hätten oder nichts auszugeben hätten. Ich behaupte, daß wir sogar im Budgetbereich Umwelt wesentlich mehr ausgegeben haben, als im Budget vorgesehen war im Voranschlag, daß wir aber insgesamt, meine Damen und Herren, - darauf hat der Herr Bürgermeister schon hingewiesen - jährlich zig Millionen für Umwelt und Umweltschutz ausgeben, denn nicht nur eine Säuberungsaktion kostet Geld, eine Baumpflanzaktion ist bereits umfassender Umweltschutz, sondern Kanal, Entsorgung, Versorgung, Wasser, Luft. Auch das ist, glaube ich, Umwelt und darüber sind wir uns doch einig. Wir sollten daher nicht immer versuchen, aus kleinen Ansätzen heraus, die durchaus positiv verstanden werden - das möchte ich als keine persönliche Kritik anbringen - einmal das Große sehen und versuchen, aus dem Großen heraus uns selbst Rede und Antwort geben, haben wir etwas zuwege gebracht, können wir mehr tun und wie können wir es besser tun.

Das nächste Thema Wohnungen. Kollege Holub hat gemeint und ich bin da absolut nicht im Widerspruch, man sollte, bevor man die letzten Gründe in Steyr verbaut, sich fragen, ob es nicht besser wäre, einen Hausbestand, der erhaltungswürdig ist - nicht um jeden Preis - versuchen zu revitalisieren. Einverstanden, aber beide müssen wir hier wahrscheinlich unsere traditionelle Denkweise etwas ablegen. Ich meine, ja es stehen in Steyr beispielsweise in der Kirchengasse fast ganze Häuser leer und nicht wenige, wie ich aus einer Erhebung weiß. Aber dann bitte auch nicht mit öffentlichen Beiträgen zu spekulieren, sondern um echten Wohnraum für die Bevölkerung in Steyr zu schaffen, nicht persönliche Spekulationsobjekte schaffen. Das müssen wir auch dann gemeinsam machen. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß der soziale Wohnbau seine Berechtigung hat. Aber auch dann den sozialen Wohnbau für jene zur Verfügung stellen, die ihn bitter notwendig haben. Auch das sollten wir ungesam vornehmen.

Vielleicht noch ein Thema, Altersheim, Soziales. Ich möchte keinem unserer Mitarbeiter im Magistrat nahetreten, aber ich glaube, daß wir uns über eines zukünftig mehr als bisher im klaren sein müssen, daß wir unsere Einrichtungen nicht nur verwalten, auch gut verwalten können, sondern auch betriebswirtschaftlich betrachten müssen. Ich verstehe im Altersheim eine betriebswirtschaftliche Betrachtung unter dem Aspekt, daß wir die optimale Betreuung für unsere Insassen zu gewährleisten haben, daß wir aber sehr wohl zu prüfen haben, ob wir über das Verwalten hinaus nicht noch andere Kriterien zu beachten haben, die uns weniger Geld kosten als bisher und gleichzeitig den Standard im Altersheim verbessern. Das müssen wir uns gemeinsam vornehmen.

Ein Letztes noch, ohne hier Gefahr zu laufen, zu lange zu reden, unsere Städtischen Unternehmungen. Wir reden seit Jahren, sind unzufrieden, weil uns hier verschiedene Vorgänge nicht passen. Einmal der, einmal jener und da oder dort gemeinsam. Gehen wir dazu über, meine Damen und Herren - ich bin sicher ein gebranntes Kind in dieser Frage - und versuchen wir doch einmal, von Betriebsberatern unsere Einrichtungen durchleuchten zu lassen, ob es nicht bessere Möglichkeiten gibt,

das eine oder andere, den einen oder anderen Betrieb besser zu führen, ohne deswegen - das habe ich vorhin schon gesagt - jemandem den Vorwurf zu machen, daß er es schlecht macht. Wir wollen keine persönliche oder parteipolitische Kritik üben, sondern nehmen wir zur Kenntnis, daß innerhalb von 4 Jahrzehnten sich die Verhältnisse geändert haben, meine Damen und Herren. Wenn wir das können, dann glaube ich, werden wir auch zu einer Lösung kommen, wo wirklich der Mensch, der Bürger unserer Stadt uns unsere Stadt im Mittelpunkt steht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen sehr positiven Beitrag. Kollege Spöck ist der Nächste.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ich will mich kurz fassen, werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, möchte aber nun schon zum 3. Mal anlässlich einer Budgetsitzung darauf hinweisen, daß wir gerade hier im Gemeinderat bei allen unseren Entscheidungen, sei es die Wohnungsvergabe, seien es die Tarife, die Eintrittspreise usw., familienfreundlich zu entscheiden haben. Es ärgert immer wieder zu recht sehr viele Steyrer Familien, daß z. B. trotz viel Gerede über soziale Politik die Steyrer Stadtväter nicht daran denken, ein Großteil der Steyrer Stadtväter leider nicht daran denkt, endlich in den städtischen Kindergärten einen Halbtags- tarif, einen sogenannten Schnuppertarif, einzuführen. Denn überwiegend die Kindergartenanfänger zahlen den Höchstarif, obwohl sie den Kindergarten entweder nur vormittags, nachmittags oder gar nur stundenweise besuchen. Es wäre auch beim Kindergarten überlegenswert, wie ich es bereits beim diplomierten Personal im Altersheim gefordert habe, Halbtagskräfte als familienfördernde Maßnahme für die Bediensteten, für die weiblichen Bediensteten des Magistrates, einzustellen. Aber nicht nur im Kindergarten. In der gesamten städtischen Hoheitsverwaltung könnten meiner Meinung nach mehr Halbtagskräfte eingestellt werden. Daß das geht sieht man auch im Bereich des oberösterreichischen Landesdienstes, wo bereits mehr als 1.800 Teilzeitarbeitsplätze geschaffen worden sind. Das sind mehr als 12 Prozent aller Dienstposten beim Land Oberösterreich.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wenn man liest und hört von Wohnungssuchenden, die sich um eine Wohnung bemühen. Hier, Kollege Stadtrat Pimsl, könnten wir sicherlich umdenken, wäre unser am 17. Mai 1988 eingebrachter Antrag über die Richtlinien für eine objektive Wohnungsvergabe von Gemeindewohnungen angenommen worden. Es gäbe solche Fälle jetzt nicht. Durch diese Richtlinien, die als Beratungs- bzw. Verhandlungsmodell dienen sollten, wäre die Wohnungsvergabe sicherlich gerechter, durchschaubarer und damit auch verständlicher für den Wohnungswerber geworden. Daher bei dieser Gelegenheit nochmals die Forderung an die sozialistische Fraktion, bzw. das Ersuchen an die sozialistische Fraktion, da sich die Situation der Wohnungssuchenden seither sicherlich nicht verändert hat und es gerade bei der Wohnungsvergabe nicht auf das Parteibuch ankommen sollte, nochmals über Wohnungsvergabemodell zu verhandeln.

Zum Thema Stadtwerke-Verkehrsbetriebe wurde bereits heute und in der letzten Gemeinderatsitzung viel gesprochen, es kam dabei zu heißen Debatten. Kollege Vizebürgermeister Karl Holub sprach bei der letzten Gemeinderatsitzung von einem Aufschrei der Gedankenlosigkeit bei den Stadtwerken. In meinen Augen auch gerechtfertigt. Wenn man gehört hat von der Verlusterhöhung von runden 37 Prozent, ein Umsatzrückgang, der Zahlungsbereitschaft usw. Einsparungen und damit auch die Verbesserung der Zahlungsbereitschaft, das darf auch bei den Verkehrsbetrieben, - wie auch heute schon richtig gesagt worden ist - nicht über den Fahrpreis bzw. der Verschlechterung des Angebotes gehen. Das wäre vielleicht im Augenblick zwar

der einfachste, aber auch sicherlich der nutzloseste und schlechteste Weg. Ich finde den Vorschlag von Kollegen Stadtrat Pimsl bezüglich Betriebsberater sicherlich gerechtfertigt und das könnte ich mir auch vorstellen.

Es sind aber auch im Gemeinderat, wie Stadtrat Pimsl richtig gesagt hat, in der Vergangenheit einige sehr gute Vorschläge hier zur Frequenzsteigerung gefallen. Ich erinnere, von der besseren Werbung - Kollege Treml - Umsteigtarife für Autofahrer, Versuch des park and ride-Systems, Überdenkung der Linienführung, Familientarif. Die Bestätigung haben wir heute bekommen von unserem Bürgermeister Schwarz bezüglich der Samstage, wo ein ermäßigter Tarif war und die Frequenzsteigerung auf jeden Fall hier gegeben war. Oder der heute schon und auch in der letzten Sitzung angesprochene Verkehrsverbund. In Linz hat sich halt Generaldirektor Dr. Draxler von der ESG selbst das Ziel gesetzt, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten. Einen Beitrag dazu bildet der Linzer Verkehrsverbund, der durch den großen Verkehrsverbund ergänzt werden soll, das heißt, seit 1. 1. 1990 sind in den Verkehrsverbund alle Regionalbuslinien integriert. Die 2. Stufe sieht die Schaffung einer Kernzone und eines Einzelfahrscheines vor. Oder in anderen Städten - Kollege Holub hat das anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung betont - wie z. B. in Wien gilt das Motto "Nerven sparen, Umwelt schützen, Bus benützen" und wird auch tatsächlich umgesetzt. Es ist dort nicht nur ein Lippenbekenntnis. Beim Tarifsystem wurden z. B. die übertragbaren Monatsnetzkarten geschaffen, die interessant sind für Betriebe und Großfamilien. Ebenso gibt es eine 8-Tage-Umweltstreifenkarte und und und. Es gibt also für jeden das richtige Angebot. Natürlich gibt es auch in Wien einen Verkehrsverbund mit einem einheitlichen Tarif und einheitlichen Fahrausweisen. Im November 1985 haben wir hier erstmals im Gemeinderat über dieses Problem gesprochen und waren uns auch einig, alle Fraktionen, über die Wichtigkeit des Verkehrsverbundes. November 1985.

Sammeltaxis, darüber wurde in der letzten Sitzung und auch heute schon gesprochen. In Linz hat sich der Sammeltaxiverkehr bewährt. Das sieht man an der Schaffung von drei weiteren Stellen und ich bin auch der Meinung, es wird auch in Steyr gehen. Man muß es nur versuchen.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, abschließend noch zum Thema öffentliche Verkehrsmittel, auch zum wiederholten Mal. Zum wiederholten Mal ein Ersuchen an die Betriebsleitung der Stadtwerke, die diversen Anregungen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, niedergeschrieben im Aktenvermerk der Betriebsleitung vom 24. April 1987 mit den diversen Änderungen Linienführung usw., zu verwirklichen. Auch möchte ich die Forderung von Kollegen Holub, die heute aufgestellte Forderung, nochmals unterstützen, eine Arbeitsgruppe aller Fraktionen zur Lösung gerade dieser Probleme extra zu schaffen.

Leider noch immer nicht erfüllt im Sinne einer Familienfreundlichkeit ist die Forderung um einen 50 %igen Nachlaß der Eintrittspreise für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdienner in Uniform sowie Arbeitslose im Alten und Neuen Theater unter gleichzeitiger Einführung des stand-by-Tarifes. Gerade in Ermangelung der Stehplätze in den Steyrer Theatern sollte es doch möglich sein, besondere Begünstigungen für jugendliche Theaterbesucher anders zu gewähren, in Form eines stand-by-Tarifes, wie es schon genügend in anderen Städten gibt. Gewisse Zeit vor Beginn der Vorstellung werden die übriggebliebenen Karten zu einem Billigtarif abgegeben. Wenn dies nicht schon aus sozialen oder wichtigen kulturfördernden Gesichtspunkten geschehen kann, so ist eine verkaufte Karte noch immer besser als keine verkaufte Karte.

Anlässlich der Aktuellen Stude am 18. September 1986 habe ich darauf hingewiesen, daß durch die Erweiterung des Bewegungsraumes des Hortes im Resthof und der damit verbundenen Schließung der Bücherei ein Ersatz für diese geschaffen werden muß.

September 1986. Bis jetzt ist noch nichts geschehen.

Apropos Hort. Dringst erneuerungsbedürftig wäre meiner Meinung nach auch die Klosettanlage beim Hort in der Wokralstraße. Nach meinen Informationen stehen für 117 Kinder und 11 Bedienstete insgesamt 3 Klosetts zur Verfügung. Nicht nur, daß die WC mit PVC-Böden und Ölfarben statt Verfliesung ausgestattet sind, also nicht einmal einer Mindest-Standard-Ausführung entsprechen. Es liegt ja vor allem auch ein Gesetzesauftrag vor, der nicht erfüllt ist, nämlich die Verordnung vom 9. April 1974 laut Landesgesetzblatt, betreffend die bauliche Gestaltung von Kindergärten und Horten. Im § 14 besagt diese, daß für jeweils 15 Kinder eine Klosettnische vorhanden sein muß. Für das Personal sind noch zusätzliche eigene sanitäre Anlagen vorzusehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mir ist schon klar, daß wir nicht übermütig werden dürfen. Ich habe bereits anlässlich des Nachtragsvoranschlages darauf hingewiesen auf die Ausgabensteigerung. Wie wir auch heute gehört haben, Kanalbau, Straßenbau usw. Aber für gewisse Ausgaben zum Wohle der Familien soll es halt so wenig wie möglich in meinen Augen Beschränkungen geben.

Abschließend noch ein paar Worte zu der von Kollegen Tremml angesprochenen Altölverbrennungsanlage am Tabor. Ich bin auch ein Taborbewohner. Ich bin auch der Meinung, daß es richtig war, das 3 Monate auszusetzen, um genauere Informationen zu bekommen. Soweit ich mich informiert habe, ist mit Jänner 1989 ein neues Altölgesetz in Kraft getreten. Das alte Gesetz ist ungeformt worden bzw. wurden neue Bestimmungen geschaffen. Die Steyr-Service- Handels- und Service GesmbH hat im Februar 1989 angesucht um den Einbau einer neuen Filteranlage - bis jetzt war keine Filteranlage - aufgrund dieses neuen Gesetzes. Es war angeblich kein geeigneter Gutachter greifbar, so kam es erst zur Verhandlung bzw. zur Projektvorstellung am 6. November 1989.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe voll die Sorgen der Anrainer, insbesondere da noch nicht geklärt ist, ist die Anlage nur für den Eigenbedarf oder soll hier eine Altölverbrennungsanlage größeren Umfanges mitten in einem Wohngebiet neu entstehen. Ich finde daher diese Nachdenkpause im Interesse der Bewohner gut und hoffe, daß gemeinsam mit den Anrainern eine Lösung gefunden wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck. Frau Gemeinderat Christine Wieser ist die Nächste.

GEMEINDERAT CHRISTINE WIESER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Voranschlag 1990 finden wir im ordentlichen Haushalt im Abschnitt Maßnahmen für Behindertenhilfe Ausgaben von 10,5 Millionen Schilling budgetiert. Davon sind allerdings 10 Millionen an Transferzahlung an das Land Oberösterreich zu zahlen. Im außerordentlichen Haushalt ist leider nicht einmal das Wort Behindertenhilfe zu finden. Das heißt, es sind auch keinerlei Mittel für die Errichtung einer geschützten Werkstätte in Steyr vorgesehen. Aber wie Du, Herr Bürgermeister, bereits erwähnt hast, sind mit dem Land Verhandlungen im Gange. Den Vorschlag, die geschützte Werkstätte vom FAZAT zu trennen, hat die ÖVP-Fraktion schon einige Male gemacht und ich freue mich, daß dies, wie es jetzt aussieht, auch realisiert wird.

Die Stadt wird allein für das FAZAT noch tief in den Subventionstopf greifen müssen. Im heurigen Jahr waren das für Baukosten, Büroeinrichtung und Personalkosten 5 Millionen Schilling. Im nächsten Jahr sind 2 Millionen Schilling veranschlagt, bei denen es aber sicher nicht bleiben wird. Dazu kommen noch 5,5 Millionen für Baukosten, die aber von Bund und Land ersetzt werden.

Aber gestatten Sie mir noch einige Worte zur Behindertenwerkstätte.

Nach dem Besuch einer geschützten Werkstätte in Linz im Oktober 1988 war man einhellig der Meinung, daß die Errichtung einer behinderten Werkstätte auch in Steyr dringend notwendig wäre. Diese Notwendigkeit läßt sich anhand von einigen Zahlen noch bekräftigen. Rund 400 behinderte Personen sind beim Arbeitsamt Steyr arbeitslos gemeldet. Davon sind etwa 40 Prozent sehr schwer vermittelbar und länger als 1 Jahr arbeitslos. Ich glaube deshalb, daß man der Errichtung einer geschützten Werkstätte, abgekoppelt vom FAZAT, den Vorrang geben sollte.

Insgesamt wendet die Stadt Steyr rund 150 Millionen Schilling für die sozialen Belange auf. Die Summe auf der Einnahmenseite beträgt runde 68 Millionen Schilling. Und doch sind immer wieder Verbesserungen bei Sozialeinrichtungen notwendig. Eine davon wäre die Unterstützung der Aktion "Essen auf Rädern" durch die Ausgabe von Verbilligungsgutscheinen für Gasthausmenüs. Eine weitere notwendige Unterstützung für behinderte und alleinstehende Senioren wäre eine Beihilfe zum Notruf- und drahtlosen Telefon. Aber immer mit der Beachtung der sozialen Bedürftigkeit. Da es nicht unbedingt notwendig ist, jene genau so zu unterstützen, die 20.000 Schilling Pension beziehen, wie jene, die vielleicht von S 7.000,- leben müssen. Diesen Vorschlag, Einkommensgrenzen zu berücksichtigen, hat Ihnen die ÖVP-Fraktion auch für die Ausgabe der Seniorenpässe schon mehrmals gemacht. Leider ohne Erfolg.

Ein ähnliches Mißverhältnis an Einnahmen und Ausgaben wie bei den Sozialbelangen besteht bei der Sportförderung. Die Erhaltung und Ausstattung von Sportanlagen und -plätzen verschlingt jährlich rund 15 Millionen Schilling. An Subventionen für Steyrer Sportvereine wurden im Jahr 1989 2,4 Millionen Schilling gewährt. Diesen Ausgaben stehen effektive Einnahmen von 2,5 Millionen Schilling gegenüber. Die Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn betragen jährlich rund 5,5 Millionen Schilling. 25 Millionen Schilling soll die Renovierung und Sanierung der Stadtbadanlage kosten. Die Kosten für die Erhaltung von Sportanlagen kann der Stadt niemand abnehmen. Ich glaube aber, daß man manchmal bei der Verteilung von Subventionen an die Vereine und an privat geführte Sportanlagen doch relativ großzügig ist.

Soziale und karitative Vereine wurden im heurigen Jahr mit 1,2 Millionen gefördert, kulturelle und sonstige Vereine erhielten 2,4 Millionen Schilling an Subventionen. Wenn man versucht, bei den außerordentlichen Subventionen etwas einzusparen, wirklich große Summen kann man damit sicherlich nicht einsparen. Aber es wäre vielleicht möglich, z. B. wenigstens die Aktion "Essen auf Rädern" wieder ein wenig mehr zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Dir Kollegin Wieser für Deinen Beitrag. Als vorläufig letzter Debattenredner ist Kollege Hochrathar gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch heuer möchte ich mich in meinem Beitrag wieder mit den Kapiteln Straßenbau, Verkehrskonzept und Umweltschutz befassen. Diese Bereiche sind aber so umfangreich, und es wurde heute schon so vieles gesagt, daß mein Beitrag auch nur als Streifzug durch diese Themenkreise angesehen werden kann.

1989 waren im Voranschlag für die Erhaltung und den Ausbau des Straßennetzes insgesamt 48 Millionen Schilling vorgesehen, 1990 findet man 46 Millionen Schilling vor, also 2 Millionen Schilling weniger. Von den 22 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt müssen bereits 9 Millionen Schilling für den Zinsendienst von aufgenommenen Darlehen aufgewendet werden. Es ist daher für mich durchaus verständlich, wenn angesichts der Finanzlage unserer Stadt am Sektor Straßenbau

der Sparstift angesetzt wird. Daß aber diesem Sparstift auch heuer wieder alle unsere Vorschläge von der ÖVP-Fraktion zum Opfer gefallen sind, bedrückt mich doch ein wenig. Wir haben nämlich keinen Ausbau und keine Straßenverbreiterung verlangt, um dadurch Rennstrecken im Stadtgebiet zu schaffen, sondern nur Instandsetzungen gefordert, wo wir der Meinung waren, es könnte ein Beitrag zur flüssigeren Verkehrsabwicklung oder eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für Autofahrer oder Fußgänger erreicht werden.

Ich möchte nicht alle unsere Vorschläge aufzählen, viele wurden schon genannt, auch Kollege Tremml hat schon einen Großteil der auch von uns vorgeschlagenen angeführt.

Ganz kurz, die Umgestaltung Ennser- und Ulricher Knoten könnte viel zur Verkehrsflüssigmachung beitragen. Auch die Nordspangenerrichtung möchte ich nurbeispielhaft anführen, und zwar fordere ich in diesem Zusammenhang auch die Überlegung, ob man nicht doch die neue Umfahrungsstraße Nordspange doch weiterführen soll bis zur Voralpenbundesstraße. Ich denke da im besonderen an die Großbetriebe BMW und auch an die Betriebe, die im Bereich Hinterberg jetzt neu angesiedelt werden. Das wäre der kürzeste Anschluß zur Westautobahn, zur Auffahrt Haag. Daher bitte, wenn es möglich ist, auch das in die Überlegungen einzubeziehen, damit der Schwerverkehr nicht wieder in den innerstädtischen Bereich fahren muß, um zur Westautobahn Richtung Wien zu kommen.

Die meisten unserer Anregungen wären sicherlich bei gutem Willen mit geringem finanziellem Aufwand zur verwirklichen. Ich bin aber doch zuversichtlich, denn wenn die finanziellen Beiträge in unserer Stadtkasse der Alkoholsünder, notorischen Schnellfahrer, Falschparker, weiterhin so rasant ansteigen - laut Voranschlag für 1990 werden nämlich Mehreinnahmen in der Höhe von 3 Millionen Schilling an Strafgeldern erwartet - so werden sicher auch bald die Mittel gefunden werden, um unsere Wünsche zu realisieren.

Zum Thema öffentlicher Verkehr wurde heute auch schon sehr viel gesagt. Ich möchte nur erinnern Wartehäuschen bei den Haltestellen Ennser Straße stadtauswärts, in Gleink schon vielfach gefordert, wartet noch immer auf Realisierung. Posthofstraße, Schwimmschulstraße. Wehrgrabengasse beim Pensionistenheim, um nur einige in Erinnerung zu rufen.

Ebenfalls mehrfach gefordert wurde schon ein Mehrfahrentarif-System, Einführung Schüler- und Lehrlingsnetzkarte, um ein paar Beispiele anzuziehen. In diesem Zusammenhang erwarte ich mir auch von dem neu zu erstellenden Verkehrskonzept, oder vom in Auftrag gegebenen Verkehrskonzept eine echte Entscheidungshilfe, was das in den Griff bekommen des fließenden, ruhenden und auch des öffentlichen Verkehrs anlangt. Es ist nämlich zur Zeit so, daß auch ich der Meinung bin, der Individualverkehr muß in unserer Stadt unbedingt zurückgedrängt werden zugunsten des öffentlichen Verkehrs. Es ist aber eine Attraktivitätssteigerung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln mit einer geänderten Linienführung, mit neuen aber nicht höheren Tarifen, der Einführung von City-Bussen und ebenfalls von Anruf- und Sammeltaxis und dergleichen erforderlich. Was nützt der schönste Großraumbus, wenn er nicht zu der Zeit, zu der ich will, an den Ort fährt, zu dem ich muß. Gerade in den Randgebieten ist man in diesen Situationen immer wieder auf den privaten Pkw angewiesen. Mit der Einführung dieser Sammel-Taxis, die heute vielfach schon genannt wurden und die sich in Linz laut einem Bericht in einer heutigen Tageszeitung immer größerer Beliebtheit erfreuen und deren Ansturm offensichtlich nicht zu bremsen ist, könnte hier eine Verbesserung geschaffen werden.

Zum Thema Verkehr muß auch erwähnt werden die derzeitige Situation um den Stadtplatz. Es ist dies als tragisches Schauspiel zu bezeichnen, was sich dort täglich abspielt. Fußgänger hüpfen zum Teil wie die Hasen durch die Reihe von vorbeibrausenden Autos, wenn sie von einer Stadtplatzseite zur anderen wollen. Autos fahren bis zu 4 Spuren

nebeneinander und Fahrzeuge sind kreuz und quer abgestellt. Kurzum derzeit ist das perfekte Chaos. Es ist daher höchste Zeit, daß die Umbauarbeiten am Stadtplatz zu Ende gehen, damit eine für alle klar erkennbare Verkehrsregelung Platz greifen kann. Es ist dabei auch unbedingt die Unterbindung des Durchzugsverkehrs in Betracht zu ziehen, wenn wir nicht weiterhin die Hasenjagd am Stadtplatz wollen. Ein Problem, das mir sehr am Herzen liegt, will ich ebenfalls noch kurz streifen. Es ist das die Flut an Verkehrszeichen und Ankündigungstafeln in Steyr. Bei der letzten Gemeinderatsitzung hat mir Stadtrat Sablik geantwortet, er glaubt, nicht alle diese Tafeln sind behördlich genehmigt. Ich fordere daher eine Überprüfung und damit sicher verbundene Entfernung nicht genehmigter Ankündigungstafeln, damit ein bißchen Licht in diesen dunklen Schilderwald kommt. Auch die Verkehrszeichenflut gehört überprüft. Viele Ge- und Verbote sind von Verkehrsteilnehmern kaum mehr wahrnehmbar und ich trete auch hier für die Durchforstung ein.

Ganz kurz noch ein paar Gedanken zum Umweltschutz. Darüber wurde ja hier schon sehr viel gesagt. Im Amtsblatt für November wurde an alle Steyrer Haushalte eine sogenannte Müllfibel versandt, in der Anregungen für die Entsorgung von wiederverwertbaren Altstoffen weitergegeben werden. Zu dieser sicherlich wertvollen Anleitung hätte ich mir aber gewünscht und ich habe hier ein Muster mitgenommen, auch einen Plan mit den einzelnen Standorten der entsprechenden Container. Die Stadt Traun hat das in einer Aussendung mit Stadtplan so gemacht. Ich glaube, das wäre auch für Steyr empfehlenswert, denn es ist nicht sehr erbauend, wenn man mit gesammelten Kartons, mit gesammelten Alu-Dosen zu einem Sammelplatz kommt, und dort ist der entsprechende Behälter nicht vorhanden. Überhaupt erscheint mir beim Umweltschutz eine ständige und regelmäßige Information der Bürger notwendig, um das entsprechende Problembewußtsein zu erwecken und eine hohe Mitmachbereitschaft zu erreichen. Das Problem beginnt nämlich nicht mit dem Wegwerfen, sondern es beginnt schon dort, wo die Dinge gekauft oder produziert werden, die später zu Müll oder gar Problemmüll werden. Die Abfallvermeidung, also woher kommt der Müll, wie kann ich ihn verringern oder gar vermeiden, muß daher das vordringlichste Problem sein. Schon allein durch umweltbewußtes Einkaufen kann jeder Einzelne aktiven Umweltschutz betreiben. Indem man Produkte fördert, bei denen wenig Verpackungsmaterial anfällt. Rund die Hälfte des anfallenden Hausmülls besteht heute aus Verpackungsmaterial, davon sind 40 Prozent Papier und Pappe, 30 Prozent Kunststoff und 16 Prozent Glas. Der Anteil des Verpackungsmülls am Hausmüll hat allein seit 1960 um 320 Prozent zugenommen. Es ist daher höchst an der Zeit, daß dieser Verpackungsluxus eingedämmt wird. Weiters kann eine gezielte Mülltrennung ebenfalls schon im Haushalt zu einer Reduzierung des Müllberges beitragen. Durch das Aufstellen von sogenannten grünen Mülltonnen für den wiederverwertbaren Müll bei unseren Wohnbauten kann der Müllanfall auf der Deponie sicher verringert werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Müllberges - davon konnte ich mich vergangene Woche überzeugen - leistet die Firma Bittner mit ihrer Müllsortieranlage. Holz, Glas, Papier, Kunststoff, Eisen und dergleichen werden dort heraussortiert und größtenteils einer Wiederverwertung zugeführt. Für die Ablagerung des restlichen nicht verwertbaren Mülls auf unserer Deponie muß die Firma Bittner jedoch den gleichen Preis bezahlen wie Müllabfuhrunternehmen, die unsortierten Müll auf unsere Deponie einbringen. Dabei ist die Sortieranlage der Firma Bittner bei weitem nicht ausgelastet. Das heißt, Herr Bittner könnte mehr Müll sortieren als durch sein Unternehmen derzeit entsorgt wird. Es erscheint mir daher überlegenswert, ob nicht die Lagerung unsortierten Mülls auf unserer Deponie mit einem höheren Preis belegt werden soll, oder ob nicht gar der gesamte Anfall an sortierbarem Müll über die Anlage der Firma Bittner sortiert und somit ein Großteil einer Wiederverwertung zugeführt werden soll. Eine erhebliche Reduzierung des Müllanfalls auf unserer Deponie könnte dadurch sicher erreicht werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, das war nur ein kurzer Streifzug durch die Themen Verkehr und Umweltschutz aus der Sicht der ÖVP-Fraktion.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrather. Kollegin Stadtrat Ehrenhuber hat sich noch zu Wort gemeldet

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wollte nur ganz kurz zu dem von Kollegen Spöck angesprochenen Thema Stellung nehmen hinsichtlich Kindergärten. Ich möchte nur berichten, daß wir bereits ein Kindergartenkonzept erarbeitet und erstellt haben, welches sich mit der Sanierung bzw. Adaptierung der bestehenden Kindergärten beschäftigt. Es sind hiezu natürlich enorme Mittel erforderlich und es ist aufgrund der Budgetsituation sicherlich nicht möglich, alles sofort zu erledigen. Wir haben hier diesbezüglich eine entsprechende Reihung vorgenommen. An erster Stelle stand bei uns der Ausbau des Kindergartens Gleink und ich glaube, viele haben sich bereits überzeugen können, daß dieser Ausbau heuer bereits vorgenommen wurde, die Sanierung. Dieser Umbau ist sehr gut gelungen und ich darf wirklich sagen, es war eine Freude zu sehen, wie erstaunt Kinder und Eltern waren zu Beginn des heurigen Kindergartenjahres, wie schön gerade dieser Umbau gelungen ist. Als nächstes haben wir, wie bereits heute angeklungen ist, die Erweiterung des Kindergartens in Münichholz, Plenkberg, vor, die Sanierung und den Ausbau dieses Kindergartens und als nächstes die Sanierung der Sanitarräume in den Kindergärten Taschlried, Wokralstraße und Marxstraße. Ich wollte sagen, daß wir dies schon berücksichtigt haben und für 1990 im Budget vorgesehen haben.

Bezüglich der Halbtagskindergärten. Sie wissen ja, daß wir eigentlich Vorreiter in Steyr sind, wir haben in der Dieselstraße einen Halbtagskindergarten installiert und wir haben auch bereits für die Zukunft Überlegungen angestellt, ebenfalls Halbtagsgruppen bzw. Halbtagskindergärten zu installieren. Ich darf dazusagen, es sind dafür enorme Mittel notwendig und vor allem ist auch eine Aufstockung des Personals erforderlich.

Zur Altenbetreuung in unserem Zentralaltersheim wurde schon sehr sehr viel gesagt. Aufgrund eben der steigenden Lebenserwartung und der großen Zunahme der älteren Bevölkerung wird es notwendig sein, einerseits unser Zentralaltersheim entsprechend auszubauen bzw. entsprechende Pflegebetten zu schaffen, aber auch zusätzlich die offene Altenbetreuung entsprechend auszubauen. Zu den Halbtagskräften im Zentralaltersheim - Vizebürgermeister Wippersberger hat bereits darauf hingewiesen - kann ich sagen, wir haben beim diplomierten Personal bereits 4 Halbtagskräfte. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen eine flexiblere Arbeitszeit bei den Halbtagskräften im Altersheim. Man muß ja auch das Dienststrad berücksichtigen und es wäre sehr schwer und es würde ganz sicher eine Flexibilisierung der Halbtagskräfte im Altersheim unter Umständen zur Abwanderung unseres anderen Personals führen, vor allem zu einer Erschwernis für das Personal führen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegin Ehrenhuber. Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet und ich bitte daher Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu halten und nicht auf alle Dinge einzugehen, die heute von den Debattenrednern vorgebracht wurden.

Herr Vizebürgermeister Holub, lieber Karl, Du hast mir Ende April schriftlich Deine Wünsche, die Wünsche der ÖVP-Fraktion, zum Budget überreicht und Du schreibst in Deinem Begleitschreiben dazu wörtlich: "In Anbetracht der bekannten Finanzlage der Stadt haben wir uns wiederum Zurückhaltung auferlegt." Kollege Holub, von einer Zurückhaltung in Deinem 5 Seiten umfassenden Forderungsprogramm habe ich leider überhaupt nichts gemerkt. Genau das Gegenteil ist der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es sind aber 2 Seiten über Straßenlaternen dabei.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu den Wünschen und Forderungen seitens der Minderheitsfraktionen, insbesondere der ÖVP-Fraktion, darf ich feststellen, sie decken sich in vielen Bereichen auch mit den Wünschen und Anregungen meiner eigenen Fraktion. Ich muß aber nochmals betonen, hätte ich alle diese Wünsche und Anliegen im Budget auch nur ansatzmäßig unterbringen wollen, dann müßten wir noch weitere 100 Millionen Schilling an Krediten aufnehmen. Das wäre in Anbetracht unserer derzeitigen Finanzlage - Kollege Holub, Du wirst mir sicher recht geben - höchst verantwortungslos. Eine Darlehensaufnahme von 54 Millionen bei Kreditinstituten und 15 Millionen beim Wasserwirtschaftsfonds, wie im Budget des kommenden Jahres vorgesehen, ist ein gerade noch vertretbares Ausmaß. Ich warne davor, den Bogen zu überspannen. Geschützte Werkstätte ist von Dir und von Kollegin Wieser erwähnt worden, Wir sind ernsthaft dabei, diese geschützte Werkstätte in Kürze einer Verwirklichung zuzuführen. Auch das wird der Stadt wieder Geld kosten, denn ich weiß jetzt schon, wenn diese geschützte Wrkstätte errichtet wird, daß wieder ganz schöne Summen auch für die Stadt herankommen. Schon beim Ankauf des Gebäudes selbst. Kollege Schloßgangl, Du hast Dich direkt überschlagen, Du hast die Forderungen, die da drinnen sind, zum Großteil - überhaupt was die Wirtschaft anbelangt - heruntergelesen. Wenn ich das alles erfülle, Du hast ja noch einiges dazugegeben, die Stadt soll die Reithoffergründe kaufen, das sind ja nur 60 Millionen und die Hauptrepa kaufen wir auch, das sind höchstens 110 Millionen, die Schützenhofergründe bis zur Gleinker Hauptstraße, na was werden die kosten, vielleicht 150 oder 200 Millionen. Auf die paar Millionen wird es uns doch wirklich nicht ankommen. So ungefähr hast Du das dargelegt. Du hast gesagt die Wirtschaftsförderung. Man soll bei der Wirtschaftsförderung auch feststellen, daß wir z. B. nicht nur die 8,4 Millionen ausgeben, daß wir drüber hinaus z. B. für die neue Industrieansiedlung, die wir ermöglichen möchten in Hinterberg, also hinter dem Gußwerk II. Die erste Vorleistung 5 Millionen für das neue Jahr und im übernächsten Jahr, 1991, wird noch eine größere Summe dazu notwendig sein. Das ist ja auch eine Förderung, damit wir Betriebe herbekommen. Den Fremdenverkehr soll man verstärken. Kollege Holub, wir haben in wenigen Jahren die Ausgaben für den Fremdenverkehr, die Zuschüsse für den Fremdenverkehr mehr als verdoppelt. Ich rede jetzt gar nicht davon von den vielen anderen Summen, die versteckt im Budget drinnen sind, die man gar nicht bemerkt, die auch dem Fremdenverkehr dienen. So gewisse Sachen, die muß halt dann die Gemeinde auch noch übernehmen, obwohl es Fremdenverkehrssache wäre. Aber wir machen das, weil wir glauben, den Fremdenverkehr noch weiter ausbauen zu können. Große Fortschritte in dieser Richtung sind in der letzten Zeit erzielt worden. Der neue Fremdenverkehrsdirektor, Herr Neubaur, ist ein ausgezeichnete Mann. Kollege Spöck, familienfördernde Tarife, Kindergärten - Zuschüsse. Wir haben jetzt schon ein Defizit von voraussichtlich von 26 Millionen im nächsten Jahr. Wenn wir auf dieser Ebene weitermachen, werden es bald 30 Millionen sein.

Du hast noch etwas gesagt, wo ich Dich berichtigen muß. Du möchtest verstärkt Teilzeitbeschäftigte in der Gemeinde haben. Weißt Du wieviele Teilzeitbeschäftigte wir derzeit in der Gemeinde bereits haben?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

In der Hoheitsverwaltung?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Insgesamt sind es 115 Teilzeitbeschäftigte in der Gemeinde. Das ist eine ganz stattliche Zahl.

Verkehrstarif - Ermäßigungen, ja da würde der Verlust noch höher werden. Bücherei Resthof. Ich habe mich ebenfalls dafür verwendet, daß sie wieder geöffnet wird, aber von den Resthofbewohnern war bisher kein großer Druck dahinter. Das ist auch wieder eine Kostenverteuerung, die Leute vom Resthof gehen zum Teil lieber in die Zentralbücherei, weil dort eine noch größere Auswahl besteht. Ich bitte um Verständnis, wenn das bisher nicht realisiert worden ist.

Die Ermäßigungen im Stadttheater, die gibt es jetzt schon. Und zwar Preiskategorie II - IV, da gibt es eine 50 %ige Ermäßigung für alle Schüler. Und von 2 Herrschaften vor Dir und von noch jemandem ist gesprochen worden von der Altölverbrennungsanlage in der Hauptreparaturwerkstätte. Die Sache ist vorbei, Direktor Rockenschaub und Direktor Zeilinger haben beide bestätigt, die Sache ist gegenstandslos

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Weil sie es ohnehin verkaufen samt dem Rockenschaub.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Was die Kritik der Sportvereine und Sportplätze betrifft, die meisten Sportplätze in Steyr sind gemeindeeigene Plätze. Wenn wir da nicht laufend investieren und die Plätze herrichten, dann sind die Reparaturkosten noch höher. Das ist auch mit ein Grund.

Kollegen Hochrathar kann ich recht geben, auch mir ist es fast schon ein Übel die vielen Verkehrszeichen, die wir in Steyr haben. Aber sie stammen immer aus Anträgen seitens der Bevölkerung. Es wird, so weit wie möglich, diesen Wünschen Rechnung getragen, und so haben wir jetzt einen Schilderwald in einem großen großen Ausmaß.

Was Umweltschutz, Mülltrennung anbelangt, glaube ich, daß Steyr vorbildlich ist in ganz Österreich in dieser Sache.

Kollegen Gemeinderat Holub seitens der GAL darf ich sagen, ich verstehe das, er ist vollkommen neu und kennt sich im Budget nicht richtig aus. Ich möchte auf den Beitrag nicht näher eingehen. Nur eines muß ich schon sagen, die Nordspange zurückzustellen, das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Wir ersticken jetzt schon im Verkehr, auf der Ennstalbrücke, am Blümelhuberberg, am Nordknoten. Die Forderung der Menschen dort oben ist berechtigt, endlich etwas zu unternehmen. Nachdem wir den Verkehr nicht unterbinden können zur Gänze, die Autos ja immer mehr werden - jährlich werden 500 - 700 neue Pkw angemeldet - müssen wir eine vierte Brücke über die Enns bekommen und das im nördlichen Bereich bei Münichholz. Wir werden in Kürze - so hoffe ich zumindest - Minister Schüssel hier haben und auch da werden wir ernsthafte Gespräche führen, damit die Sache weiter stärker betrieben wird.

Kollege Treml hat sich sehr mit bundespolitischen Aspekten beschäftigt. Ich bin natürlich auch Deiner Auffassung, das Finanzausgleichsgesetz gehört verbessert

für die Gemeinden. Alle Gemeinden jammern, daß sie zu wenig Geld bekommen und das stimmt auch zumeist. Über die Abschaffung der Landesumlage haben wir schon sehr oft gesprochen hier in diesem Kreis. Eine Forderung des Städtebundes, die schon Jahre alt ist.

Zum Wohnbau selber. Wir haben vor kurzem eine Zusage bekommen vom neuen Wohnbaureferenten, 35 Millionen bekommen wir im nächsten Jahr für den Wohnbau vom Land. Altölverbrennung habe ich schon gesagt.

Ennser Knoten, Du warst ja selber dabei bei diesem Bürgergespräch. Das ist halt zurückgestellt worden. Es hätte heuer gemacht werden sollen, ist nicht zum Tragen gekommen, denn eine Bürgerinitiative hat sich dagegen ausgesprochen.

Ganz zum Schluß noch zu Kollegen Eichhübl. Lieber Kollege Eichhübl, ich bin Dir persönlich nicht böse, Du schwimmst halt ganz im Fahrwasser Deiner Partei. Daß Du dem Budget keine Zustimmung gibst bzw. geben darfst, ist für mich und für alle, die die politische Szenerie der FPÖ kennen, nicht verwunderlich. Du bringst in Deinen Ausführungen auch kaum etwas Neues. Es ist, wie fast alles, was man seitens der FPÖ zu hören bekommt, eine politische Effekthascherei. Verzeihe mir diesen Ausdruck, aber es ist wirklich so. Das gilt insbesondere für Deine Ausführungen die Wohnungsvergabe betreffend, genau so wie für die Politikerbezüge oder die Repräsentationskosten und das Amtsblatt. Übrigens beim Amtsblatt hast Du nicht recht, da haben wir eine Einsparung im nächsten Jahr um etwas mehr als 200.000 Schilling durch den Einsatz neuer Technologien.

Was die Einsparung der Repräsentationskosten anbelangt, noch dazu um 50 Prozent, halte ich für völlig unrealistisch, wenn die Stadt nicht Gefahr laufen will, ernsthaften Schaden dadurch zu erleiden. Gerade jetzt, wo wir uns erfolgreich bemühen, den Fremdenverkehr weiter auszubauen, mehr Tagungen und Seminare in Steyr zur Durchführung zu bringen, ist das meiner Meinung nach unmöglich. Gäste kosten Geld, das ist im Privaten so und so ist es im kommunalen Bereich auch.

Was die Politikerbezüge anbelangt, auch Kollege Tremml hat das angeschnitten. Du weißt sehr genau, daß wir bei der Bezahlung unserer Gemeinderäte und Stadtsenatsmitglieder unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte in Österreich liegen. Was die Wohnungsvergabe anbelangt, es gibt einen Wohnungsausschuß, es wird nichts hinter verschlossenen Türen gemacht. In diesem Wohnungsausschuß sind alle Parteien vertreten. Ich gehöre seit einigen Jahren diesem Ausschuß nicht mehr an, aber ich bin überzeugt, daß man sich bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Aber wenn man halt nur eine Wohnung zu vergeben hat und es sind 344 Bewerber für diese Wohnung da, wie kann man da gerecht verteilen?

Der Verkauf eines Teilbereiches der Stadtwerke ist auch nicht neu, nur weiß ich nicht, welche Betriebe sollten verkauft werden. Jene, die Gewinn abwerfen, damit Private noch mehr Gewinne machen können, oder das Stadtbad, das Hallenbad oder der Verkehrsbetrieb. Darum wird sich ein Privater kaum mehr reißen.

Ja, das zu hohe Defizit, sagst Du, ist die Hauptursache, warum Du dem Budget nicht zustimmen kannst. Du verlangst aber zugleich auch wieder Ausgaben, die erheblich mehr kosten.

Das wäre im wesentlichen alles, was ich zu den Ausführungen der Debattenredner sagen wollte

Nun, werte Kolleginnen und Kollegen, vorerst möchte ich mich bedanken für die Glückwünsche anläßlich meiner Pensionierung, die mir von Bürgermeister Schwarz, Vizebürgermeister Holub, Kollegen Tremml und Kollegen Eichhübl übermittelt wurden. Die heutige Gemeinderatsitzung mit der Verabschiedung des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 1990 ist, wie schon richtig erwähnt, nicht nur die letzte Gemeinderatsitzung in diesem Jahr, es ist für mich auch die letzte Gemeinderatsitzung als Mandatar dieser Stadt. Ich habe daher das dringende Bedürfnis, allen meinen Mit-

arbeitern, allen Magistratsbediensteten für ihre Mitarbeit und ihr Vertrauen, welches sie mir durch all die vielen Jahre entgegengebracht haben, aufrichtig zu danken. Dieser Dank gilt im besondern auch allen meinen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die mir in meiner Aufgabe zur Seite standen, oftmals auch über die Parteigrenzen hinweg und ich danke den Menschen unserer Stadt, die es mir durch ihr Vertrauen ermöglicht haben, durch mehr als 34 Jahre im Gemeinderat der Stadt Steyr tätig zu sein. Ich scheidet nicht ganz ohne Wehmut aus diesem Kreis aus, ich habe immer versucht, mein Bestes zu geben zum Wohle der Stadt und deren Menschen. Und wenn ich heute auf diese mehr als 34jährige Zugehörigkeit zum Steyrer Gemeinderat zurückblicke, freut es mich feststellen zu können, daß ich mitgeholfen habe, daß diese unsere Stadt um vieles schöner, lebens- und liebenswerter geworden ist und das ist für mich der schönste Lohn für meine Arbeit hier in diesem Haus.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, dem Bürgermeister und dem gesamten Gemeinderat unserer Stadt, auch für die weitere Zukunft recht viel Erfolg.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für sein Schlußwort. Ich habe schon gesagt, es ist heute nicht der Abschied, er ist ja noch bis Ende Jänner Vizebürgermeister und wir werden in gebührender Weise sein endgültiges Ausscheiden in diesem Kreis noch zu feiern haben bzw. veranstalten.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte alle jene Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die dem Voranschlag 1990 mit Ausnahme des Wirtschaftsplanes und Finanzplanes der Stadtwerke, über den separat abgestimmt wird, die Zustimmung gibt, um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gegen 2 Stimmen (GAL, FPÖ) ist der Voranschlag 1990 so beschlossen.

Wir kommen zur 2. Abstimmung. Wer dem Wirtschaftsplan und Finanzplan der Stadtwerke Steyr die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (8 ÖVP, 1 GAL) und 1 Enthaltung (FPÖ) angenommen.

Damit ist die Tagesordnung beendet. Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch informieren, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von 1,387.900 zur Kenntnis genommen hat und daß bei den Verhandlungsgegenständen S 4,821.800 vom Gemeinderat für die verschiedensten Anliegen freigegeben wurden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es gehört zur Tradition, daß anlässlich der letzten Sitzung im Jahr der Gemeinderat sich noch einmal im gemütlichen Beisammensein trifft. Da ich nicht vorhabe - heute ist so viel geredet worden - daß ich dort eine Ansprache halte, möchte ich meine Wünsche an Sie jetzt vorbringen. Ich bedanke mich herzlich für die Wünsche der einzelnen Fraktionen. Frohes Weihnachtsfest im Kreis der Familie, ein bißchen Ruhe gehört auch dazu, Besinnung. Das darf ich jedem von Ihnen anlässlich der Weihnachtsfeiertage wünschen. Viele von Euch treffe ich ja noch bis zum Weihnachtsfest. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit danke sagen für die weitestgehend freundschaftliche Zusammenarbeit in diesem Kreis. Ich glaube, das kann man sagen. Ich möchte dafür danken, daß die Probleme trotz aller unterschiedlicher Auffassungen sachlich behandelt wurden, daß persönliche Unterstellungen unterblieben sind. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn wir uns auch für 1990 diese Vorgangsweise wünschen. Ich wünsche Euch und mir diese Vorgangsweise für 1990 und wünsche jedem von Euch alles Gute, viel Erfolg im kommenden Jahr, persönlichen Erfolg, persönliches Wohlergehen und danke

natürlich auch der Beamtenschaft für die Mitarbeit. Im besonderen Kollegen Schmidl und natürlich meinem Freund Wippersberger für die Erstellung des Budgets.
Meine Damen und Herren, ich darf Sie, die Beamtenschaft und die Presse heute - wir wechseln ja immer - ausnahmsweise einmal ins Hotel im Park zu einem Beisammensein herzlich einladen.
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 21 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Johann Manetsgruber e.h.
Christine Wieser e. h.

